



Foto: Spreetom/commons.wikimedia.org

# Für eine Renaissance des Neuen Denkens! Zum 90. Geburtstag von Michail Gorbatschow

# Internationales Engagement Chemnitz e. V.



Verein für berufliche Integration,  
persönliche Entwicklung und  
kulturellen Austausch

Begegnungs- und Familienzentrum „Internationales Engagement Chemnitz“ e. V.

Beratung, Bildung, Freizeit, Unterstützung und Begegnung  
für Kinder, Jugendliche, Senioren, Eltern und Familien

- Familienunterstützender Dienst
- Freizeitzentrum für Senioren
- Kinder- und Jugendstudio „Flamingo“
- Frühförderung
- Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung
- Literatur- und Musikstudio
- Kreativraum



Theaterstr. 76, 09111 Chemnitz  
Tel./Fax 0371 267 38 72



[www.iechemnitz.com](http://www.iechemnitz.com)  
[iechemnitz@web.de](mailto:iechemnitz@web.de)

<b>Für eine Renaissance des Neuen Denkens!</b>	<b>4-6</b>
<b>Die Welt ist keine Tagesschau</b>	<b>7</b>
<b>Schöne neue Bitcoin-Welt</b>	<b>8-10</b>
<b>Wie schütze ich mich vor versteckten Kameras?</b>	<b>11</b>
<b>Die Entwertung der Werte</b>	<b>12-14</b>
<b>Der beschränkte Debattenraum: Amnesty International und der Fall Julian Assange</b>	<b>15-17</b>
<b>Ein Stück Russland in Götschendorf</b>	<b>18-19</b>
<b>Larissa Eichwald: „Wir fördern die internationale Zusammenarbeit“</b>	<b>20-25</b>
<b>Ilja Zofin: „Sprache ist eine besondere Art der Kommunikation“</b>	<b>26-29</b>
<b>Ein korrupter Bellizist</b>	<b>30</b>
<b>Alle gegen Nord Stream 2: Wie geht es weiter?</b>	<b>31-33</b>
<b>Warum soll der Russe böse sein?</b>	<b>34</b>
<b>Wenn die Nazikeule nicht mehr reicht (Teil 1)</b>	<b>35-39</b>
<b>Wikileaks vs. Wikipedia: Was ist demokratischer?</b>	<b>40-42</b>
<b>Norwegen im Zweifrontenkrieg</b>	<b>42</b>
<b>Ein bisschen Wein muss sein...</b>	<b>43</b>

**Berliner Telegraph UG**  
Aleksandr Boyko  
Torstr. 177, (3. OG), 0115, Berlin  
Tel: +49 (0) 159 010 46 502  
info@berliner-telegraph.de  
HRB Nr. 205016  
Amtsgericht Charlottenburg

**Filiale Chemnitz**  
Dmytro Fardyholo  
Theatherstr. 76  
09111, Chemnitz  
Tel.: +49 (0) 176 477 218 73

**Filiale Dresden**  
Inga Berenhardt  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Tel: +49 (0) 176 712 187 44

**Filiale Leipzig**  
Mikhail Vachtchenko  
Heinrich-Budde-Straße 1  
D-04157 Leipzig  
Tel.: +49 (0) 173 36 777 33

## Sonderkorrespondenten:

Stela Kunts, Maria Smirnova, Anna Wohlthat



Liebe Leserinnen und Leser,

wir verbinden traditionell das neue Jahr mit neuen Hoffnungen. Die ersten Monate des Jahres haben jedoch bereits negative Tendenzen in Bezug auf die Meinungsfreiheit in Europa gezeigt. Es geht um die Schließung von drei Hauptsendern in der Ukraine, Festnahmen von Journalisten in Weißrussland, Verfolgung von Journalisten in anderen Ländern. Auch in Deutschland werden die Rechte von Journalisten immer mehr verletzt. Es wird immer schwieriger, unabhängigen Journalismus zu betreiben.

Darüber hinaus findet aktuell der Klimawandel mit Temperaturveränderungen statt. Dies haben wir in den letzten Wochen mit dem „Flockdown“ erlebt. Für dieses Jahr werden zudem Naturkatastrophen prognostiziert.

Im September werden sowohl in Deutschland als auch in Russland Wahlen stattfinden. Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland eskalieren. Deutsche und russische Politiker können sich nicht einig werden, sinnlose Sanktionen geben der Diplomatie keine Chance, und die einfachen Bürger müssen darunter leiden. Hochrangige deutsche Politiker schlagen sogar vor, die Beziehung zu Russland völlig abzubrechen. Dies wäre selbstverständlich ein großer Fehler. Bundesländer wie Sachsen haben schon jetzt massiv wirtschaftlich unter den wechselseitigen Sanktionen gelitten. Und in Russland gibt es rund 4.000 deutsche Unternehmen mit vielen Mitarbeitern, die möglicherweise ihren Job verlieren werden.

Deutschland ist derzeit in vielerlei Hinsicht eines der führenden Länder in Europa. Dies zeigt sich in der aktiven Einwanderung von EU-Bürgern aus Ländern wie Polen, Litauen, Lettland und teilweise Tschechien nach Deutschland. Die deutschen Unternehmen wachsen, aber die Lebensqualität in Deutschland sinkt. In den letzten Jahren hat der Druck der Europäischen Union und der USA auf Deutschland zugenommen.

Deutschland war schon immer für seine kulturellen Veranstaltungen bekannt. Wir hoffen darauf, dass die Corona-Einschränkungen bis zum Sommer aufgehoben werden und die berühmte Berlinale, der Semperoperball und andere Kulturereignisse wieder stattfinden.

Bis dahin bleiben Sie gesund und viel Spaß beim Lesen!

*Aleksandr Boyko,  
Chefredakteur*

**Internationale Bibliothek**

**Theaterstraße 76**  
09111 Chemnitz, Deutschland

**АЛЮНУШКА**

Russische  
Spezialitäten

Время работы:  
пн -сб 9.00 - 21.00

ДОБРО ПОЖАЛОВАТЬ



E-Mail: [aljonuschkadd@gmx.de](mailto:aljonuschkadd@gmx.de)

[facebook.de/aljonuschka-dresden](https://facebook.de/aljonuschka-dresden)

[www.aljonuschka.de](http://www.aljonuschka.de)

**An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0157-71 52 87 87**



## Disclaimer

Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Inhalte der Artikel und Anzeigen. Diese geben die Meinung des/r Verfasser/in wieder und müssen nicht mit der Redaktionsmeinung übereinstimmen. Für eingesandte Texte und Fotos übernehmen wir keine Haftung und senden jene nicht wieder an die Absender/innen zurück. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Texte bei Veröffentlichung stilistisch zu bearbeiten und/oder sinnwährend zu kürzen. Die Zeitschrift ist in allen ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Sie darf ohne vorherige Zustimmung der Redaktion weder ganz noch teilweise vervielfältigt und verbreitet werden.

© 2014-2021 Berliner Telegraph Alle Rechte vorbehalten. Alle Texte, Bilder, Graphiken sowie ihre Arrangements unterliegen dem Urheberrecht und anderen Gesetzen zum Schutz geistigen Eigentums. Berliner Telegraph – Die Marke mit der Registernummer 302014037827 ist mit den folgenden Angaben in das Register des Deutschen Patent- und Markenamts eingetragen.

Aus aktuellem Anlaß sehen wir uns zu folgender Klarstellung gezwungen: Akkreditierungen von Journalisten des „Berliner Telegraph“ werden ausschließlich von unserer Redaktionsleitung mit Stempel des Geschäftsführers beantragt. Akkreditierungsgesuche, die diesen Maßgaben nicht entsprechen, stammen nicht von der Berliner Telegraph UG.



Leo Ensel

Foto: Veni Markovsky/commons.wikimedia.org

# Für eine Renaissance des Neuen Denkens!

## Zum 90. Geburtstag von Michail Gorbatschow

**Der erste und letzte Präsident der Sowjetunion wird 90 Jahre alt. Mit Michail Gorbatschow hatte erstmals ein Politiker die Bühne der Weltpolitik betreten, dessen Denken und Handeln auf der Höhe des Atomzeitalters war. Die Welt hat seitdem schwere Rückschläge hinnehmen müssen. Eine Neuorientierung an den Prinzipien des Neuen Denkens ist notwendiger denn je.**

Was bedeutet es, wenn über jemanden gesagt wird, es sei still um ihn geworden? Weilt er nicht mehr unter den Lebenden? Hat er sich zur Ruhe gesetzt? Hat er nichts mehr zu sagen? Ist von ihm nichts mehr zu erwarten?

Nichts von all dem trifft auf Michail Gorbatschow zu. Und wenn es „still um ihn“ geworden ist, dann bedeutet das in diesem Falle nichts anderes, als dass er in den (deutschen) Medien in den letzten Jahren nur noch selten präsent war. Und dafür gibt es gute schlechte Gründe.

Der ehemalige Präsident der Sowjetunion, dem die Menschheit unter anderem verdankt, dass sie über 30 Jahre lang von Atomkriegsängsten unbehelligt gut schlafen konnte, unser Gorbi, einst “Everybody’s Darling“ in Deutschland, hatte es nämlich gewagt, abweichende Meinungen zum neuen Ost-West-Konflikt zu äußern. Die Sezession der Krim rechtfertigte er mit dem – auch von ihm stets respektierten – Selbstbestimmungsrecht der Völker, den USA warf er ungerechtfertigten Triumphalismus nach dem Ende des Kalten Krieges, das Scheitern der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge und das Streben nach Weltherrschaft vor und die deutschen Medien kritisierte er für

deren einseitige, oft anklägerische russlandfeindliche Berichterstattung. Starker Tobak und der Liebesentzug durch den Mainstream ließ nicht lange auf sich warten.

Kein Wunder, dass es still um ihn in den deutschen Medien wurde!

### Angst vor dem Atomkrieg

Ich bin kein Kriegskind, aber ein Kind des Kalten Krieges. Geboren Mitte der 1950er Jahre, aufgewachsen in einem katholisch-konservativen Milieu im Rheinland, bin ich groß geworden mit der Angst vor „den Russen“. Irgendwann würden sie kommen, uns überfallen und ihren Kommunismus hier einführen – jedenfalls dann, wenn die Amerikaner uns nicht beschützen würden. Später, in den 1980er Jahren, löste die Angst vor einem alles vernichtenden Atomkrieg die Angst vor „den Russen“ ab. Wie Hunderttausende andere Westdeutsche ging ich auf die Straße, um gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu protestieren, die, das war unsere Überzeugung, die Gefahr eines Atomkrieges in Europa dramatisch verschärften. Die Lage schien aussichtslos: Beide

Supermächte bis an die Zähne bewaffnet, in einer verhängnisvollen Aufrüstungsspirale verstrickt. Auf jede Nachrüstung folgte prompt eine Nach-Nachrüstung, die Vor-



Foto: commons.wikimedia.org

warnzeiten betrogen zum Schluss nur noch vier Minuten – und beide deutsche Staaten mittendrin! Das potenzielle Schlachtfeld der Supermächte. Im Ernstfall wäre hier kein Stein auf dem anderen geblieben. Und das wussten wir alle.

„Einer muss anfangen, aufzuhören!“ – so lautete eine etwas hilflose Parole. Und dann geschah ein Wunder.

Eine Seite fing wirklich an, aufzuhören. Und meinte es auch noch ernst. Und es waren ausgerechnet unsere „Feinde“! Das sklerotische kommunistische System begann – sämtlichen Erwartungen zum Trotz – tatsächlich, sich zu verändern. Ex oriente lux again! Es war, als hätte ein siebzjähriger Tattergreis mit letzter Kraft noch einen Helden gezeugt. Auf einmal wurde es interessant, die Reden des Vorsitzenden der kommunistischen Partei zu verfolgen.

Kein Phrasengedresche, keine Verkündigung letztgültiger Weisheiten mehr aus Moskau. Nun dominierten die Zauberworte Perestroika und Glasnost. Und die neuen Machthaber hatten Humor. Statt von Breschnew-Doktrin war jetzt von der Sinatra-Doktrin die Rede: „I did it my way!“ Der neue Held auf der weltpolitischen Bühne: jung, energisch, womöglich sogar ehrlich, gutaussehend, offenes Gesicht, mit einer attraktiven klugen Frau an seiner Seite. Und lachen konnte er auch! Ein weiterer Zaubersatz machte die Runde: „Wir werden Euch etwas Schreckliches antun: Wir werden Euch des Feindes berauben!“

Und dann ging es Schlag auf Schlag: Ein sowjetischer Abrüstungsvorschlag jagte den nächsten. Bis der zunächst misstrauisch widerstrebende Westen sich geschlagen geben musste. Alle landgestützten Mittelstreckenraketen in Ost und West wurden abgezogen und restlos verschrottet. Erstmals war eine gesamte Waffenkategorie eliminiert. Es folgten die friedlichen Revolutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, der Fall der Mauer, die deutsche Wiedervereinigung, die Beseitigung von 80 % aller Atomsprengeköpfe weltweit und die Charta von Paris, in der NATO und Warschauer Pakt das Ende des Kalten Krieges besiegelten. Die Vision vom gemeinsamen europäischen Haus schien greifbar nahe. Für einen Wimpernschlag der Weltgeschichte schien selbst Kants Utopie vom „ewigen Frieden“ in den Bereich des Möglichen gerückt.

Das waren die Träume einer Zeit, in der auf einmal doch noch alles gut zu werden schien.

### Die ernüchternde Gegenwart

Die Geschichte seitdem ist – vorerst – anders verlaufen. Heute steht die Welt vor einem neuen, noch gefährlicheren Kalten Krieg, wenn dieser nicht schon längst begonnen hat.

Schauen wir uns an, was allein in Europa aus den großen Hoffnungen geworden ist.

Ein Zeitalter des Friedens? Bereits neun Monate nach der Unterzeichnung der Pariser Charta begannen die Kriege auf dem Territorium Jugoslawiens mit rücksichtslosen „ethnischen Säuberungen“ und dem Massaker von Srebrenica, wie es die Welt seit Hitlers Einsatzgruppen im zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hatte. Sechseinhalb Jahre tobte mittlerweile in der Ostukraine ein blutiger



Foto: Yuri Abramochkin/commons.wikimedia.org

Stellvertreterkrieg, der bereits über 13.000 Menschen das Leben gekostet hat. Ende September 2020 ist zudem im Südkaukasus der 1994 eingefrorene Krieg um Berg-Karabach in aller Brutalität wieder aufgeflammt.

Ein Zeitalter der Kooperation? Sanktionen und Gegensanktionen blockieren gegenwärtig die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland. Europäische Union und Eurasische Union, eigentlich ideale Kooperationspartner, stehen einander zunehmend feindselig gegenüber – zum Schaden für alle Beteiligten.

Überwindung der Teilung Europas? Heute markiert die Grenze zwischen osterweiterter NATO und wiedererstarktem Russland die neue Spaltung Europas, die zugleich durch eine zweite Berliner Mauer zwischen der Ukraine und Russischer Föderation wortwörtlich zementiert wird – diesmal von Seiten des Westens.

Rüstungskontrolle und Abrüstung? Die USA stiegen Schritt für Schritt aus nahezu allen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen aus und stationieren gerade ein Raketenabwehrsystem unmittelbar vor der russischen Haustür, das sich angeblich aber nicht gegen Russland richten soll. Beide Seiten modernisieren nun erneut ihre atomaren Arsenale.

Und über ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung, die nicht zuletzt durch das konstruktive kompromissbereite Handeln der damaligen Sowjetadministration möglich geworden war, stehen deutsche Soldaten wieder an der Grenze zu Russland – dieses Mal im integrierenden Rahmen der NATO.

Was für eine Jahrhundertchance wurde da fahrlässig verspielt? Und wie konnte es dazu kommen?

### Das Comeback des alten Denkens

Was auch immer US-Außenminister Baker im Februar 1991 bei den Verhandlungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung Michail Gorbatschow versprochen haben mag oder nicht – die Erzählungen darüber gehen ja auseinander – alle Seiten wären bestens beraten gewesen, die Charta von Paris zum Anlass für eine völlig neue transatlantische Sicherheitsstruktur unter gleichberechtigter Einbeziehung der damals noch existierenden Sowjetunion zu nehmen.

Als sich wenig später der Warschauer Pakt auflöste und Ende 1991 die Sowjetunion zerfiel, war diese Vision für den Westen schon keine Option mehr. Statt sich selbst ebenfalls aufzulösen, erweiterte die NATO sich im Verlauf der folgenden zwei Jahrzehnte – anfangs noch halbherzig auf Russland Rücksicht nehmend, später auch das nicht mehr – nicht nur bis an Russlands Grenzen heran, sondern wandelte sich zugleich immer mehr vom Kriegsverhinderungs- zu einem Kriegsführungs- und Bündnis – dazu beim erstem Out of Area-Einsatz gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gleich ohne völkerrechtliches Mandat.

Die vielfachen Vorschläge Russlands zum Aufbau einer neuen transatlantischen Sicherheitsstruktur – zuletzt vom damaligen Präsidenten Medwedew, der im Herbst 2008 eine neue euroatlantische Friedenscharta von Vancouver bis Wladiwostok anregte – wurden gar nicht erst ernsthaft diskutiert. Russische Bedrohungsängste wurden sowohl bei den bisherigen vier NATO-Osterweiterungen als auch beim sogenannten Raketenabwehrschild wie bei der Diskussion um einen möglichen NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine als angeblich hysterisch und unbegründet vom Tisch gewischt.

Offenbar war der Westen für das Neue Denken noch nicht reif genug.

### Für eine Renaissance des Neuen Denkens

Dabei ist eine Renaissance genau dieser Prinzipien heute notwendiger denn je. Fassen wir sie kurz zusammen.

Seit dem 6. August 1945, dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima, steht bekanntlich nichts weniger als das Überleben der Menschheit selbst auf dem Spiel. Aber es dauerte längere Zeit, bis die Konsequenzen dieser unerhörten Tatsache wirklich verstanden wurden. So schrieb neun Monate nach dem epochalen Ereignis kein Geringerer als Albert Einstein: „Die entfesselte Kraft des Atoms hat alles verändert – nur nicht unsere Art zu denken, und so treiben wir auf eine Katastrophe ohnegleichen zu. Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.“ Und der Philosoph Günther Anders

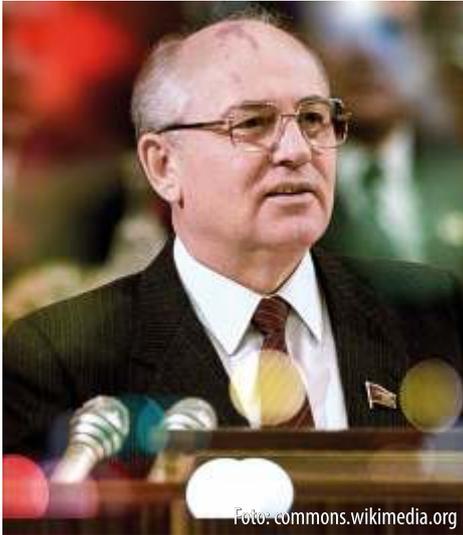


Foto: commons.wikimedia.org

brachte Mitte der 1950er Jahre die das Atomzeitalter charakterisierende Maxime mit dem Satz: „Die Menschheit als ganze ist tötbar“ auf den Punkt.

Daraus folgt: Erstmals in der Geschichte der Menschheit gibt es tatsächlich ein alle Klassen-, Religions- und andere Gegensätze überwältigendes Menschheitsinteresse: das Weiterleben als Gattung. Diese Erkenntnis zum entscheidenden Dreh- und Angelpunkt zu machen und daraus die notwendigen Konsequenzen für politisches Handeln zu ziehen, ist das Grundprinzip des Neuen Denkens.

Michail Gorbatschow war der erste – und bislang einzige – Politiker von Weltrang, der nicht nur in seinem Denken auf der Höhe des Atomzeitalters war, sondern den Mut hatte, diese Prinzipien Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen. Seine revolutionäre Konsequenz: „Unter den heutigen Bedingungen kann die Sicherheit, vor allem der atomaren Großmächte, nur gegenseitig und – im globalen Rahmen – nur allumfassend sein. Die Politik der Stärke hat sich grundsätzlich überlebt.“ Dies hatte für ihn das Primat der Politik zur Folge, sprich: Verhandlungen, Verzicht auf die Verfolgung des eigenen Vorteils auf Kosten Anderer und die Entschlossenheit, eine Menschheitsvision in ein konkretes Ziel politischen Handelns zu verwandeln: „Der einzig richtige Weg ist die Beseitigung der Atomwaffen, die Reduzierung und Begrenzung der Rüstung überhaupt.“

Am 15. Januar 1986 war die politische Sensation perfekt: Der damalige Generalsekretär der KPdSU verlas eine Erklärung, die in realisier- und verifizierbaren Teilinitiativen den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt bis zum Jahre 2000 wies.

Nichts, aber auch gar nichts ist an diesem Denken veraltet. Auch wenn Michail Gorbatschow die nach wie vor ganz große anstehende Lösung damals (noch) nicht schaffen konnte.

Schließlich ist die Menschheit auch jetzt noch in der Lage, unseren Globus ganze zwanzigmal zu vernichten. Die weltweit noch vorhandenen über 15.800 Atomsprengköpfe verfügen über ein Zerstörungspotential von 7.500 Megatonnen TNT, was einer Tonne Sprengkraft für jeden Menschen oder der

Waffenwirkung von 2.500 Zweiten Weltkriegen entspricht. Und dieses Potential wird gerade „modernisiert“.

### Vom Neuen Denken zum Neuen Handeln

In der Retrospektive hat Gorbatschow immer wieder betont, dass seine Politik des Neuen Denkens nicht als gigantische Kopfgeburt am Schreibtisch entstand, sondern im Wechselspiel mit der praktischen Politik Schritt für Schritt entwickelt, modifiziert, umgesetzt und weiterentwickelt wurde. Neues Denken und Neues Handeln bedingten sich gegenseitig.

Genau hier gilt es wieder anzuknüpfen, will die Welt nicht in einen zweiten, noch ungehemmteren Rüstungswettlauf hineinschlittern als im ersten Kalten Krieg.

Neues Denken, im Atomzeitalter die Basis jeglichen Vertrauens, würde heute bedeuten: Abschied vom Unilateralismus, Abschied vom Gerangel um geopolitische Einflusssphären, Abschied vom Rivalisieren um Rohstoffe – mit einem Wort: Schluss mit dem Denken



Foto: commons.wikimedia.org

und Handeln in den Kategorien des Nullsummenspiels, bei dem der Gewinn der eigenen Seite zwingend den Verlust der anderen bedeutet! Stattdessen: Fokussieren auf die gemeinsamen Interessen, auf das Überleben der Menschheit. Und nicht nur bei der Aufrüstung, auch bei den anderen menscheitsbedrohenden Gefahren.

Gorbatschow fand Mitte der 1980er Jahre einen Ausweg aus der damals völlig verfahrenen und brandgefährlichen Lage. Mithilfe der von Einstein postulierten „neuen Art von Denken“ überwand er die „Erbsenzählerei“ der jahrelang im Kleinklein festgefahrenen Genfer Abrüstungsverhandlungen. Den entscheidenden Durchbruch schaffte er mit seinem Mut, in qualitativen statt in quantitativen Kategorien zu denken und der Energie dies auch durchzusetzen: Um eine gesamte Waffenkategorie zu eliminieren, ließ er nicht, wie die Gegenseite, ebenfalls 846 landgestützte Kurz- und Mittelstreckenraketen verschrotten, sondern insgesamt 1.846. Und erreichte damit Gleichgewicht auf dem Null-Niveau! Viele seiner im alten Denken verharrenden

Landsleute nehmen ihm das bis auf den heutigen Tag bitter übel.

Wie wäre es daher, wenn diesmal zur Abwechslung der Westen mit einseitigen Vorleistungen die Initiative ergreifen und Russland mit kalkulierten einseitigen Abrüstungsschritten attackieren würde? Ein Militärbündnis, dessen führende Supermacht allein jährlich über zehnmal mehr für die Rüstung ausgibt als Russland, könnte sich das leisten. Und wie wäre es, wenn eine Friedensbewegung 2.0 wieder auf den Plan träte und den verantwortlichen Politikern in dieser Richtung Druck machen würde?

### Unter den Großen der Größte

Dass Michail Gorbatschow als Chef einer Atommacht auch in seinem Denken auf der Höhe des Atomzeitalters war, macht ihn einzigartig. Dass er den Mut hatte, das Neue Denken konsequent und unbeirrbar in Neues Handeln umzusetzen, dass ihm mit dem INF-Vertrag der bedeutendste Abrüstungsvertrag der Weltgeschichte gelang, dass er es schaffte, 80 % der Atomsprengköpfe weltweit zu ver-

schrotten – all dies macht ihn unter den Großen zum Größten. Dass die Welt seit seinem – erzwungenen – Abtritt von der politischen Bühne wieder einen schweren Rückfall in das alte Denken erlitt, ist seine Schuld nicht.

Nun liegt es an uns, gute Erben zu sein.

#### Quellen:

1. <https://bit.ly/2Mv0dO0>
2. Charta von Paris für ein neues Europa (1990): <https://bit.ly/3pNDevX>

#### Der Autor

Dr. Leo Ensel (“Look at the other side!”) ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa. Veröffentlichungen zu den Themen Angst und atomare Aufrüstung, zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die Deutschlandbilder im postsowjetischen Raum. Im neuen West-Ost-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens.

# Die Welt ist keine Tagesschau



„Putinverstehler“, „Verräter“, „von Putin bezahlter Troll“, „von Russland gekaufter Sportler“ oder andere „Komplimente“ lese ich im Deutschen Netz zum Glück eher selten über mich – aber es kam schon mal vor. Auch beispielsweise von deutschen Sportlern oder Journalisten, denen meine Meinung an ihrem Weltbild gekratzt hat.

## Vom NATO-Deutschen zum Kritiker

Ich komme aus einem NATO-konformen Elternhaus im Rheinland und war auch selbst Soldat. Die einseitigen negativen Berichterstattungen über Russland haben mich in der Zeit der Filme wie „Rambo“ oder „Top Gun“ natürlich auch antirussisch denken lassen bzw. geprägt. Das gehörte und gehört sich doch so im Westen. Bis ich 2015 das erste Mal als Sportler in die Russische Föderation eingeladen wurde.

Ich muss gestehen, dass in mir bereits nach wenigen Tagen ein schlechtes Gefühl überkam, weil ich mich für die westlichen Lügen über Russland schlichtweg geschämt habe. Richtig: da war es ja gar nicht so undemokratisch, böse und unterentwickelt wie es das westliche Weltbild gerne haben möchte, um sein Feindbild zu bestätigen.

## Die Welt ist mehr als „Tagesschau“

Die meisten Russlandkritiker ziehen ihr (Halb-)Wissen beispielsweise nur aus der Tagesschau oder glauben leichtfertig einseitigen Berichterstattungen von ARD-Dopingexperten oder Politikern, die mit transatlantischer Zunge permanent Unwahrheiten über Russland verbreiten.

Mittlerweile bin ich im fünften Jahr immer

enger mit der Russischen Föderation verwachsen. Einerseits mit dem dortigen Sport. Andererseits in kleinen Schritten auch sportpolitisch, um die deutsche und russische Seite zu verbinden und ab August sogar familiär in Moskau verwurzelt.

Natürlich hat Russland Probleme wie jedes andere Land auch. Aber ich denke, keiner von uns hat das Recht, mit dem nackten Finger auf den anderen zu zeigen. Es gibt auch in Russland Berichterstattungen über Deutschland, bei denen ich nur den Kopf schütteln muss. Oder manchmal auch innenpolitische Entscheidungen, die ich mit meinem westlichen Verständnis nicht nachvollziehen kann. Aber wie ist es denn in Deutschland ohne Rosarote Brille und Überzeugung, dass wir sind die einzig wahre Demokratie in der Welt haben? Haben wir wirklich das Recht, mit dem Finger auf Russland zu zeigen?

## NATO-Osterweiterung und die angebliche Krim-Annexion

Leider ist es doch so, dass die meisten überzeugten Tagesschau-Zuschauer oder BILD-Leser über die Annexion der Krim oder den Krieg in Syrien ausschließlich den Blickwinkel aus dem Westen kennen. Wer sich jedoch mit der NATO-Osterweiterung und russischer Politik näher befasst, also das ganze aus russischer Sicht betrachtet, sieht plötzlich den schuldigen im Westen. Wenn man das denn sehen möchte und vor allem sich auch traut, dies außerhalb des vorgegeben westlichen Meinungskorridors auszusprechen.

Letztendlich hat die Russische Föderation dem Westen immer wieder die Hand hingehalten, die Deutschland als Handlanger der Vereinigten Staaten immer wieder weggeschlagen hat.



## Eine Meinung haben und sich für den Frieden einsetzen

Es gibt Menschen, die eine Meinung und den Schneid haben. Es gibt aber auch diejenige, die sich im vorgegebenen Meinungskorridor suhlen und nur dann laut sind, wenn die 95 % um sie herum mitschreien. Wozu die Kritiker gehören oder man selbst gehört, darf jeder selbst für sich entscheiden.

Was zählt, ist jedoch ein Miteinander. Um es als Sportler frei auszusprechen: Ich habe keine Lust auf Krieg mit Russland. Um beim Sport zu bleiben: Wenn hier wieder Krieg ist, ist hier nichts mehr mit Triathlon oder Champions League. Über 30 Millionen Tote auf beiden Seiten im zweiten Weltkrieg waren zu viel und das darf sich nicht wiederholen. Aufgewacht?

Danke für Eure Aufmerksamkeit und bleibt vor allem gesund. Egal woher Ihr kommt und welche Meinung Ihr vertritt.

*Marco Henrichs,  
deutscher Staatsbürger  
und Schwimmtrainer (RUS)*



Rüdiger Rauls

# Schöne neue Bitcoin-Welt

Foto: annpictures/pixabay.com

Der Bitcoin eilt von einem Hoch zum andern. Erdacht als demokratisches Zahlungsmittel, ist er zum Spielball einer Elite von Spekulanten geworden.

## Kinderjahre

Als Folge der Finanzkrise, die im Jahre 2007 begonnen hatte, erblickte der Bitcoin Ende 2008 das Licht der Welt von Satoshi Nakamoto aus der Taufe gehoben. Unter der Bezeichnung „Peer-to-Peer Electronic Cash System“ sollte er eine demokratische Alternative zum bestehenden Geldsystem sein.

Am Anfang stand eine Idee. Um es biblisch auszudrücken: Am Anfang war das Wort. Tieferes Verständnis des Kapitalismus und des Geldsystems wurde ersetzt durch Idealismus. Man sah, dass Banken und gar ganze Staaten durch ein falsch gestricktes Geld- und Finanzsystem wankten. Sie waren nicht die einzigen, die sich diese Verwerfungen mit dem Augenscheinlichen erklärten – dem Geldsystem. Dieser Glaube wurde verstärkt durch die Geldschwemme, mit der die Märkte zur Rettung der Banken geflutet wurden.

Doch trotz dieser Bedrohung, die vom Geldsystem auszugehen schien, atmte die Menschheit nicht auf, als ihr im Bitcoin eine Alternative angeboten wurde. Der Idealismus der Wenigen kam in der Realität der Vielen nicht an. Im März 2010 gab es eine erste Notierung des Bitcoins. Sein Wert in Dollar betrug damals nur 0,003 Cent. Es gab also wenig Bereitschaft, den Dollar, auch wenn er auf noch so tönernen Füßen stand, gegen eine Währung zu tauschen, die sich als Alternative zum kapitalistischen Geldsystem verstand.

Im Februar 2011 wurde dann erstmals ein Dollar für den Bitcoin bezahlt und 2013 waren es bereits einhundert Dollar. Der Bitcoin fand zunehmend Interesse. Aber er war keine Alltagswährung wie Dollar oder Euro. Dafür waren die Kursschwankungen zu hoch und die Zahlungsabwicklung zu umständlich.

## Nicht alltagstauglich

Für den Alltagsgebrauch der meisten Menschen waren Dollar, Euro und all die herkömmlichen Währungen nicht durch den Bitcoin zu ersetzen. Wie bedeutungslos er für die überwiegende Mehrheit der Bürger war, zeigte sich am ersten Warenaustausch, der auf Bitcoin-Basis stattgefunden hatte. Am 22. Mai 2010 wurden für zwei Pizzen 10.000 Bitcoin gezahlt.

Den Normal-Bürgern brachte die Alternativ-Währung keinen Vorteil gegenüber denen des eigenen Währungsraums. Denn alle Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs waren mit den herkömmlichen Währungen leichter abzuwickeln und inzwischen bieten auch die Geschäftsbanken Echtzeit-Überweisungssysteme an, die den Zahlungsverkehr enorm beschleunigt haben. Bei den meisten Verbrauchern besteht nicht einmal für das viel diskutierte digitale Geld der Zentralbanken Nachfrage.

Das Argument vieler Inflationstheoretiker, dass es aufgrund von Entwertung für das Geld nichts mehr gebe, geht an der Wirklichkeit vorbei. Obwohl diese das Geld als wertlos bezeichnen, erhält der Konsument weiterhin für dieses Geld alle Waren und Dienstleistungen, die er für seinen Lebensunterhalt braucht. Insofern ist die Behauptung des Wertverlustes

sachlich falsch. Angesichts fallender Inflationsraten verliert nicht das Geld an Wert, sondern gerade die Waren, für die immer weniger Geld gegeben werden muss.

Für die überwiegende Mehrheit der Menschen ist die Währung ohnehin egal, solange sie ihre eigentliche Funktion erfüllt: Die Sicherstellung des Warenaustauschs und die damit verbundene Sicherung der Lebensgrundlagen. Meistens sind sie sowieso nicht in der Lage, über das verfügbare Einkommen hinaus Rücklagen oder Vermögen zu bilden. Das wäre aber die erste Voraussetzung, um in Bitcoin wie auch in andere Anlagen zu investieren.

Investieren und spekulieren kann nur, wer über den Alltagsbedarf hinaus noch finanzielle Überschüsse hat. Angst um den Wertverlust des Geldes hat derjenige, wer für sein Geld immer weniger Zinsen bekommt, und nur wer Vermögen hat, sucht nach Möglichkeiten, dieses gegen die sogenannte Inflation zu sichern oder es durch Investition zu vermehren. Den Vermögenden geht es also mit der alternativen Währung wie mit den herkömmlichen Geldanlagen auch: Sie suchen nach Anlagemöglichkeiten angesichts des Anlagenotstandes, der durch den Verfall der Zinsen und Renditen entstanden war.

## Spekulationsobjekt Bitcoin

Hatte es sich bei den ersten Erwerbern von Bitcoin noch weitgehend um Idealisten gehandelt, die ein Projekt unterstützen wollten, so entwickelte sich bald auch eine kleinere Gemeinde erster Spekulanten. Sie waren diejenigen, die sich mit dem Thema beschäftigten hatten, vielleicht von der Idee begeistert

waren, aber auch die ersten Wertsteigerungen des Bitcoins bereits mitverfolgt hatten.

Mit steigenden Notierungen wuchs das Interesse der Anleger. Im November 2017 erreichte der Bitcoin erstmals die 10.000-Dollar-Marke. Seitdem fand er die breitere Aufmerksamkeit von Investoren und Spekulanten, auch wenn die erste Spekulationswelle bald darauf zusammenbrach. Bis zum Ende des Jahres 2018 kam die Alternativ-Währung auf Werte um die 4.000 Dollar zurück.

Aber der Bitcoin war im Umlauf, auch wenn er in der Praxis für die meisten Menschen kaum zu gebrauchen war. In der Hoffnung auf eine Erholung der Kurse hatten viele Investoren ihre Bitcoins gehalten. Indem er aber trotz dieses Einbruchs nicht von den Finanzmärkten verschwunden war, hatte er diese erste Bewährungsprobe bestanden. Zunehmend wurden nun auch große Adressen auf ihn aufmerksam.

Angesichts der ausufernden Geldmengen rückte ein Vorteil des Bitcoins immer mehr in den Vordergrund: Seine Bestände waren aufgrund des unterlegten Algorithmus auf 21 Millionen Stück begrenzt. Er kann demnach ähnlich wie Gold und im Gegensatz zum Geld der Zentralbanken nicht beliebig vermehrt werden. Wenn auch schon ein großer Teil dieser Maximalmenge geschaffen worden ist, so ist mit dem Schürfen des letzten Bitcoins erst um das Jahr 2150 zu rechnen. Es liegen also noch weit über hundert Jahre an sicheren und stabilen Verhältnissen vor den Investoren.

Der aktuelle Anstieg des Bitcoins zu immer neuen Höchstständen ist vom Einstieg großer Adressen und Investorengruppen geprägt. Mittlerweile hat er eine Marktkapitalisierung von über einer halben Billion US-Dollar erreicht und bewegt sich damit, wäre er ein Staat, am 26. Platz des Brutto-Inlands-Produktes aller Nationalstaaten, noch vor Österreich.

Dieser Zustrom von Investorengeldern erfolgt einerseits als Direkt-Investitionen. Namhafte US-Unternehmen haben erhebliche Mengen an Bitcoin erworben: der amerikanische Versicherer MassMutual für 100 Millionen US-Dollar, der Hedgefonds Guggenheim für 500 Millionen US-Dollar oder aktuell der Nachkauf vom Krypto-Vermögensverwalter Grayscale über 542 Millionen. Praktisch täglich kaufen institutionelle Investoren auf der ganzen Welt die Bitcoin-Bestände leer.

Darüber hinaus bieten auch immer mehr Banken und Investment-Gesellschaften Derivate auf den Bitcoin an. Sie ermöglichen es Kleinanlegern unter geringerem Kapitaleinsatz, als es der direkte Kauf von Bitcoin darstellt, an der Goldgräberstimmung teilzunehmen. Die Nachfrage steigt und treibt angesichts des knappen Angebot den Preis des Bitcoins in jenen Währungen hoch, die er eigentlich hatte überflüssig machen sollen.

Entgegen den gut gemeinten Absichten seiner intellektuellen Väter ist der Bitcoin zu einem bevorzugten Spekulationsobjekt geworden. Die Ideale kommen nicht an gegen die Gegebenheit der Realität. Diese zu erkennen ist die Grundlage für die Verän-

derung der Verhältnisse, nicht das Ausdenken idealistischer Modelle.

Um es wieder mit der Bibel auszudrücken: Das Wort ist Fleisch geworden. Der Investor erkannte, dass eine Idee Rendite brachte, sie blieb nicht länger nur eine gutgemeinte Idee. Der Bitcoin wirft nun auch Dollars ab. Darauf kommt es Investoren an. Sie wollen keine Alternativ-Währung, sie wollen Rendite. Dabei spielt das Mittel, mit dem diese Rendite erwirtschaftet wird, keine Rolle. Es kann eine Alternativ-Währung sein, notfalls sogar die Werke von Marx, Engels und Lenin, wenn sie sich nur gut verkaufen lassen.

### Kapitalismus setzt sich durch

Aber auch in anderer Hinsicht wird offensichtlich, dass der Bitcoin den hehren Idealen seiner intellektuellen Väter immer weniger gerecht wird. Selbst in der Schöpfung des Bitcoins, dem sogenannten Mining, setzten sich die Mechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch.

Der Miner wird für Rechenoperationen bezahlt, die zur Schaffung von Blöcken führen, aus denen sich dann wieder eine Blockchain zusammensetzt. Diese stellt eine fälschungssichere und zugleich transparente Dokumentation von wirtschaftlichen und



Foto: lcons8\_team/pixabay.com

administrativen Vorgängen dar wie Verträgen, Bank- und anderen Geschäften, Beurkundungen usw. Mit jedem neuen Block werden auch Bitcoins geschaffen. Diese werden demjenigen Miner zugesprochen, der als erster einen neuen Block in die Blockchain eingefügt hat.

In den Kinderjahren des Bitcoins war es noch unter geringen Kosten möglich, mit der entsprechenden Software Bitcoin zu schürfen – sozusagen im Homeoffice. Um jedoch den Anstieg der Bitcoin-Menge aus Angst vor Inflation zu verlangsamen, halbiert der Bitcoin-Code in regelmäßigen Abständen die Entlohnung für die geleistete Arbeit. Dieses sogenannte Halving führt dazu, dass der Ertrag pro geschürftem

Block von 50 Bitcoin in der Anfangszeit auf derzeit 6,25 Bitcoin zurückging.

Somit sank mit jedem Halving der Preis für die erbrachte Rechenleistung, während die Kosten der Rechenarbeit gleich blieben oder sogar noch stiegen. Was also gut gemeint war, wirkte sich zum Nachteil derjenigen aus, die die Arbeit erbrachten. Zudem stieg mit der Bekanntheit des Bitcoins und seinem Preis auch die Zahl der Miner. Die Erhöhung der Produktionskapazitäten durch die Zunahme der Miner führte zu einem Absinken von Ertrag und Produktivität für den einzelnen.

Um weiterhin profitabel zu sein, geschah etwas, was in jedem herkömmlichen kapitalistischen Unternehmen auch geschieht, wenn der Ertrag der Arbeit sinkt: Man investiert und erhöht damit die Produktivität, den Ertrag der Arbeitskraft. Das ist ein Vorgang, der im Kapitalismus unumgänglich ist, unabhängig von moralischen und idealistischen Vorstellungen. Wer in der Konkurrenz mithalten will, muss die Produktivität erhöhen oder scheidet aus dem Markt aus. Das ist die bittere Wahrheit des kapitalistischen Systems.

Dementsprechend rüsteten auch die Miner ihre Hardware auf. Zuerst kamen schnellere Grafikkarten zum Einsatz, die durch mehr Rechenoperation höhere Blockzahlen und Bitcoin-Erträge schufen. Später sprangen die Computerhersteller auf den Bitcoin-Zug auf und boten eigens für das Mining hergestellte ASIC-Rechner an.

Diese verdrängten die frühen Formen des Mining, das sogenannte CPU- und GPU-Mining, die heute praktisch ausgestorben sind. Der weitere Konzentrationsprozess führte zur Errichtung von Mining-Farmen, die sich nur die Kapitalkräften leisten konnten. Derzeit rüsten große Player wie Riot Blockchain und Marathon ihre Mining-Hardware-Bestände aggressiv auf.

Der Konzentrationsprozess im Bitcoin-Mining schreitet also voran entsprechend der kapitalistischen Logik. Damit unterscheidet sich die Gesetzmäßigkeit der Bitcoin-Produktion, der eigentlich als Alternativmodell angetreten war, nicht von den Gesetzen in den restlichen Bereichen des kapitalistischen Produktionsablaufs.

### Kopfgeburten

Der Bitcoin war geschaffen worden als Reaktion auf die Geldschwemme der Notenbanken, die nach den herkömmlichen wie den alternativen Theorien der Wirtschaftswissenschaften zwangsläufig zur Inflation führt. Nun ist es aber gerade der Bitcoin selbst, der mit seinen gewaltigen Preissteigerungen auffällt. Wenn man Inflation als Preissteigerung versteht, so sind nirgendwo die inflationären Tendenzen stärker als bei dem Medium, das sich gerade einer solchen Entwicklung entziehen und sie bekämpfen wollte.

Nun werden einige Verschwörungstheoretiker dahinter sicher wieder Anhaltspunkte für das Wirken von Eliten und ihren hinterhältigen Plänen zur Erringung der Weltherrschaft

und Versklavung der Menschheit finden. Angesichts der kapitalstarken Investoren, die sich nun des Bitcoins bemächtigen, wären solche Sichtweisen sogar nachvollziehbar.

Aber das grundlegende Problem ist das mangelnde Wissen über Inflation, Geldsystem und das Funktionieren des kapitalistischen Systems. Seltene Einigkeit besteht unter den Inflationstheoretikern darüber, dass Inflation ein Problem der Geldmenge ist. Diese Theorie war aus der deutschen Inflation des Jahres 1923 abgeleitet worden. Sie scheint auch heute noch zu stimmen für Länder wie Zimbabwe, Venezuela und andere. Hier herrschen tatsächlich inflationäre Inflationsraten.

Aber in den entwickelten kapitalistischen Staaten ist die Entwicklung gerade umgekehrt. Trotz der ausufernden Geldmengen stagnieren die Inflationsraten oder sinken gar – in Japan sogar seit über dreißig Jahren. Das ist mit der herkömmlichen Inflationstheorie nicht zu erklären. Diesen offensichtlichen Wider-

duktionskapazitäten zur Bedienung der Marktnachfrage, sondern vielmehr in der mangelnden Marktnachfrage. Die Ausweitung der Produktionskapazitäten hatte im Verlauf der Jahre zu einem Überhang des Angebots über die Nachfrage geführt. Die Märkte sind gesättigt. Die Wirtschaftskrisen des Kapitalismus sind Ergebnis von Überproduktion, nicht von Mangel.

Weitere Investitionen in den Aufbau von Produktionskapazitäten führte unter diesen Umständen nur zu weiterem Überangebot, verbunden mit nachlassender Rendite. Da können die Zinsen noch so niedrig sein, kein Unternehmer investiert nur um der niedrigen Zinsen willen, wenn keine Aussicht auf angemessenen Ertrag auf einem Markt besteht. Je höher der Produktionsausstoß, der einen Markt überflutet, desto mehr neigen die Preise zum Nachgeben. Das ist so bei Brötchen. Das ist aber auch bei Kapital so.

Je mehr Geld die Notenbanken in den Markt pumpen, je mehr Kapital die Banken

Inflationsraten. All das hat mit der Geldmenge wenig zu tun.

### Bewusstsein statt Idealismus

Wie das Beispiel des Bitcoins zeigt, lassen sich die Wirkkräfte des Kapitalismus auch mit noch so ausgeklügelten Modellen, Konzepten, Ideen, also mit der Kraft des Intellekts, nicht austricksen. An den Triebkräften des Kapitalismus kommt innerhalb des kapitalistischen Systems niemand vorbei. Wer glaubt, den Kapitalismus mit den Mitteln des Kapitalismus überwinden zu können, täuscht nicht nur sein Publikum, sondern auch sich selbst.

Es ist nicht klar, inwieweit bei den intellektuellen Vätern des Bitcoins antikapitalistischer Idealismus eine Rolle gespielt hat. Sollte dessen Einfluss hoch sein, so muss festgestellt werden, dass der Kapitalismus dieses Projekt voll und ganz unter seine Kontrolle gebracht hat. Auch wenn seine Erschaffer anderes wollten, der Bitcoin war von Anfang an ein Spekulationsobjekt, eine Kopfgeburt. Denn für die Realwirtschaft hatte und hat er so gut wie keine Bedeutung. Diese funktionierte trotz ausufernder Geldmengen weiterhin mit den altbekannten Währungen.

Kapitalismus ist nicht mit Moral, Empörung oder intellektueller Überlegenheit zu überwinden, sondern nur mit einem anderen politischen Bewusstsein, das sich auf das Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und die inneren Triebkräfte des Kapitalismus stützt. Das bedarf der materialistischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wunschdenken ist da fehl am Platz.

Aber das Wissen alleine genügt nicht. Es bedarf auch einer gesellschaftlichen Kraft, die sich auf dieses Bewusstsein gründet. Diese Kraft sind nicht die Alternativen und Intellektuellen, sondern die wenig beachtete und teilweise verachtete Mehrheit der Gesellschaft, die werktätige Bevölkerung. Wenn sie sich nicht dieser besonderen Stellung bewusst ist, so ist sie doch aufgrund ihres Fachwissens alleine in der Lage, die gesellschaftlichen Funktionen aufrecht zu erhalten.



Foto: Gerd Altmann/pixabay.com

spruch scheinen die Hohepriester der Inflation von Ernst Wolff bis zu Hans-Werner Sinn nicht zu erkennen oder wollen ihn nicht wahrhaben. Stattdessen malen sie weiterhin das Menetekel der nahenden Inflation an die Wand – und das nun schon seit über zehn Jahren.

Inflation hat nur vordergründig mit Geldmengen zu tun. Es scheint so, weil Geldmengen ansteigen. Jedoch hat das derzeitige Geldmengenwachstum in den entwickelten kapitalistischen Staaten andere Hintergründe als das des Deutschen Reichs von 1923 oder solcher Staaten wie Zimbabwe und Venezuela heute.

Die Geldmenge in den entwickelten Staaten steigt, weil die Notenbanken die Konjunktur stützen müssen. Sie glauben, dass höhere Geldmengen die Banken zu höherer Kreditvergabe anregen, wodurch die Investitionstätigkeit der Unternehmen wächst. Diese Argumentationskette hatte bei den ersten Wirtschaftskrisen nach dem Zweiten Weltkrieg scheinbar gestimmt, führte doch zu einer Ausweitung der Produktionskapazitäten.

### Kapitalistische Realität

Heute besteht das Problem der Unternehmen nicht mehr in den ungenügenden Pro-

für Kredite vorrätig halten, desto mehr sinkt der Brötchenpreis der Banken, der Zins. Das ist die aktuelle Lage in den entwickelten kapitalistischen Staaten, die sich fundamental von denen von Staaten wie Venezuela, Simbabwe und anderen unterscheidet.

Das Kapital der Banken trifft hierzulande auf gesättigte Märkte. Die Unternehmen investieren weniger als an Kapital zur Verfügung steht. Da aber Regierungen und Notenbanken in der Steigerung der Investitionstätigkeit der Unternehmen den Ausweg aus der Krise sehen, erhöhen sie ständig die Dosis der Kapitalinfusionen. Der Kapitalismus beginnt zu hyperventilieren, und Abhilfe ist mit den bisherigen Mitteln der Krisenbewältigung nicht in Sicht. Da hilft auch kein Bitcoin.

Da die Nachfrage vonseiten der Märkte gemessen an den Produktionskapazitäten zu niedrig ist, sinken die Preise der Verbrauchsgüter tendenziell. Das äußert sich in Preisnachlässen bei höherwertigen Produkten wie Autos, aber auch in den Rabattschlachten der Discounter, Supermärkte und Warenhäuser sowie in der Flut von Sonderangeboten und Anlässen für Sonderangebote. Damit sinken die Preise im Warenkorb der Inflationsberechnung und in deren Folge die

Wie funktioniert  
GELD?  
RÜDIGER RAULS  
Erhältlich als e-book und Taschenbuch bei Amazon



## Wie schütze ich mich vor versteckten Kameras?

Europaweit bekannt, und auch Ihnen ganz bestimmt noch in Erinnerung, ist die Geschichte des österreichischen Vizekanzlers H.C. Strache. Kurz zusammengefasst: unbedachte Äußerungen – versteckte Kameras – Regierung gestürzt – Job los.

Ganz so weit muss es ja bei Ihnen nicht kommen. Unangenehm sind versteckte Aufnahmen aber allemal.

Vielen Leuten stellt sich daher die Frage: „Wie schütze ich mich vor versteckten Kameras?“ Gleich vorweg: Ja, es ist möglich, sich zu schützen. Grundsätzlich sind dabei drei Szenarien zu unterscheiden:

- Fremder Raum, in welchem ich mich nur kurz aufhalte. Zu einer Besprechung zum Beispiel. Man hat hier wenig Chancen, versteckten Aufnahmen zu entgehen. Mein Vorschlag: Man wechselt ganz kurzfristig die Örtlichkeit.
- Fremder Raum, in welchem ich mich länger aufhalte. Ein Hotelzimmer oder ähnliches. Hier habe ich gute Chancen, eine etwaig versteckte Kamera zu finden, da für die Suche ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Es gibt Suchgeräte, welche gut geeignet sind, verborgene Kameras zu finden. Man beleuchtet verdächtige Stellen mit diesem Gerät aus jener Richtung, in welche die Kamera schauen könnte. Sofort verrät sich die Kameralinse, und sei sie auch noch so

klein (z.B. 2,5 mm Durchmesser), durch ihr Glitzern. Beliebte Verstecke für Kameras sind Lüftungsschlitze, Rauchmelder, Wandbilder, Schraubenköpfe, Displays von Elektrogeräten, Spiegel, Steckdosen, Buchrücken, usw. All diese Stellen abzusuchen, damit sind Sie einige Zeit beschäftigt. Übersehen Sie bitte auch keinesfalls die Ihnen harmlos erscheinenden Nagellöcher in der Wand. Solche wurden von uns bereits erfolgreich zur Überwachung verwendet. Zur Suche nach versteckten Kameras benutzen wir, neben unseren technischen Kenntnissen und unserer Erfahrung, auch das Gerät „SpyFinder PRO“. Es gibt noch mehrere andere gleichwertige Modelle auf dem Markt. Googeln Sie ein bisschen.

- Bei Ihnen zu Hause. Hier kommt es darauf an, wieviel Zeit der „Spion“ hatte, um eine Kamera zu verstecken. Eine halbe Stunde? In so kurzer Zeit könnte nur rasch eine als Radiowecker, Buch, usw. getarnte Kamera deponiert worden sein. Achten Sie ganz besonders auf Gegenstände, welche in Ihrer Abwesenheit neu in den Raum eingebracht worden sind, vor allem auf an das Stromnetz angeschlossene Elektrogeräte. Hatte diese neugierige Person einen halben Tag oder vielleicht sogar mehrere Tage Zeit zur Installation? In so einem Fall muss man schon weit- aus genauer suchen. Wichtig!: Kameras, wel-

che mit Batterie betrieben werden, stellen irgendwann ihre Tätigkeit ein. Mehr als ein paar Stunden laufen derartige Geräte nicht. Allerdings: Hängt die Kamera am Stromnetz, kann sie für unbegrenzte Zeit filmen.

Sollten Sie den Verdacht hegen, durch versteckte Kameras überwacht zu werden, bleiben Sie bitte selbstkritisch. Überlegen Sie: Wer sollte Interesse haben, mich zu filmen? Wäre jemand bereit, eine ganze Menge Geld dafür ausgeben? Hätte überhaupt jemand die Möglichkeit gehabt, eine versteckte Kamera zu installieren? Bin ich wirklich soooo wichtig? Ja, beim österreichischen Vizekanzler, da hat sich der Aufwand für die Auftraggeber voll bezahlt gemacht. Bei Ihnen auch?

Ich werde in den kommenden Ausgaben verschiedene weitere Themen aus dem Bereich Sicherheit behandeln: Schutz vor Überfällen, Gegenmaßnahmen bei Beobachtung, Home Invasion, Freie Waffen zur Selbstverteidigung, usw.

Für Fragen, Kritik, sowie auch Anregungen zu weiteren Themen bin ich immer sehr dankbar. Schreiben Sie mir doch.

*Manfred Holek,*

*betreibt seit 25 Jahren ein Sicherheitsunternehmen (Detektei, Personenschutz, Bewachung) in Wien.*

*www.holek.at, manfred@holek.at*



Rüdiger Rauls

Foto: Takeaway/commons.wikimedia.org

# Die Entwertung der Werte

Wahrnehmung der Proteste in Weißrussland und Thailand im Vergleich

**Deutschland stellt sich immer wieder gerne als Musterknabe der westlichen Werte dar. Wo immer man diese bedroht glaubt, erhebt man mahnend die Stimme, besonders bei Staaten, die nicht dem eigenen Kosmos angehören. Nun aber bringen die thailändische Demokratiebewegung und der thailändische König die Wertewächter in Verlegenheit.**

## EU-Geld für Weißrussland

Im August 2020 hatten in Weißrussland Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Sehr bald wurden Vorwürfe laut, dass die Wahlergebnisse manipuliert worden seien. Beweise gab es bisher keine, nur Annahmen und Vermutungen. Über soziale Medien mit Unterstützung, besonders aus Polen und den baltischen Staaten, formierten sich Oppositionsgruppen, die zu Demonstrationen und Streiks aufriefen. Während die Demonstrationen anfänglich gut besucht waren, fanden die Streikaufrufe wenig Resonanz. Von Anfang an hatten die Protestierenden Unterstützung von den Staaten des Wertewestens erhalten – nicht nur ideell.

Steuergelder in Millionenhöhe flossen aus der EU-Kasse, aber auch aus den Haushalten einzelner Nationen an die Führung der Oppositionsbewegung. Es ging um die sogenannten westlichen Werte: Demokratie, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Minderheitenrechte. Zudem waren die führenden Persönlichkeiten der Oppositionsbewegung Frauen – westlich orientierte, akademisch gebildete Frauen mit moralisch-idealistischen Vorstellungen, ganz nach dem Geschmack der westlichen Meinungsmacher.

Um den Druck auf die weißrussische Führung zu erhöhen, wurden auch schon sehr bald Sanktionen verhängt. Wohlgermerkt: all dies geschah ohne einen einzigen Nachweis von Wahlmanipulationen. Es genügte den Politikern und Medien im Westen, dass eine Opposi-

tion vorhanden war, die diese Vorwürfe erhob. All das glich den Anfängen einer Farbenrevolution, wie sie seit dem Untergang der Sowjetunion im Bereich des ehemaligen Warschauer Paktes bereits mehrfach stattgefunden hatten.

Die öffentliche Meinung ist in dieser Frage gespalten. Denn die Meinungsmacher beeinflussen die Medienkonsumenten durch die Berufung auf Werte, die sich zum Teil widersprechen, und ihre Propagierung. Einerseits verurteilen große Teile der liberalen und sich links verstehenden Öffentlichkeit vom Westen unterstützte Farbenrevolutionen. Andererseits ist man auch geneigt, gegen autokratische Herrscher Partei zu ergreifen, besonders wenn sie als Verletzer von Frauen-, Minderheiten- und demokratischen Rechten dargestellt werden.

Aber geht es denn wirklich um Werte bei der Unterstützung der Protestbewegungen in Weißrussland oder in Hongkong und Venezuela im Jahre 2019? Wie universell sind diese Werte und der Einsatz des Wertewestens für ihre weltweite Durchsetzung? Oder macht man da Unterschiede im eigenen Herrschaftsbereich sowie befreundeten Regierungen und dem Herrschaftsbereich jener Staaten und Regierungen, mit denen man überkreuz liegt?

## Proteste und doppelte Standards

Im eigenen Herrschaftsbereich ist man bei ähnlichen Ereignissen weniger verständnisvoll. Erinnerung sei hier an die Proteste der Gelbwesten in Frankreich, die Unabhängigkeits-

bewegung der Katalanen, aber auch für die Demonstranten auf dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg. Es wurde mehr über die Gewalt im Umfeld dieser Proteste berichtet als über die politischen Anliegen der Demonstrierenden.

Wurde das Verhalten von Polizei und Staatsmacht bei den Protesten in Hongkong, Venezuela und Weißrussland als unverhältnismäßig dargestellt, so verteidigten westliche Medien und Politiker die Reaktion der eigenen Ordnungskräfte als angemessene Maßnahmen zum Schutz von Bürgern und Staat. Auch hier hätte man wie im Falle der Proteste in Weißrussland mit abstoßenden Bildern und Videos die Verletzungen durch Polizeigewalt aufzeigen können, wenn man denn gewollt hätte.

Nicht umsonst ist gerade die Polizeigewalt in den USA und aktuell in Frankreich immer wieder Auslöser von Protesten. Angesichts von aggressiven Entgleisungen mehrerer Polizeibeamten gegen Migranten und Journalisten sieht Macron erheblichen Handlungsbedarf, um die Vertrauensbeziehung zwischen den Franzosen und den Ordnungshütern wiederherzustellen.

Als 2019 in Hongkong Demonstranten das Parlament verwüsteten und den Flughafen blockierten, zeigte man sehr viel Verständnis im Wertewesten. Von Teilen der Medien wurden sie als Helden dargestellt, die sich gegen ein angeblich menschenverachtendes System erhoben. Schuld an den Ausschreitungen waren nach westlicher Sicht weniger die Demonstranten selbst, sondern vielmehr die

Ordnungskräfte, die mit ihrem harten Vorgehen diese Reaktionen provoziert hatten.

Im Sommer 2020 versuchten anlässlich der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen einige Hundert Querdenker und Reichsbürger, den deutschen Bundestag zu stürmen. Dabei hatten sich die Revoluzzer, ganz brave deutsche Staatsbürger und Untertanen sogar, doch tatsächlich von drei Polizisten vom Sturm auf das Berliner Sommerpalais abhalten lassen, trotz hundertfacher Überlegenheit. Im Gegensatz zu Hongkong war noch nicht einmal ein Sachschaden entstanden. Aber auch im Gegensatz zu Hongkong war die Empörung gewaltig im deutschen Blätterwald.

Was ist aber der Unterschied zwischen dem Sturm auf das deutsche und das Hongkonger Parlament? Was ist bei ersterem verwerflicher als beim zweiten? Rechtlich gesehen sind beide Vorgänge gleich. Woher also die unterschiedliche Bewertung durch die Meinungsmacher im Wertewesen?

### Zerbrechliche Rechtsstaatlichkeit

Als Unterschied wird immer wieder gerne das Dogma vom Rechtsstaat hier und der Willkürherrschaft in anderen Ländern wie China bemüht. Darin nahmen auch westliche Medien gerne Zuflucht, als im Konflikt in Katalonien das Vorgehen des spanischen Staates immer mehr dem jener Staaten glich, die vom Wertewesten so gerne als Unrechtssysteme dargestellt werden.

Nach der Beendigung der Unruhen von 2019 hat die chinesische Regierung für Hongkong ein neues Sicherheitsgesetz erlassen, das in erster Linie die Einflussnahme ausländischer Kräfte unterbinden soll. Zudem wurden gesetzliche Regelungen gegen Unabhängigkeitsbestrebungen geschaffen. Der Westen kritisiert dieses Gesetz und bezeichnet es als Willkürakt. Darin sieht er den Unterschied zwischen dem eigenen Handeln als demokratische Staatswesen und dem jener, die er als Unrechtsstaaten bezeichnet.

Aus dieser selbst erklärten moralischen Überlegenheit leiten die USA nun ihr Recht ab, aufgrund dieses Gesetzes China mit weiteren Sanktionen zu belegen. Auch die EU glaubt sich in der moralischen und rechtlichen Position, ein weiteres Sanktionsregime verhängen zu dürfen, mit dem sie schwere Menschenrechtsverletzungen weltweit ahnden zu dürfen glaubt. Man schafft also eine gesetzliche Basis für die Bekämpfung von Gefahren und Missständen, die man zu erkennen glaubt und glaubt, bekämpfen zu müssen.

Was unterscheidet dieses sogenannte rechtsstaatliche Verfahren von jenem der sogenannten Unrechtsstaaten? Auch China hat sich in dem Sicherheitsgesetz für Hongkong gesetzliche Grundlagen geschaffen, die das Vorgehen regeln. Es handelt also gerade nicht willkürlich, sondern auf der Basis von Regeln, die es für die Bürger, aber auch für den Staat selbst zur Bewältigung einer konkreten Situation geschaffen hat. Jedoch im Unterschied zu den sogenannten Rechtsstaaten erlässt es die

se Gesetze nur für den eigenen Herrschaftsreich und maßt sich nicht an, andere Staaten den eigenen Gesetzen zu unterwerfen.

Vom Verfahren her handelt also der sogenannte Unrechtsstaat China nicht anders als die westlichen Staaten. Auch die selbsternannten Rechtsstaaten regeln durch Gesetze die Rechte der Bürger und die Eingriffe des Staates, wenn es gilt, Gefahren abzuwehren. Das wird gerade im Falle der Corona-Maßnahmen deutlich. Auch hier schafft oder ändert der Staat Gesetze, wenn es nach seiner Meinung für die Bewältigung von Krisen und Gefahren notwendig ist. Nur sind halt eben die Gefahren und Krisen, mit denen sich die Staaten auseinandersetzen müssen, unterschiedlich.

### Klar sieht, wer von Ferne sieht?

Deutschland kennt keine Separationsbestrebungen, die zudem noch von ausländischen Kräften unterstützt werden. Das ist bei

führen. Die Behauptung kann man sicherlich für eine lange Zeit aufstellen, ohne dass daran gezweifelt wird. Aber mit zunehmenden Widersprüchen zwischen dem selbst formulierten Anspruch und der täglichen Praxis wird auch der Anspruch auf Dauer zweifelhaft.

Auch wenn man weit davon entfernt ist, Deutschland oder den anderen Staaten der westlichen Wertegemeinschaft die Rechtsstaatlichkeit abzusprechen, so mehren sich doch die Zweifel, die durch das staatliche Verhalten selbst genährt werden. Diese Zweifel haben die Querdenker hervorgebracht. Auch die Verfahren gegen Teilnehmer der G20-Proteste von 2017 säen Zweifel an der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, wenn sie politisch nicht mehr nützlich sind.

Das Oberlandesgericht in Hamburg verhängte Haftstrafen gegen Demonstranten wegen Ausschreitungen während des G20-Gipfels, obwohl den Beschuldigten keine eigenhändige Gewalttat nachgewiesen wur-



Foto: Homoatrox/commons.wikimedia.org

China anders – wie man in Hongkong sehen konnte. Das mag im Westen vielleicht anders gesehen werden als in China. Aber die chinesische Regierung ist der eigenen Bevölkerung verpflichtet, nicht der deutschen. Sie muss chinesische Probleme lösen, nicht deutsche.

Jedoch im Gegensatz zum Wertewesten haben weder die chinesische, noch die russische, auch nicht die venezolanische, iranische oder gar nordkoreanische Regierung das Verhalten Spaniens in der Katalonienkrise kritisiert. Sie haben sich auch nicht bei den Protesten der Gelbwesten eingemischt oder dem Westen Ratschläge erteilt, was der Wertewesten immer glaubt, sich gegenüber anderen Staaten herausnehmen zu können, zu dürfen oder gar zu müssen. Sie haben auch keine Gesetze erlassen, mit denen sie ihre Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten weltweit durchsetzen wollen.

Für sich selbst den Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit zu erheben, ist die eine Sache. Die andere ist es, auch den Nachweis dafür zu

de. Grundlage dieser Entscheidung war ein Urteil des Bundesgerichtshofs, wonach man sich schuldig mache durch ostentatives Mitmarschieren, auch wenn man selbst keine Gewalttat begangen habe. Ist das noch rechtsstaatlich oder schon Willkür, wie man sie bei China zu sehen glaubt?

### Medien über zwei Proteste

Wie in Weißrussland geht auch in Thailand seit Monaten die Jugend des Landes auf die Straße, um mehr Demokratie zu fordern. Die Berichte darüber in den westlichen Medien sind aber bei weitem nicht so umfangreich wie die über Weißrussland und keineswegs reißerisch, sondern weitgehend sachlich.

Auch scheint es die Medien des Wertewestens wenig zu stören, dass diese protestierende Jugend sich in Prayut Chan-o-cha gegen einen Ministerpräsidenten auflehnt, der durch einen Militärputsch vor sechs Jahren an die Macht gekommen war. Die Einstellung der westlichen Medien scheint demnach nicht in

der Legitimität dessen begründet zu liegen, gegen den sich die Proteste richten.

Wurde zu Beginn der Proteste in Weißrussland der westliche Medienkonsument fast täglich mit Berichten über Demonstrationen und Übergriffe der Ordnungskräfte in Kenntnis gesetzt, so waren die Bilder über Verletzungen von Demonstranten in Thailand in den westlichen Medien Mangelware. Doch auch in Thailand wurde der Polizei vorgeworfen, sie habe mit übertriebener Härte reagiert. Mehr als 50 Teilnehmer mussten daraufhin mit Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Einige davon sollen Schussverletzungen erlitten haben.

Es kann also nicht an der unterschiedlichen Brutalität der Ordnungskräfte und deren Folgen liegen, dass über Zusammenstöße in Weißrussland oder Hongkong mit anderer Intensität berichtet wird als über Vergleichbares in Thailand. Es sei denn, dass die hiesigen Hüter der Werte und Menschenrechte die Unversehrtheit thailändischen Lebens nicht so hoch einschätzen wie anderes.

Auch beim Vergleich der Einschränkungen der Bürgerrechte und der repressiven Maßnahmen gegenüber der Oppositionsbewegung kann kein milderer Verhalten der thailändischen Behörden festgestellt werden. Bereits am 15. Oktober 2020 war in Thailand ein verschärfter Ausnahmezustand verhängt worden. Über ähnliche Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Weißrussland hatten die westlichen Medien bisher nicht berichtet. Trotz allem aber scheint ihnen die Situation in Thailand weniger repressiv zu sein.

Hatte der Wertewesten das neue chinesische Sicherheitsgesetz für Hongkong zum Anlass genommen, um Sanktionen gegen China zu verhängen, so ist davon im Falle Thailands keine Rede. Aufgrund der Proteste sind in Thailand nicht nur Versammlungen von mehr als fünf Personen verboten, sondern auch Nachrichten und Online-Mitteilungen, mit denen die nationale Sicherheit beeinträchtigt werden könnte. Worin besteht der Unterschied zu Hongkong?

Der Anlass der Proteste ist in Thailand und Weißrussland ähnlich. Es geht um Vorwürfe von Wahlfälschung und der damit verbundenen Forderung nach Neuwahlen. Jedoch muss auch festgestellt werden, dass die Hinweise auf Wahlfälschungen in Thailand wesentlich konkreter waren als in Weißrussland.

Dabei hätte die OECD einen solchen Konflikt um das Wahlergebnis im Falle Lukaschenkos leicht verhindern können, wäre sie der an sie ausgesprochenen Einladung zur Wahlbeobachtung gefolgt. Aber wie bei der Wahl in Venezuela zog man es offensichtlich vor, statt die Wahlen zu beobachten, sie näher einfach nicht anzuerkennen, wenn sie nicht das gewünschte Ergebnis brachten.

### **In Deutschland leben, in Thailand regieren**

Aber all diese Widersprüchlichkeit wird noch übertroffen von der Posse, die sich der-

zeit um den thailändischen König Maha Vajiralongkorn, kurz Rama IX, und seinen Aufenthalt in Deutschland abspielt. Besonders das Verhalten der deutschen Behörden und Politik gleicht auffallend der Spezeln-Wirtschaft einer Bananenrepublik.

In diesen Vorgängen das Selbstverständnis eines Rechtsstaates zu erkennen, ist schwierig. Noch schwieriger lässt sich daraus die Werteorientierung eines Staates sehen, der sich weltweit als Richter über den Umgang anderer Staaten mit ihrer Opposition aufspielt.

Thailands König hält sich nicht, wie zu vermuten wäre, in Thailand auf. Die größte Zeit seines Lebens lebt er in Deutschland. Von hier aus übt er seinen Einfluss auf die Politik seines Heimatlandes aus, was nach den Gesetzen des deutschen Rechtsstaates nicht gestattet ist.

Aber damit nicht genug. Er tritt Werte mit Füßen, für die die Staaten des Wertewestens sonst überall auf der Welt einzutreten vorgeben, besonders der Musterknabe Deutschland. So hat Rama IX in Thailand seine Macht



Foto: The Public Relations Department

in den wenigen Jahren seit seiner Thronbesteigung kontinuierlich ausgebaut. Zwei Armee-Einheiten sind dem König nun direkt unterstellt. Außerdem hat der Monarch die Verfassung so ändern lassen, dass sie ihm mehr Freiheiten gibt.

Hätten sich Putin, Lukaschenko oder Maduro solche Machtfülle ohne demokratische Legitimation angeeignet, wären die deutschen Meinungsmacher Sturm gelaufen gegen sogenannte Autokraten. Im Falle von Rama X stört man sich offensichtlich nicht an einem Verhalten, das an einen absolutistischen Fürsten erinnert, aber nicht an einen Staatsmann des 21. Jahrhunderts.

Hatte man in Hongkong, Venezuela und Weißrussland die Forderungen der Opposition bei der Umsetzung der westlichen Werte tatkräftig auch finanziell unterstützt, so finden vergleichbare Forderungen der thailändischen Opposition kein Gehör im Westen. Oder ist es mit den westlichen Werten nicht

vereinbar, wenn die Jugend in Bangkok verlangt, dass der König sich aus der Politik heraushält. Die Monarchie soll nicht über der Verfassung stehen? Was widerspricht da den westlichen Werten?

Offensichtlich stört es die Hüter von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz auch nicht, dass Rama X das Vermögen der Krone unter seine direkte Kontrolle gebracht hat. Dabei handelt es sich um circa 40 Milliarden Dollar. Andererseits aber leiden gerade viele junge Thais unter den katastrophalen Folgen der Coronapandemie und den fehlenden Perspektiven. Zudem wirft die Opposition ihm vor, dass er sein luxuriöses Leben in Deutschland von den thailändischen Steuern finanziert, anstatt damit das Elend im eigenen Land zu lindern.

### **Keine Steuerpflicht für den Thai-König**

Aber damit nicht genug. Der König aus dem Land des Lächelns verprasst nicht nur thailändische Steuergelder, er zahlt noch nicht einmal Steuern in Deutschland, obwohl er hier seinen Lebensmittelpunkt hat. Während der deutsche Staat die Taschen eines jeden Hartz-IV-Empfängers leer macht, die maximale Wohnungsgröße genau festlegt und die Anzahl der Zahnbürsten zählt, ist Rama IX scheinbar von allen Zahlungen an das Gemeinwesen befreit – trotz seines immensen Reichtums.

Die bayrische Steuerverwaltung verweigert unter Berufung auf das deutsche Steuergeheimnis die Mitteilung darüber, ob Rama IX nach dem Tode seines Vaters König Bhumibol Erbschaftssteuer auf das erworbene Milliardenvermögen gezahlt hat, so wie es von jedem deutschen Staatsbürger verlangt wird. Hinzukommen könnten die Einkommenssteuer sowie die kommunalen Steuern wie etwa die Grund-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer. Bisher gibt es keine Hinweise, dass diese entrichtet wurden – und das über Jahre.

Zu den Werten der westlichen Wertegemeinschaft gehört an prominenter Stelle die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, auch vor den Steuergesetzen. Unverständlich ist deshalb die Haltung deutscher Behörden und Politik gegenüber einem Staatsmann, der all diesen Werten keine Bedeutung beizumessen scheint. Noch gibt es keine Erklärungen für dieses Missverhältnis im Umgang mit Rama IX auf der einen Seite und den Vertretern anderer Staaten, die offensichtlich nicht dieselbe Gunst und das selbe Wohlwollen im Wertewesten genießen.

Die oben geführte Auseinandersetzung sollte allerdings all diejenigen nachdenklich stimmen, die nur allzu leicht und allzu gerne sich vor den Karren von Werten spannen lassen. Es sind nicht die Werte selbst, die zweifelhaft sind und nachdenklich machen sollten. Es ist ihre unterschiedliche Anwendung. Es ist die Benutzung und der Missbrauch von Werten für die Durchsetzung von Interessen, die sich hinter den Werten verstecken, und nicht immer klar zu erkennen sind hinter der blendenden Fassade von Idealen.



Ansgar Schneider

## Der beschränkte Debattenraum: Amnesty International und der Fall Julian Assange

Am 26. November 2020 richteten sich 152 Erstunterzeichner eines Offenen Briefes, darunter die Autoren dieses Artikels, an Amnesty International Deutschland (AID). Darin wurde AID aufgefordert, zu den bestehenden Menschenrechtsverletzungen im Fall Julian Assange Stellung zu beziehen. Der Offene Brief wurde inzwischen von tausenden Personen mitgezeichnet. Nun liegt ein Antwortschreiben von AID vor, das die in dem Offenen Brief erhobenen Vorwürfe jedoch nicht ausräumt, im Gegenteil.

Amnesty International (AI) hat sich durch die Hilfe von unzähligen freiwilligen Helfern und Förderern über Jahrzehnte hinweg das Image einer moralischen Instanz in Fragen der Menschenrechte erarbeitet. Mit professionellen Kampagnen eröffnet und beeinflusst AI Debatten über Menschenrechtsverletzungen, politische Willkür und ähnliche Schandtaten, und für viele Menschen ist die Agenda von AI ein wichtiger Orientierungspunkt zur Meinungsbildung, auf den sich selbst die wichtigsten Meinungsmacher im Land beziehen. Tatsächlich zitierten am 4. Januar 2020 – als der Antrag der Vereinigten Staaten zur Auslieferung des in London unschuldig inhaftierten Journalisten Julian Assange in erster Instanz abgewiesenen wurde – unter anderem Der Spiegel, Die Zeit, die Süddeutsche Zeitung, die Deutsche Welle und der Deutschlandfunk eine Stellungnahme von AI zu dieser Entscheidung.

Offenbar schätzen die Leitmedien die Meinung, die seitens AI geäußert wird, als bedeutsam ein. In diesem Sinne ist das, was AI im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen in die öffentliche Diskussion trägt, von Bedeutung und das, worüber AI schweigt, ist auch nicht wirklich wichtig. Dies ist zumindest das Selbstverständnis von AI und die Wahrnehmung von AI innerhalb von Teilen der Zivilgesellschaft.

### Einschub: Ein manipulatives Muster in der öffentlichen Debatte

Das Ergebnis einer öffentlichen Debatte hängt außerordentlich davon ab, welche Gedanken überhaupt auf dem Marktplatz der Meinungen diskutiert werden. Der mitunter wichtigste Parameter einer Debatte ist also nicht (nur) wie detailliert über Einzelheiten gestritten wird, sondern welche Einzelheiten überhaupt aufgegriffen werden. Ein diesbezügliches Eingrenzen oder Ausrichten der Debatte kann durch Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden, indem wesentliche Sachverhalte vorsätzlich verschwiegen und mit irreführendem Vokabular scheinbar relevante, jedoch falsche Bezugspunkte gesetzt werden.

Diese manipulativen Methoden wendet AI in der inzwischen fast zehn Jahre währenden Debatte über den willkürlichen Freiheitsentzug, mit dem Julian Assange gestraft ist, an.

### Die Position von AID im Fall von Julian Assange

Im Februar 2020 startete AID eine Unterschriftensammlung, die sich an den Justizminister der Vereinigten Staaten richtet und diesen auffordert, die Anklage gegen Assange fallen zu lassen. Die Unterschriftensammlung begründet AID mit den Worten: „Assange drohen in den USA Haftbedingungen, die Folter und anderer Misshandlung gleichkommen, und es ist davon auszugehen, dass kein rechtsstaatlich faires Verfahren in den USA gewährleistet ist.“

Die beiden Formulierungen „Assange drohen in den USA“ und „es ist davon auszugehen, dass [...] in den USA“ sind hochgradig irreführend. Implizit ist damit mitgeteilt, dass zurzeit keine Folter vorliege und dass das Verfahren rechtsstaatlichen Ansprüchen genüge.

Der Offene Brief an AID stellt daher insbe-

sondere die Frage: Aus welchem Grund erweckt AID den Eindruck, es gäbe im Falle von Julian Assange keine bereits bestehende Verletzung der Menschenrechte, sondern projiziert diese lediglich in die Zukunft auf den eventuellen Fall seiner Auslieferung?

Die tatsächlich bestehenden Menschenrechtsverletzungen, die der Offene Brief diesbezüglich anführt, sind willkürlicher Freiheitsentzug, Folter und Verwehrung eines fairen Prozesses.

Der willkürliche Freiheitsentzug setzt sich aus drei Zeitabschnitten zusammen:

1. Julian Assanges Zwangsaufenthalt in der ecuadorianischen Botschaft, die der UNO-Menschenrechtsrat, bereits 2016 als willkürlichen und illegalen Entzug seiner Freiheit rügte,
2. seine Inhaftierung nach seiner Verurteilung wegen Kautionsverletzung mit dem willkürlichen Strafmaß von 50 Wochen und
3. die sich daran anschließende willkürliche Inhaftierung während des Auslieferungsprozesses.

In dieser Zeit wurde Julian Assange „absichtlich über Jahre hinweg zunehmend ernsthaften Formen grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt, deren Gesamtwirkung einzig und allein als psychologische Folter beschrieben werden kann“, wie der Offene Brief mit Verweis auf den UNO-Sonderberichterstatter für Folter feststellt.

### Die Effektivität der Aktionsform

Ist die Sammlung von deutschen Unterschriften – also im US-Ausland – für den Justizminister des mächtigsten Landes der Welt eine entscheidungsrelevante Meinungsäußerung? Die deutsche Wählerschaft kann die Partei des US-Justizministers bei der nächs-

ten Wahl nicht mit Stimmentzug strafen, wenn er dem Anliegen der Unterzeichner nicht entspricht. Es wäre daher wesentlich effektiver, wenn AID eine Unterschriften-sammlung durchführen würde, die die deutsche Bundeskanzlerin und den Außenminister direkt auffordert, sich in deutlicher Sprache an die britischen Behörden zu wenden, um die Menschenrechtsverletzungen gegen Julian Assange einzustellen. Denn diese beiden Personen oder deren Parteien wollen von der deutschen Wahlbevölkerung wiedergewählt werden, nicht der US-Justizminister.

Mit der Unterschriftensammlung für den US-Justizminister wird die öffentliche Empörung kanalisiert, weg von Deutschland und unseren britischen Nachbarn, hin ins ferne Amerika.

Die dringlichste Aktionsform, die AI kennt, bezeichnet sich als "Urgent Action". AID erklärt dazu: „Urgent Actions sind die denkbar schnellste und effektivste Form des Eingreifens, um das Leben akut bedrohter Menschen zu schützen.“

Der offene Brief appelliert deswegen an AID: „Wir drängen darauf, dass Sie sich umgehend - so wie es AID in solchen Fällen üblicherweise tut - mit einer "Urgent Action" für Julian Assange einsetzen!“

Welche Maßstäbe legt AI zugrunde, um eine "Urgent Action" für „akut bedrohte Menschen“ ins Leben zu rufen? Aktuelle Beispiele bieten die chinesische Journalistin Zhang Zhan und die beiden russischen Aktivisten Yan Sidorov und Vladislav Mordasov, zu denen AID schreibt:

„Die Bürgerjournalistin Zhang Zhan ist am 28. Dezember 2020 in Shanghai zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Die Verurteilung beruht auf der Anklage, ‚Streit angefangen und Ärger provoziert zu haben‘, weil sie aus Wuhan über COVID-19 berichtet hatte. Zhang Zhan hat ihren Hungerstreik unterbrochen, um weiteren Strafmaßnahmen im Gefängnis zu entgehen. Es besteht allerdings nach wie vor die Sorge, dass sie weiterer Folter oder Misshandlung ausgesetzt werden könnte.“

„Am 22. Oktober lehnte das Stadtgericht Dimitrowgrad in Westrussland den Bewährungsantrag des Menschenrechtsverteidigers Yan Sidorov ab. Er und sein Freund Vladislav Mordasov sind gewaltlose politische Gefangene, die Haftstrafen von vier Jahren verbüßen müssen, weil sie im November 2017 versuchten, eine friedliche Protestaktion zu organisieren. Damit wollten sie Dutzende Rostower Bürgerinnen unterstützen, die in Großbränden ihre Häuser verloren hatten. Yan Sidorov legte gegen den Gerichtsentscheid Rechtsmittel ein.“

Vier Jahre Freiheitsentzug und die bestehende Sorge, dass eine in China inhaftierte Journalistin gefoltert werden könnte (!), sind also ausreichend, um eine "Urgent Action" zu veranlassen, ebenso wenn in Russland ein Bewährungsantrag abgelehnt wird. Ohne das augenscheinliche Leid der Betroffenen zu schmälern, stellt sich in Anbetracht dieser beiden Fälle jedoch die Frage, warum AID bei einem im Vereinigten Königreich inhaftierten



Foto: Peter Erichsen/commons.wikimedia.org



Foto: Ricardo Patiño/commons.wikimedia.org

Journalisten, der seit fast zehn Jahren willkürlich seiner Freiheit beraubt und bei der Folter seit langem Realität ist, keinen Anlass für eine "Urgent Action" sieht und diese verweigert.

Bemerkenswert ist auch der Vergleich mit dem russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, bei dem es, nachdem er in Moskau am 17. Januar 2021 festgenommen wurde, ganze vier Tage dauerte, bis AID eine "Urgent Action" startete.

### Die Antwort von AID

Das nun vorliegende Antwortschreiben von AID auf den Offenen Brief kommentiert die gestellte Frage und den Appell nun folgendermaßen:

„Gleichwohl hat Amnesty International auf einige Unregelmäßigkeiten im Verfahren hingewiesen, wie beispielsweise die technischen Schwierigkeiten bei der Audio- und Videoübertragung in den Gerichtssaal oder den extrem eingeschränkten Kontakt mit seinen Anwält\_innen, was die Vorbereitung der Verteidigung sehr erschwert.

Amnesty International bemüht sich weiter darum, dieses wichtige Verfahren intensiv zu beobachten und die Auslieferung von Julian Assange an die USA zu verhindern. Auch wenn wir nicht auf alle Punkte ihres Appells eingehen können, so können wir ihnen versichern, dass sich sowohl Amnesty International als auch Amnesty in Deutschland klar zur Verfolgung von Julian Assange und zu dem Angriff gegen das Recht auf die Meinungsfreiheit äußert.“

Selbst nach expliziter Nachfrage findet keine Positionierung von AID zu den bestehenden schweren Menschenrechtsverletzungen – willkürliche Haft und Folter – statt, und es wird nur eine sehr milde Kritik an den Verfahrensmodalitäten des britischen Gerichts geübt. Lässt sich das anders erklären, als durch ein vorsätzliches Verschweigen dieser Umstände?

### AI und aktuelle Gerichtsurteile

Auch in der von AID herausgegebenen Pressemitteilung vom 4. Januar 2021, auf die

sich die oben gelisteten Leitmedien beziehen, fehlt ein Hinweis auf die bestehenden, ganz konkreten Menschenrechtsverletzungen. Immerhin jedoch wird der politische Charakter der Verfolgung benannt:

„Wir begrüßen die Tatsache, dass Julian Assange nicht an die USA ausgeliefert wird, und dass das Gericht anerkannt hat, dass ihm aufgrund seines Gesundheitszustands in US-Gefängnissen Misshandlungen drohen. Doch die Anklagen gegen ihn hätten erst gar nicht erhoben werden dürfen. Die Vorwürfe waren politisch motiviert und die britische Regierung hätte die US-Regierung nicht so bereitwillig bei der unerbittlichen Verfolgung von Assange unterstützen dürfen.“

Das Urteil ist zwar richtig und schützt Assange vor der Auslieferung, aber Großbritannien muss sich trotzdem den Vorwurf gefallen lassen, auf Drängen der USA diesen politisch motivierten Prozess betrieben und die Presse- und Meinungsfreiheit auf die Anklagebank gesetzt zu haben.“

Wenn selbst AID erkennt, dass hier in einem politisch motivierten Prozess nicht nur der Mensch Julian Assange sondern die Presse- und Meinungsfreiheit auf die Anklagebank gesetzt wurde, warum sieht AID dann noch immer keinen Grund für eine „Urgent Action“?

Die österreichische Sektion von AI kommentierte das Geschehen am 4. Januar, indem sie zur Unterstützung der Unterschriftenaktion an den amerikanischen Justizminister aufrief. Dort heißt es in Fettschrift in der Mitte der Seite: „In den USA könnte Assange Folter drohen.“

Zum wiederholten Male werden auch hier die bestehenden Menschenrechtsverletzungen nicht benannt und Eventualitäten in den Vordergrund geschoben.

Das Urteil vom 4. Januar begründet die vorerst abgewendete Auslieferung mit dem schlechten Gesundheitszustand von Julian Assange, dessen offensichtliche Ursache die Bedingungen sind, denen er seit fast einem Jahrzehnt ausgesetzt ist. Dazu gehört insbesondere die derzeitige Isolationshaft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh.

Am 6. Januar 2021 wurde dann wenig überraschend das Gesuch des unschuldig und willkürlich inhaftierten Julian Assange, nun endlich (gegen Kautions) freigelassen zu werden, von den britischen Behörden mit Blick auf ein Fortführen des Auslieferungsgesuchs in nächster Instanz abgelehnt. Die Ablehnung des Kautionsgesuchs am 6. Januar sorgt also dafür, dass Julian Assanges verheerende Situation fortbesteht.

Der seit fast zehn Jahren stattfindende willkürliche Freiheitsentzug und die psychologische Folter gehen also in ihren vierten Zeitabschnitt über. Verwundern kann dieses konsequente perfide Spiel niemanden, der den Fall verfolgt hat. In einer diesbezüglichen Pressemitteilung empörte sich jedoch am 6. Januar die englischsprachige Website von AI über das abgelehnte Kautionsgesuch mit den Worten:

„Die heutige Entscheidung Julian Assanges Kautionsgesuch abzulehnen erweist seine anhaltende Inhaftierung als ‚willkürlich‘ [...] Nach so langer Zeit in Haft erweist das Nicht-

Gewähren seiner Kautions seine Inhaftierung als willkürlich. [...] Es ist zuallererst klar, dass Julian Assange nicht hätte ins Gefängnis gesteckt werden sollen, solange das Auslieferungsverfahren noch anhängig war. Die Vorwürfe gegen ihn waren politisch motiviert, und die Regierung des Vereinigten Königreiches hätte den USA bei ihrer unerbittlichen Verfolgung Assanges nicht so bereitwillig helfen sollen.“



Der wiederholte Bezug auf das Urteil des 6. Januars erweckt den Eindruck, als habe gerade erst mit dem 6. Januar 2021 Julian Assanges willkürliche Inhaftierung begonnen. Die vorgespielt differenzierte Formulierung, er hätte nicht ins Gefängnis gesteckt werden sollen, solange das Auslieferungsverfahren noch anhängig war, ist ein obszöner Euphemismus einer fast zehnjährigen grausamen Menschenrechtsverletzung. AI will dies offensichtlich nicht über die Lippen bringen.

Beachtenswert ist auch die Zeitform des letzten Satzes: Die Feststellung, dass die Vorwürfe gegen ihn politisch motiviert waren, suggeriert, dass die politische Motivation der Vorwürfe oder die Vorwürfe selbst jetzt verschwunden seien. Ebenso transportiert die moralische Verurteilung, dass das Vereinigte Königreich nicht „hätte [...] so bereitwillig helfen sollen“, die implizite Aussage, diese bereitwillige Hilfe sei nun vorüber. Beides sind offenkundige Lügen.

Die öffentliche Debatte, die AI führt, lässt sich also in Kürze wie folgt charakterisieren:

1. AI verschweigt die seit zehn Jahren bestehenden Menschenrechtsverletzungen an Julian Assange durch die britischen Behörden vorsätzlich.
2. In irreführender Weise macht AI ein spekulatives, zukünftiges Unrecht in den

Vereinigten Staaten zum Hauptgegenstand der Debatte um Julian Assange.

3. Die Unterschriftensammlung, die sich an den amerikanischen Justizminister richtet, täuscht Relevanz vor, ist aber tatsächlich Scheinaktionismus, der wirkungslos bleibt.
4. AI verweigert die effektivste Form des Eingreifens, die „Urgent Action“.
5. AI verschleiern damit die Realität und verhindert den Aufbau von öffentlichem Druck.

### Der Status quo wird beibehalten

Die Situation, wie sich derzeit zeigt, ist nach wie vor katastrophal. Der investigative Journalist Julian Assange ist in London schuldlos und ohne Urteil eingesperrt und befindet sich am Rand seiner psychischen und physischen Existenz.

Zur real- und geopolitischen Analyse dieser Situation sollte man bedenken, dass der Status quo aus Sicht der Kriegsverbrecher in den USA ein Idealzustand ist: Der öffentliche Druck innerhalb der USA bleibt auf geringem Niveau, solange sich Julian Assange im USAusland befindet, weder verurteilt ist oder sich in ihrer Gewalt befindet. Nichtsdestotrotz wird der Gejagte de facto bestraft und das Exempel in aller Grausamkeit und für jedermann sichtbar statuiert.

Der Status quo ist auch für das Vereinigte Königreich ideal, denn dort muss man sich nicht vorwerfen lassen, dass man Assange ausgeliefert habe. Gleichzeitig kann der politische Apparat seine Macht und Ignoranz gegenüber Julian Assange und der Bevölkerung demonstrieren und signalisiert durch das zermürbende Verfahren mitsamt der anhaltenden Inhaftierung dem engsten Bündnispartner USA zugleich sein Wohlwollen.

Solange es keinen ausreichenden Druck auf die britischen Behörden gibt, die seit zehn Jahren anhaltenden Menschenrechtsverletzungen gegen Julian Assange zu beenden, wird sich daran vermutlich nichts ändern. Die ehemalige deutsche Justizministerin Herta Däubler-Gmelin stellte dazu fest:

„Das alles tritt auch unsere ‚westlichen Werte‘ der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenwürde mit Füß[en]. Wenn es um China geht, um Iran, um Russland, um die Türkei oder um die anderen Staaten, deren Regierungen wir westliche Rechtsstaaten nicht vertrauen und deren Justiz wir mit Grund Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit absprechen, beklagen wir das mit Recht, gelegentlich sogar lautstark.“

Warum nicht gegenüber Großbritannien? Warum das geradezu schreiende Schweigen der EU und ihrer Mitgliedstaaten beim skandalösen Umgang mit Julian Assange?“

Die Nichtregierungsorganisation AI trägt mit ihrem Verschweigen und Ablenken ihren Teil dazu bei und dient somit – bewusst oder unbewusst – den Interessen der amerikanischen Kriegsverbrecher, die bis heute auf freiem Fuß sind.



Elena Dunkul

Alle Fotos: Elena Dmitrieva

## Ein Stück Russland in Götschendorf

„Wenn man mit der Bahn von Berlin über Eberswalde dem alten Jagd- und Wildrevier der preußischen Kurfürsten und Könige zustrebt, gelang man, in Eberswalde umgestiegen, nach einigen weiteren Stationen der Eberswalde-Fürstengerber Bahn nach dem am Werbellinsee idyllisch gelegenen Königlichen Jagdschloss Hubertusstock. Einige Stationen weiter auf dieser Bahn nähert man sich einem anderen Fürstensitz vor den Toren Berlins, von der Bahnstation Milmersdorf bald erreichbar. Es ist dies die Fürstlich Läppische Herrschaft Götschendorf, die seine Hochfürstliche Durchlaucht Fürst Leopold IV. Zur Lippe vor einigen Jahren erwarb, und auf der er sich am Ufer des Kölpinsees schlichtes, helles Schloß erbaut hat...“

So beginnt ein Artikel von Professor Eppstein, der am 31. Juli 1915 in der Berliner Zeitschrift „Die Woche“ erschien. Der Artikel wird hierzu von sechs fotografischen Aufnahmen begleitet.

Jetzt kann der 90 Kilometer lange Weg in einer Stunde zurückgelegt werden. Mehr als ein Jahrhundert später stehen wir vor einem Schloss, das schon zahlreiche Besitzer gewechselt und alle Meilensteine der deutschen Geschichte durchlaufen hat. Es bewahrt sorgfältig die Geheimnisse verschiedener Ereignisse, die im Lande stattfanden. Jetzt ist das Schloss leer und soll so schnell wie möglich restauriert werden.

Wir gehen hinein. Der Wind rauscht ungehindert über die Böden, öffnet die Fenster und zerschmettert das Glas. Der Blick aus dem Fenster

geht auf den See. Genau so wie früher, nur die Bäume und Büsche verdecken nun die Seeoberfläche. Die alten hölzernen Pfosten an den Säulen sind mit Farbe überzogen. Es ist schwer zu sagen, welcher Zeit des Lebens des Palastes die Verzierung zuzuordnen ist. Der Saal mit dem erhaltenen Parkett, die Decke mit Stuck... Verschwindende Schönheit, die dann sehr schwer wiederherzustellen sein wird.

Das Schloss wurde 2006 mit Hilfe des deutschen Journalisten und Wohltäters Norbert Kuchinke für den symbolischen Preis von einem Euro erworben. Jetzt ist dieses Gebiet ein einzigartiges, das einzige orthodoxe St. Georgs-Kloster der Berliner und deutschen Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche. Der Tempel wurde bereits gebaut, die weiteren Arbeiten wurden aufgrund finanzieller Schwierigkeiten leider eingestellt. Aber das Leben darin verblasst nicht dank der Bemühungen von Freiwilligen und Gemeindemitgliedern. Jetzt ist es sehr wichtig, die Aufmerksamkeit der Presse, der Politiker und der Geschäftsleute auf sich zu ziehen, um Mittel für die Restaurierung des Schlosses zu finden, um die Errichtung der Kathedrale zu beenden und das Gebiet auszustatten. Die Mitglieder der Pfarrei haben im letzten Jahr „Subbotniks“ abgehalten. Das Schloss wurde ein wenig wiederbelebt, und es finden dort inzwischen Ausstellungen statt. Auf der einen davon werden Kopien von Postkarten aus der Sammlung des Klosters mit Bildern des Schlosses und Briefen von Urlaubern aus den Jahren 1912 bis 1980 gezeigt.



Im Oktober 2020, am Tag der Schenkung der Ikone des heiligen Alexander von München an das Kloster, wurde die Ausstellung „75 Jahre Sieg. Alexander Schmorell. Sein Weg vom Widerstandskämpfer zum Heiligen“, eröffnet. Diese ist dem irdischen Leben von Alexander Schmorell und der Bewegung „Weiße Rose“ gewidmet.

Am 24. Oktober 2020, dem Namenstag des unvergessenen Erzbischofs von Berlin und Deutschland Feofan (Galinski), wurde eine dem verstorbenen Bischof gewidmete Fotoausstellung eröffnet.

Im zentralen Raum der Galerie „Mosaik des Universums“ sind auf Leinwänden 1x1 m Arbeiten platziert, die von Kindern unter Beteiligung von Künstlern aus Deutschland und Russland im Rahmen der Deutsch-Russischen Festtage 2015–2019 im Rahmen des gemeinsamen Projekts der St. Petersburger Internationalen Stiftung für Kunstförderung „MASTER CLASS“ und der Deutsch-Russischen Festtage e.V. erschaffen wurden.

In einer anderen Halle haben sich Engel niedergelassen. In der Kathedrale fanden vom Sommer bis zum Herbst die Veranstaltungen „Kinder malen im Tempel“ statt, bei denen Schulkinder gemeinsam mit Künstlern Engel zeichneten. Dank dieser Aktion konnten Spenden für eine Ikone des Heiligen Stylian von Paphlagon gesammelt werden, die dem Kloster im letzten Herbst geschenkt wurde.

Jetzt, während der Pandemie, ist die Zahl der Gemeindemitglieder stark zurückgegangen und das Kloster befindet sich in Isolation. Um in Kontakt zu bleiben, organisierte das St. Georgs-Kloster zusammen mit dem Festival eine Kampagne für Kinder. Das Ergebnis war die Ausstellung „Das Weihnachtsmärchen“, die seit Januar die Arbeiten von Kindern und Erwachsenen präsentierte. Die Werke sind im Zeitraum vom 24. Dezember bis zum 6. Januar, zwischen dem katholischen und orthodoxen Weihnachten, entstanden.

Dieses deutsch-russische Zentrum für geistliche und kulturelle Zusammenarbeit, diese Insel der russischen Kultur ist für unsere im Ausland lebenden Landsleute sehr wichtig. Denn es ist wie eine Brücke, die die Menschen in unserer schwierigen Zeit verbindet.

**Wir laden Sie herzlich ein, unser Kloster zu besuchen.**  
**Das Kloster ist jeden Tag von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet.**  
**Auf dem Gelände des Klosters ist eine Feldküche vorhanden.**

**Das St. Georgs-Kloster** ist das einzige orthodoxe Kloster der Berliner und deutschen Diözese der Russisch-Orthodoxen Kirche. Es befindet sich in Götschendorf, in der Nähe von Templin in Brandenburg.

**Adresse des Klosters:** Götschendorf 33, 17268 Milmersdorf  
**Website:** [www.georg-kloster.de/ru](http://www.georg-kloster.de/ru)

*In jedem Gottesdienst betet die Gemeinde für die Gesundheit und das Wohlergehen aller ihrer Gemeindemitglieder und Wohltäter.*

**Ihre Spenden können Sie auf das Konto des Klosters überweisen:**  
**Name des Empfängers:** Berliner Diözese der ROK  
**IBAN:** DE08 1208 0000 0551 0090 00 **BIC/SWIFT:** DRESDEFF120  
**Bank:** Commerzbank **Verwendungszweck:** Spende für Kloster St. Georg





Tetyana Hecker

**IV. Internationaler Unternehmerinnenkongress  
„Frauen und Wirtschaft in den neuen Realitäten“**

**В ЭФИРЕ**

# Larissa Eichwald: „Wir fördern die internationale Zusammenarbeit“

Die World Business Alliance of Russian-Speaking Women wurde im Juli letzten Jahres offiziell registriert. Die Basis dafür war der Verband der Unternehmerinnen Spaniens AMER. Innerhalb kurzer Zeit schaffte diese Organisation, Frauen aus mehr als 40 Ländern, die in verschiedensten Bereichen tätig, zu vereinen.

Deutschland ist dieser Organisation im November beigetreten und ist damit das 33. Mitgliedsland. Die deutsche Vertretung engagierte sich sofort im sozialen Bereich, der die Wohltätigkeit und die Gründung eines Zentrums für Kinder und Jugendliche umfasst. Da Deutschland jedoch ein exportorientiertes Land ist, schlug es vor, die mit der Zusammenarbeit zwischen den Ländern verbundenen Geschäftsrichtungen zu vertiefen und nicht nur die horizontalen Verbindungen zwischen den Vertretungen des Bündnisses zu entwickeln, sondern auch aktiv mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zusammenzuarbeiten, was für viele Mitglieder der erste Schritt ihrer Geschäftskarriere war. Wir veröffentlichen ein exklusives Interview mit Larissa Eichwald, der Leiterin der Repräsentanz der World Business Alliance of Russian-Speaking Women in Deutschland.

**T.H.:** Beschreiben Sie bitte in Kürze das Ziel Ihrer Organisation.

**L.E.:** Das Ziel der Worldwide Alliance of Russian-speaking Women Entrepreneurs (WBA – Worldwide Business Alliance) ist recht transparent. Sie soll die kommerziellen, wirtschaftlichen, finanziellen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Unternehmerinnen, ihren eigenen Unternehmen sowie den Unternehmen aller Allianzmitglieder entwickeln. Darüber hinaus bietet WBA Unterstützung bei der Entwicklung von Frauenunternehmertum und Führungsinitiativen, sowie professionelle Hilfe bei der Gründung und Führung eines Unternehmens.

**T.H.:** Seit vielen Jahren beschäftigen Sie sich als Leiterin eines Accounting- und Beratungsunternehmens mit dem Themenkomplex der Firmenregistrierung für ausländische Geschäftsleute in Deutschland sowie der Erstellung von Konzepten



für individuelle Geschäftslösungen. Mit anderen Worten: Es gibt eine Menge zu tun. Und dann gibt es noch die Möglichkeit, Leiter der deutschen Vertretung der World Business Alliance zu sein. Sie müssen also 24 Stunden am Tag erreichbar sein und ein bisschen mehr...

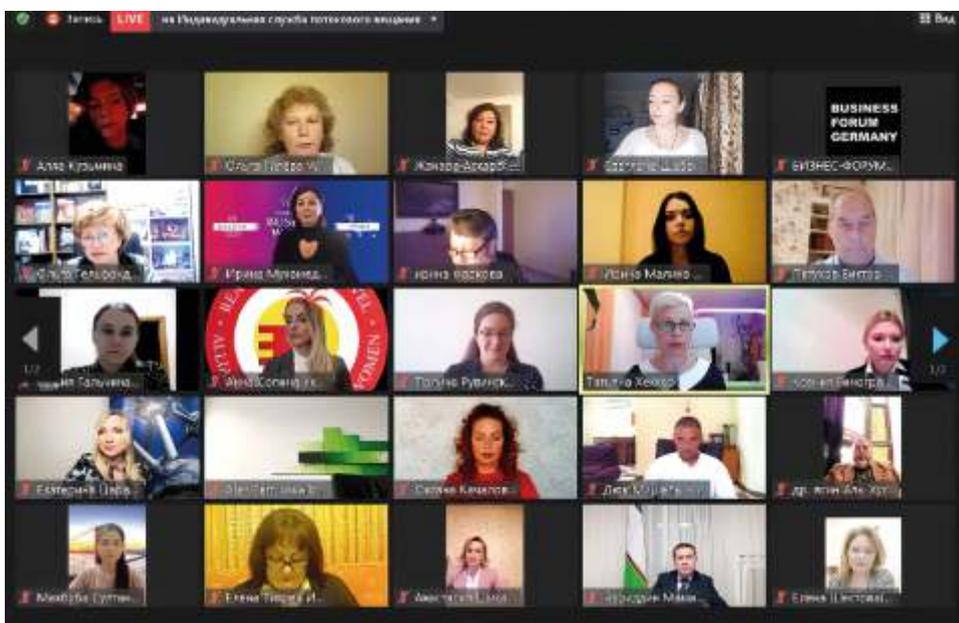
**L.E.:** (lächelnd) Sie wollen fragen, wozu wir die Allianz brauchen? Die Antwort liegt auf der Hand: für die Erweiterung unseres Horizonts im Bereich der Außenwirtschaft. Bei meiner Arbeit stelle ich oft fest, dass unsere Kunden oder Partner sich weitergehende Informationen zu verschiedenen Parametern

wünschen. Und das gilt nicht nur für meine Branche, sondern auch für viele andere. Meiner Meinung nach ist die World Alliance of Russian-Speaking Women Entrepreneurs genauso eine Vereinigung, die die Möglichkeit bietet, Projekte in kurzer Zeit zu realisieren, unabhängig davon, in welchem Land man sich befindet. Wir sind mitten im Geschäftsleben. Und im Geschäftsleben spielt bekanntlich die schnelle Entscheidungsfindung, besonders in Krisensituationen, eine wichtige Rolle. Der Besitz von notwendigen Kompetenzen gibt neue Möglichkeiten für die Entwicklung, es ist einfacher, mit entstehenden Krisensituationen umzugehen.

Die Worldwide Alliance hilft, den Horizont der Geschäftskommunikation zu erweitern. Die deutsche Repräsentanz der Allianz hilft uns, gemeinsam mit unseren Kollegen Geschäfte zu fördern und Projekte international durchzuführen. Ich weiß mit Sicherheit, dass russischsprachige Frauen ein gutes Potenzial haben, unabhängig von ihrem Wohnsitz oder ihrem Tätigkeitsbereich. Schauen Sie sich um – wie viele starke und selbstbewusste Frauen es gibt. Sie sind mit der Kindererziehung beschäftigt, kümmern sich um den Haushalt. Darüber hinaus führen sie ein eigenes Geschäft, engagieren sich in der Sozialarbeit und bewältigen alle ihre Aufgaben mit großem Erfolg. Und wie viele Pläne und Ideen sind noch nicht realisiert? Daher sehe ich den gegenseitigen Nutzen dieses Bündnisses darin, dass eine Frau, die unser Mitglied wird, in jeder Hinsicht gewinnt: Die Möglichkeiten für ihre Entwicklung und Selbstverwirklichung werden vervielfacht. Jede, die sich unserer Allianz anschließt, kann einen zusätzlichen Energieschub bekommen, der ihr helfen wird, sich selbst besser zu entfalten und dank der internationalen Kommunikation selbstbewusster und erfolgreicher zu werden. Jedes Mitglied der Allianz, und das ist bereits am Beispiel anderer Länder bewiesen, erweitert seine Business-Horizonte. Manche denken vielleicht nicht einmal daran, über ihr Heimatland hinauszugehen. Die globale Allianz ist eine Chance für neues Denken, um neue Optionen in der Wirtschaft zu entdecken und sie ganz anders zu entwickeln. Ich glaube, dass alle Mitglieder dieser globalen Organisation sich hier wohlfühlen werden. Wir sind alle offen und wir können einander helfen.

**T.H.:** Jeden Tag schließen sich Unternehmerinnen dem deutschen Zweig Ihrer Organisation an. Wer gehört dazu?

**L.E.:** Es ist mir eine große Freude, Ihnen das Ehrenmitglied der Weltallianz russischsprachiger Unternehmerinnen in Deutschland, die Vorsitzende der Deutschen Unternehmerinnenvereinigung, Mitglied der CDU, Ex-Kandidatin der CDU-Fraktion im Bundestag, die Inhaberin des Transportunternehmens Olesja Romme (Rudi) vorzustellen. Sie hat 16 Jahre Erfahrung in der Wirtschaft. Olesja hat ihr eigenes Transportunternehmen aufgebaut und 160 Arbeitsplätze geschaffen. Parallel dazu war sie an der Entwicklung von drei weiteren Unternehmen beteiligt. Im Jahr



2018 war sie als Mitglied der Delegation des Unternehmerverbandes bei einem Empfang bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Meine Stellvertreterin und Koordinatorin

der Öffentlichkeitsarbeit der World Business Alliance of Russian-speaking Women in Deutschland war Tetyana Hecker, Journalistin und Mitglied des Deutschen Journalisten-

verbandes. Zu den ersten Mitgliedern in Deutschland gehörten die Gewinnerin der "Miss Große Size Germany 2015", das bekannte Model Dina Wacker, die Künstlerin Lidia Lichikinkas, die Lehrerin und Bloggerin Liana Perrins. Auch Frauen aus anderen Ländern, die noch keine eigenen Vertretungen haben, schließen sich uns an. Zum Beispiel Valentina Garanina, Director of Business Development der Moskauer LLC "NaturaVector", und Rimma Sabirjanova, Art Director und Gründerin des "Art Atelier SabiRi" (Usbekistan). Die Liste kann man fortsetzen.

Für ihr Vertrauen in die deutsche Vertretungsstelle möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken. Darüber hinaus beteiligen sich auch Männer an der Arbeit der Vereinigung. Zum Beispiel Eugene Breining, Projektleiter für die GUS-Länder, Osteuropa und Zentralasien, Senior Consultant und Partner der Exportakademie Baden-Württemberg. In der Allianz wurde er Mitglied des Expertenrates, der alle Fragen, die mit der internationalen Tätigkeit verbunden sind, schnell lösen sollte, indem er horizontale Verbindungen zwischen den Ländern aufbaut und konkreten Geschäftsleuten hilft, ihre eigenen Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren sowie Geschäftspartner zu finden. Zurzeit hat das Projekt Teams in Ländern wie Deutschland, Belgien, Österreich, Kamerun, Spanien und der Schweiz.

Um effizient arbeiten zu können, wurde im Rahmen der World Alliance ein Expertenzentrum geschaffen, dessen Hauptzweck darin besteht, die Anfangsphase der Sammlung, Analyse und Prüfung jedes der eingehenden Projekte durchzuführen und sie zur Umsetzung an die operativen Teams der jeweiligen Länder weiterzuleiten, an denen der Kunde interessiert ist. Bewerbungen für Unternehmenskooperationen können auf verschiedene Weise eingereicht werden: entweder direkt bei den auf der Alliance-Website, über das Bewerbungsformular oder direkt bei der Leitung des Expertenrats. Nach der fachlichen Bewertung des Antrags für ein internationales Projekt wird dem Kunden ein speziell entworfener Fragebogen mit Angabe von Ansprechpartnern, mit denen er zusammenarbeiten kann, zugesandt. Derzeit sind die folgenden Themen am meiste gefragt: Auswahl von Partnern, Entwicklung der Marketingstrategie auf dem gewählten Markt, Vertrieb auf dem bestimmten Markt, Arbeitscoaching sowie Projekte, die sich mit dem Einkauf von Ausrüstung und Waren, Gewerbeanmeldung und -unterstützung, Geschäftsplanung, Rechts- und Steuerberatung beschäftigen. Solche Themen wie Kauf oder Fusion von Unternehmen sind auch gefragt.

Der Expertenrat führt auch die allgemeinen Arbeiten an Projekten durch, die mit der internationalen Tätigkeit verbunden sind, und zwar nicht nur auf der Ebene der außenwirtschaftlichen Tätigkeit des Kunden, sondern auch Projekte, die mit der Medien- und Werbetätigkeit, der Organisation von Konferenzen und Foren nicht nur auf der gemeinsamen



Plattform der Allianz, sondern auch in den vom Kunden gewählten Ländern stattfinden.

Übrigens, Deutschland hat bereits Erfahrungen mit der Schaffung von Operationszentren, so genannten Centers of Excellence der Exportakademie Baden-Württemberg, in solchen Ländern wie Indien, Iran, Russische Föderation, Usbekistan, etc. Und jedes der Zentren hatte eine vorrangige Entwicklung, die in jedem Land oder jeder Region am meisten gefragt war. Dazu gehören ein deutsches Ingenieurzentrum in Indien und ein Technologietransfer- und Lokalisierungszentrum für die ausländische Produktion in einer der Regionen der Russischen Föderation. Darüber hinaus wurde Anfang 2020 die Business Cluster Group registriert, deren Gründer Unternehmer aus Bereichen wie Recht, Steuern und Buchhaltung, Beratung, Bildung, Softwareentwicklung waren, die spezielle

Dienstleistungen im Bereich der Außenwirtschaftstätigkeit anbot. Ein ähnliches Unternehmen wurde nun in Russland, in der Region Lipezk, gegründet. Die Zusammenarbeit dieser Unternehmen macht es möglich, das gesamte Leistungsspektrum auch mit einem geringen finanziellen Budget aus einer Hand anzubieten.

Dies ermöglichte eine schnelle Lösung aller Probleme für internationale Unternehmen bei ihrer Tätigkeit in Deutschland und der Entwicklung des eigenen Geschäfts von A bis Z. Zusammenfassend würde ich sagen, dass es in der Allianz genug Arbeit für alle gibt.

**T.H.:** Was kann für die WBA in Deutschland von Interesse sein?

**L.E.:** Der Allianz gehören zurzeit über 40 Länder an. Deutschland ist der Allianz im vergangenen Oktober beigetreten. Als wir eingeladen wurden, der WBA beizutreten, haben

wir sofort gehandelt. Die deutsche WBA-Mitgliedschaft bot uns die Möglichkeit, unseren internationalen Horizont zu erweitern, während die Exportorientierung des Landes uns die Umsetzung größerer Projekte ermöglichte. Die deutsche WBA-Stelle beteiligte sich aktiv an den bestehenden Projekten der Allianz, nutzte aber auch die länderspezifischen Besonderheiten und zusätzlichen Möglichkeiten, die sich boten, um ähnliche Kompetenzzentren zu eröffnen, deren operative Teams alle Fragen zu internationalen Aktivitäten in jedem einzelnen Land umgehend lösen können.

Wir haben uns entschieden, das Interesse an der Zusammenarbeit mit der Allianz zu erhöhen, indem wir die breite Masse der Unternehmer ansprechen, die mit dem durch die Pandemie bedingten Problem konfrontiert sind – der Interaktion zwischen den strategischen Märkten. Das Coronavirus hat die Zusammenarbeit zwischen den Ländern verändert. Viele Unternehmer sind online gegangen. Die Lieferketten brachen zusammen, einige Lieferanten verließen den Markt, was zu Engpässen führte, und die Krise wuchs. Aber das in Deutschland geschaffene Zentrum war bereits in den ersten Monaten der Quarantäne aktiv an der Arbeit beteiligt. Das geschaffene "One-Stop-Shop"-System ermöglichte es, unsere Mitglieder bei der Unternehmensgründung in Deutschland (Kontoeröffnung, Betreuung der Kunden und Auswahl der Partner) zu unterstützen. Und das alles ohne die Anwesenheit der Kunden in Deutschland. Wir begannen auch, mit der Medienholding zusammenzuarbeiten, nutzten verschiedene Marktplätze und starteten Projekte im Zusammenhang mit Dropshipping. Damit war es möglich, Produkte aus Russland, der Ukraine, Weißrussland und Usbekistan bereits im April 2020 in den deutschen Handelsketten zu platzieren.

Natürlich haben wir unsere Erfahrungen aktiv an die globale Allianz weitergegeben. Um unsere internationale Arbeit zu stärken, schlugen wir die Schaffung verschiedener Kompetenzzentren vor, die nicht nur den WBA-Mitgliedern, sondern auch Partnern aus dem Ausland Hilfestellung geben könnten. Durch die Schaffung von operativen Zentren könnten wir allen Personen, Firmen und Organisationen, die an internationalen Aktivitäten interessiert sind, eine sehr große Unterstützung bieten.

Der Algorithmus für diese Arbeit entsprach dem enormen Potenzial der Allianz, sowohl geografisch als auch in Bezug auf die starken Kompetenzen, die die WBA-Mitglieder besitzen. Operative Teams, die derzeit in den führenden Ländern der Allianz in Kompetenzzentren arbeiten und das "One-Stop-Shop"-System nutzen, helfen bei der schnellen Lösung aller Fragen im Zusammenhang mit der Geschäftsentwicklung im Ausland. Dieses System beinhaltet den notwendigen Handlungsalgorithmus für jede Firma, die sich entschlossen hat, internationale Geschäfte zu machen. Angefangen von der Partnersuche, der Unterstützung beim Export



von Waren auf dem deutschen oder anderen europäischen Markt, der Gründung oder dem Kauf eines Unternehmens, der Steuerung seiner Tätigkeit, der Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften und so weiter. Dazu gehören Themen wie Kontoeröffnung bei einer deutschen Bank, Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen und viele andere Dienstleistungen, die untrennbar mit der Entwicklung des internationalen Geschäfts verbunden sind.

Als wir den Bereich World Business Alliance in Deutschland gegründet haben, wussten wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Heute gibt es in Deutschland mehr als 5.000.000 russischsprachige Menschen, darunter viele Unternehmerinnen. Diese Frauen haben ihre eigenen Unternehmen, sie leiten Abteilungen, Bereiche von weltbekannten deutschen Unternehmen. Darüber hinaus verfügen sie über eine recht große Erfahrung bei

der Integration und der Erfüllung der gestellten Aufgaben. Das von ihnen geführte Geschäft hat sich harmonisch in die Infrastruktur des Landes integriert und zeigt ein großes Potenzial. Ich glaube, dass es bei internationalen Aktivitäten gefragt sein wird. Außerdem haben diese Frauen unterschiedliche Mentalitäten und Wahrnehmungen, daher können sie geschäftliche und kulturelle Komponenten leicht miteinander verbinden.

**T.H.:** Technologie und Mentalität spielen im Business eine wichtige Rolle...

**L.E.:** Zweifellos zeigt all dies Einfluss auf dem deutschen Markt. Vor dem Beitritt zur WBA hatte Deutschland genügend Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen, insbesondere mit den Unternehmen der Russischen Föderation. Wir entwickeln jetzt ein Projekt zur Einrichtung von Kompetenzzentren in jeder Region Russ-

lands, in jedem GUS-Land, zusätzlich zu den bereits bestehenden Kompetenzzentren, die es ermöglichen werden, nicht nur schnelle Entscheidungen zu treffen, sondern auch das vorrangige Potenzial bestimmter Regionen zu entwickeln. Wir gründen solche Vereinigungen sowohl mit Hilfe von staatlichen und kommunalen Organen als auch von Vereinen, FEZ und anderen gemeinnützigen Strukturen, sowie von Organisationen und Firmen, die bereit sind, ihren Beitrag zur Entwicklung der internationalen Beziehungen zu leisten.

Wir unterstützen auch Projekte, die innerhalb der Allianz verteilt werden. Darüber hinaus konzentrieren wir uns mit unseren neu geschaffenen Zentren auf die Unterstützung der Länder der ehemaligen Sowjetunion und der GUS, in denen diese Frauen geboren und aufgewachsen sind. Mit unseren operativen Fähigkeiten versuchen wir nicht nur, bestimmten Ländern zu helfen, sondern auch als verbindendes Glied zwischen vielen Ländern zu agieren: ihre Waren und Dienstleistungen zu präsentieren, internationale Märkte zu erreichen und soziale Projekte im Zusammenhang mit internationalen Aktivitäten (Wohltätigkeit, Ausstellungen, Foren und Kongresse) anzubieten.

Es ist wichtig anzumerken, dass selbst die geschlossenen Grenzen uns nicht daran gehindert haben, unser Ziel zu erreichen. Der 4. Internationale Kongress russischsprachiger Unternehmerinnen fand Anfang Dezember letzten Jahres auf der Online-Plattform „Business Forum Deutschland“ statt. Vielleicht haben wir auch deshalb die Zahl der Mitgliedsländer der Allianz erhöhen können. Diese Online-Veranstaltung bewies die hohe Nachfrage unter den Frauen und das große Interesse an dieser Kooperation zur Umsetzung gemeinsamer Projekte. Mehr als 900 Teilnehmer besuchten den Kongress. Mehr als eine Million Zuschauer verfolgten den Kongress auf dem Youtube-Kanal. Danach erhielt das deutsche Büro viele Anfragen, sowohl von Frauen, die in Deutschland leben, als auch von Frauen aus anderen Ländern, die sich in der internationalen Arbeit verwirklichen möchten, um ihre Projekte vorzustellen, die für die World Business Alliance of Women Entrepreneurs interessant sein könnten.

**T.H.:** Soweit ich weiß, befindet sich die Allianz derzeit im Prozess der Anmeldung ihrer Aktivitäten in Deutschland...

**L.E.:** Das ist richtig. Wir laden alle Interessenten aus Deutschland zur Mitarbeit ein. Die deutsche Repräsentanz hat alle bestehenden interessanten Projekte zur Realisierung übernommen. Aufgrund der Anforderungen des heimischen Marktes denken wir aber auch über zusätzliche Aktivitäten nach, die für zukünftige Mitglieder der WBA-Deutschland interessant sein könnten. Dazu gehört die Möglichkeit für Mitglieder, eine Rechtsberatung zum Schutz von Arbeitnehmern vor Arbeitgebern und Integration in einem neuen Land zu günstigeren Konditionen zu erhalten. Auch Seminare und Schulungen sowie Weiterbildungsangebote sind interessant, die praxisorientiert angeboten werden.



Die Mitgliedschaft im WBA-Büro in Deutschland sehen wir nicht nur als Erweiterung unserer Geschäftsmöglichkeiten, sondern auch als kontinuierliches Wachstum und Entwicklung unserer Fähigkeiten. Übrigens bringen diese Projekte neben der Kommunikation und dem Networking auch große Vorteile und Rabatte, die nur WBA-Partner und -Mitglieder erhalten. Dazu gehören die Teilnahme an Managementseminaren, Einladungen zu Business-Brunches mit wichtigen Personen und die Rechtsberatung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Ausland. Unsere Mitglieder können unser Netzwerk von Partnerkontakten nutzen und erhalten Beratungen für Unternehmer in Deutschland. Diese bietet zum Beispiel die Kanzlei Wunsch Rechtsanwälte PartG mbB, die vom bekannten Rechtsanwalt Eugen Wunsch geführt wird, mit dem wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten.

Wir freuen uns auf Projekte von neuen Mitgliedern der WBA-Deutschland. Die Kontakte in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Kunst, Immobilien, Medizin und Tourismus verdienen große Aufmerksamkeit. Wir laden alle Interessenten ein, sich uns anzuschließen. Eine solche Zusammenarbeit hilft bei der Umsetzung von Projekten auf internationaler Ebene. Auch für Sponsoren und Partner der WBA haben wir interessante Angebote.

Teilnahme an internationalen Foren und Kongressen der World Business Alliance ermöglicht es, die Aktivitäten bestimmter Unternehmen vorzustellen und ihnen zu helfen, die europäischen Märkte zu erschließen. Auf der Online-Plattform "Business Forum Germany" können Unternehmer ihre Produkte präsentieren und Geschäftspartner finden.

Wir sind bereits dabei, Online-Seminare zu implementieren. Hoffentlich werden wir in naher Zukunft, sobald die Corona-Einschränkungen aufgehoben sind, Ausstellungen und Treffen wieder durchführen. Wir haben sehr enge Beziehungen zu Regierungsbehörden, Ministerien, Abteilungen und Botschaften verschiedener Länder. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass sich das Geschäft von Frauen international entwickelt. Der deutsche Zweig der WBA verpflichtet sich, die Business-Angebote nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, Asien, Afrika und Amerika verfügbar zu machen.

In unseren Newslettern und in der Fachzeitschrift "Business-Life WBA" sowie bei humanitären und karitativen Aktionen werden wir die verbindende Brücke für die Förderung von Produkten und Dienstleistungen sein. Die Rechtsanwälte, die mehrere Sprachen sprechen, werden den Partnern mit ihrer Unterstützung zu Vertrags- und Wettbewerbsrecht, projektübergreifenden Fragen und anderen Angelegenheiten zur Seite stehen. Kurz gesagt, die World Business Alliance of Russian-Speaking Women heißt jeden Unternehmer willkommen, der nicht nur die Zahl seiner potenziellen Kunden erhöhen, sondern auch seinen Horizont erweitern und zuverlässige Partner finden möchte.

## Die Ziele der WBA sind:

- **Die Förderung von kommerziellen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, finanziellen, steuerlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen russischsprachigen Unternehmern;**
- **russischsprachige Unternehmer und Fachleute zu vereinen und eine dynamische Zusammenarbeit zwischen russischsprachigen Unternehmern und Fachleuten zu schaffen;**
- **Schutz der Interessen und Förderung der Geschäfte von russischsprachigen Unternehmerinnen.**

## Aktivitäten der World Business Alliance:

- **Organisation von Kursen, Schulungen, Praktika, Seminaren, Konferenzen, Vorführungen, Ausstellungen, Trainings, Exerzitien, Freundschaftstreffen und kulturellem Austausch, allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Partnern;**
- **Effizienter Informationsaustausch zwischen den Alliance-Mitgliedern;**
- **Vertretung der Interessen der Vereinsmitglieder in verschiedenen Strukturen;**
- **Rechtliche und sonstige Beratung, Unterstützung der Mitglieder der Allianz;**
- **Unterstützung der Alliance-Mitglieder beim Aufbau von Beziehungen zu Behörden und ausländischen Partnern;**
- **Unterstützung der Alliance-Mitglieder bei der Erstellung von kommerziellen Angeboten an andere Mitglieder;**
- **Unterstützung bei der Organisation des Vertriebs von Produkten und Dienstleistungen der Partner;**
- **Unterstützung, Entwicklung und Förderung von Initiativen zum Unternehmertum von Kindern;**
- **Eröffnung eines Jugendbereichs für russischsprachige Landsleute im Alter von 18 bis 35 Jahren, einer Business-Schule, eines touristischen Ziels, von Immobilien und Investitionen;**
- **Durchführung von gemeinsamen Projekten und thematischen und fachlichen Veranstaltungen;**
- **die Organisation eines globalen Wettbewerbs für russischsprachige Unternehmerinnen;**
- **Aufbau von Handelsbeziehungen zwischen Russland und anderen Ländern;**
- **Veröffentlichung von Publikationen, Rezensionen und Artikeln, Büchern, Zeitungen, Magazinen, Newslettern, Websites, Blogs, audiovisuellen Materialien sowie allen anderen Kommunikations- und Marketingmitteln;**
- **Übersetzungen;**
- **Mitwirkung in internationalen und staatlichen Stiftungen, Wirtschaftsorganisationen, Verbänden, Vereinen und Gemeinschaften;**
- **Teilnahme an humanitären und karitativen Aktionen.**

Die Leiter der Repräsentanz des Weltwirtschaftsbundes russischsprachiger Frauen in Deutschland laden Sie ein, sich anzuschließen, denn das ist eine gute Chance für jede von Ihnen nicht nur für die Entwicklung Ihres Unternehmens oder Geschäftes, sondern auch für persönliches Wachstum.

**Tel. / WhatsApp:** +4915901805806, **E-mail:** l.eichwald@wba-germany.de

**Tel. / WhatsApp:** +49 15146234112, **E-mail:** t.hecker@wba-germany.de

**Tel. / WhatsApp:** +49 1621373903, **E-mail:** o.romme@wba-germany.de

World Business Alliance of Russian-Speaking Women Deutschland (wba-alliance.com)



Nataliia Zhuk

Foto: Elena Dmitrieva

## Ilja Zofin: „Sprache ist eine besondere Art der Kommunikation“

**Drehbuchautor Ilja Zofin erzählt über seinen Film „Persischstunden“**

Der Film „Persischstunden“ (Regie: Vadim Perelman, Drehbuch: Ilja Zofin, in den Hauptrollen: Lars Eidinger, Nahuel Pérez Biscayart, Leonie Benesch u.a.) wurde zu einem der meistdiskutierten Projekte der Berlinale 2020. Noch vor dem Ende des Festivals wurden die Ausstrahlungsrechte für den Film in viele Länder verkauft, darunter die USA, Kanada, Japan, China, fast ganz Europa, Russland, die Ukraine und Weißrussland. Bis heute wurde der Film in 64 Ländern gezeigt.

Es folgten Einladungen zu vielen Festivals, Top-Einspielergebnisse, Nominierungen für Preise, darunter die Aufnahme in die Long-Lists von Golden Globe, Oscar und EFA-Preis der Europäischen Filmakademie.

Am Anfang war die Geschichte, die der 15-jährige Ilja Zofin in einer Zeitschrift las. Die Geschichte über einen Mann, der eine neue Sprache erfindet, um in einem KZ zu überleben.

Unsere Korrespondentin Nataliia Zhuk sprach mit dem Drehbuchautor und Koproduzenten von „Persischstunden“ Ilja Zofin über den Weg, den er und sein Projekt genommen haben, um dorthin zu gelangen, wo sie jetzt sind. Es ging darum, welche Schwierigkeiten der Drehbuchautor auf dem Weg zur Verfilmung der Geschichte zu bewältigen hatte, und auch über die Besonderheiten der Handlung, die Peripetie des Drehbuchs und das Verhalten der Figuren und warum sie so sind.

**Nataliia Zhuk (im Folgenden – N.Zh.):** Ilja, vor wie vielen Jahren haben Sie Ihre Arbeit am Drehbuch begonnen?

**Ilja Zofin (I.Z.):** Es ist insgesamt 40 Jahre her, als ich die Geschichte in der Zeitschrift gelesen habe. Und vor zehn Jahren habe ich

angefangen, an dem Drehbuch zu arbeiten. Im Laufe dieser Zeit wurde das Drehbuch acht- oder neunmal umgeschrieben. Ich weiß selbst nicht mehr, wie oft. Es wurde 2013 fertiggestellt. Zum Beispiel habe ich mir 2011 die Episode mit dem Mädchen ausgedacht.

**N.Zh.: Das ist in der Tat die Hälfte Ihres Lebens. Der Weg, den Sie gemeinsam mit dieser Geschichte gegangen sind, von der Konzeption zum Drehbuch und vom Drehbuch zum Film, ist beeindruckend in seiner Komplexität. Was hat Ihnen geholfen, in schwierigen Momenten nicht aufzugeben?**

**I.Z.:** Wahrscheinlich Sturheit, Unwilligkeit, eine Niederlage einzugestehen. Wobei man fairerweise sagen muss, dass es einen Moment gab, in dem ich fast aufgegeben hätte. Das war im Frühjahr 2018. Zu diesem Zeitpunkt war ich wahnsinnig müde von den erfolglosen Versuchen, dieses Projekt zu verwirklichen. Ich hatte keine Energie mehr, denn obwohl wir einen Vertrag mit Timur Bekmambetov und mit Vadim Perelman unterschrieben hatten, gab es nicht sehr viel Hilfe von Timur, er war mit vielen anderen Projekten beschäftigt. Es war auch nicht genug Geld da, um mit den Dreharbeiten zu beginnen. Alles wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Meine Frau und ich waren in Israel und haben einen Ausflug nach Jerusalem gemacht. Dort gab es einen wunderbaren Reiseleiter. Er sagte zu mir: „Komm, ich bringe dich an den Ort, an dem Gott unsere Bitten erhört.“ Und er führte mich genau dorthin, wo die Klagemauer in den Palast hineingeht und sich an eine andere Wand anlehnt. Er sagte genau an der Kreuzung: hier hört Er am besten. Ich legte

meine Hand darauf und sagte: „Herr, befreie mich davon, ich kann nicht mehr, ich habe keine Kraft mehr. Hilf mir, diese Geschichte zu vergessen, oder einen Film darüber zu machen.“ Zwei Tage später rief der Produzent Ilya Stewart an und sagte: „Ich habe dein Drehbuch gelesen, es gefällt mir sehr, und wenn du nichts dagegen hast, unterschreiben wir den Vertrag und drehen den Film.“

Danach ging es sehr schnell. Es war am 30. April, und am 15. Oktober (also in 5 Monaten und 15 Tagen) haben die Dreharbeiten in Weißrussland begonnen.

**N.Zh.: Lassen Sie uns nun über die Auswahl der Schauspieler sprechen. Es gibt eine sehr starke Besetzung in dem Film. Wollten Sie Lars Eidinger von Anfang an für die Rolle von Klaus Koch besetzen? Wie ist es dazugekommen?**

**I.Z.:** Ich wollte ihn wirklich für diese Rolle, ich kannte ihn bereits. Ich gehe oft in die Schaubühne (Anmerkung: die Schaubühne in Berlin, wo Lars Eidinger arbeitet). Ich habe Eidinger in "Hamlet" gesehen und ich habe auch alle seine Filme gesehen. Als ich das Drehbuch geschrieben habe, habe ich ihn mir als Koch vorgestellt. Das Schreiben ist immer einfacher, wenn man sich dabei einen bestimmten Schauspieler vorstellt. Aber ich hatte Angst, ihn mit dem Skript persönlich anzusprechen, denn es ist leicht, als verrückter wahrgenommen zu werden. Also war es besser, den bewährteren Weg zu gehen...

Mein langjähriger Freund Andrei Plakhov kam nach Berlin, um Lars Eidinger zu interviewen. Er ist Filmkritiker und war von 2005 bis 2010 Präsident des Internationalen Verbands der Filmpresse (FIPRESCI). Ich flehte ihn an: „Ich bitte dich, hier ist meine Visitenkarte, du kennst das Drehbuch, gib ihm die Karte, sag ihm, ich träume davon, dass er die Rolle von Klaus Koch spielt.“ Und Andrei tat dies. Eidinger gab den Kontakt von seinem Agenten und bat darum, ihm das Drehbuch zu schicken. Drei Tage später kontaktierte sein Agent Vadim Perelman. Lars und Vadim hatten eine Skype-Konferenz, waren miteinander sehr zufrieden und Lars stimmte dem Dreh zu.

**N.Zh.: Lars Eidinger war also der erste Schauspieler, der bestätigt wurde?**

**I.Z.:** Ja. Wir haben Lars gefunden. Und auch Leonie Benesch („Babylon-Berlin“, „Das weiße Band“) war von Anfang an dabei.

Leonie hat das Skript gelesen und gesagt, dass sie dabei ist. Dies waren die beiden Personen, die genehmigt wurden, bevor Produzent Ilya Stewart zum Projekt kam.

Die längste Zeit haben wir damit verbracht, den Schauspieler für die Rolle des Gilles auszusuchen. Der erste Kandidat war Riz Ahmed, der in "One Night" mitspielte. Wir haben auch mit vielen anderen Schauspielern verhandelt, darunter Gaspar Noé, Louis Garrel, Aaron Taylor-Johnson, Timothée Chalamet. Chalamet mochte das Drehbuch sehr, musste aber schließlich ablehnen, da sein Terminkalender für drei Jahre im Voraus geplant war und wir nicht so lange warten konnten.

Und dann kam Nahuel Pérez Biscayart ins Spiel. Er war bereits für "120 BPM" bekannt und letztes Jahr spielte er im Film "Au revoir là-haut".

Er ist ein sehr guter Schauspieler. Nahuel und Lars haben gut zusammengearbeitet. Es gab eine sehr lustige Geschichte, als Nahuel fragte, wer Koch spielt. Er sagte: „Wenn Lars Eidinger mitmacht, bin ich dabei.“ Lars bekam den Anruf und sagte: „Wenn Nahuel zustimmt, dann stimme ich zu, aber wenn Nahuel nicht zustimmt, dann stimme ich trotzdem zu.“

**N.Zh.: Eine Frage zur Schlusszene: Was ist eigentlich aus Klaus Koch nach dem Krieg geworden?**

**I.Z.:** Ursprünglich sollte zum Schluss eine Unterschrift erscheinen: „In 15 Jahren“ oder „Paris 1959“.

Koch läuft die Straße entlang. Neben ihm geht eine Frau, eindeutig orientalisch, dunkelhäutig. Zwischen ihnen läuft ein Mädchen, etwa fünf oder sechs Jahre alt, ein europäisch aussehendes Mädchen mit roten Haaren. Sie gehen gemeinsam durch Paris und nähern sich einem Restaurant.

Im Drehbuch (das auch in der Endfassung des Films geschnitten wurde) sagte Koch immer, dass sein Restaurant „Der goldene Fasan“ heißen würde. Sie gehen auf ein Restaurant in Paris zu, auf dem „Goldener Fasan“ steht. Sie gehen hinein. Koch sagt: „Ich möchte zu Herrn Kremier.“ Die Stimme von Koch im Hintergrund sagt: „Die Iraner haben mich an die Briten ausgeliefert, als sie merkten, dass ich die Sprache nicht kann und es sich herausstellte, dass ich ein Deutscher bin. Für die Kollaboration mit dem Nationalsozialismus bekam ich sieben Jahre Haft, saß vier Jahre ab, blieb aber trotzdem in Persien, kehrte nicht nach Europa zurück. Während ich im Gefängnis war, hatte ich viel Zeit zum Nachdenken. Und mir wurde klar, mit was für einem Mann mich das Schicksal zusammengeführt hatte. Und der Gedanke, ihn zu finden, hat mich seitdem nicht mehr losgelassen.“

Also kommt er rein und fragt, ob er Herrn Kremier sehen kann. Er sagt, er sei ein alter Bekannter von ihm. Der Kellner geht. Sie sitzen am Tisch. Das Mädchen malt. Und plötzlich kommt Gilles heraus. Sie treffen sich und schauen sich an und Koch kann nicht aufstehen.

Er befindet sich in einem gewaltigen Stresszustand. Er beugt sich vor und flüstert etwas seiner Tochter. Sie steht auf und läuft zu Gilles hinüber. Und sagt zu ihm in der Sprache, die er einst erfunden hat: „Du bist Reza(?)“ Er antwortet: „So haben sie mich mal genannt.“ Sie sagt: „Mein Vater hat mir viel von dir erzählt.“ Und setzt sich auf seinen Schoß und umarmt ihn.

**N.Zh.: Dankeschön! Jetzt ist mir klar, was am Ende passiert ist.**

**I.Z.:** Ich habe mit Vadim Perelman, als wir die Dreharbeiten in Weißrussland beendet haben, vereinbart, dass das Ende geändert wird.

**N.Zh.: Also hat Gilles das Restaurant unter dem Namen eröffnet, den Klaus ausgewählt hat?**

**I.Z.:** Ja. Mein Punkt war, dass Gilles und

Klaus sich gegenseitig beeinflusst haben.

Gilles arbeitet im Restaurant, legt Servietten aus. Plötzlich hört er eine Stimme, dreht sich um, und da ist ein Mädchen. Sie sagt in Pseudo-Farsi: „Ich wurde gebeten, Ihnen das zu geben.“

Und sie gibt ihm das Buch, das Koch einst Gilles im Lager abgenommen hat. Er nimmt das Buch und fragt: „Wo hast du es her?“ Sie sagt ihm: „Mein Vater hat es mir weitergegeben.“ Gilles geht zum Fenster und sieht Koch.

Wenn das Ende so geblieben wäre, hätte die ganze Geschichte eine etwas andere Bedeutung gehabt. Mit Koch ist das Gleiche passiert wie zuvor mit Gilles. Es war so, als hätten sie ihre Plätze komplett getauscht. Da er in der gleichen Situation war, versteht Koch nun Gilles Gefühle. Und er kommt zu ihm, Jahre später, auf der Suche nach Versöhnung.

Tatsächlich schien es mir, dass Klaus und Gilles sich sehr nahestanden, wie zwei Men-

dieses Gefühl war für mich sehr wichtig.

**N.Zh.: Wie und wann ist die Idee entstanden, wie genau Gilles eine neue Sprache erschafft? Eine Sprache, die auf Namen basiert. Das ist eine großartige Idee!**

**I.Z.:** Es gibt da tatsächlich eine Hintergrundstory – von Ray Bradbury. Erinnern Sie sich daran, wie in „451 Grad Fahrenheit“ alle Bücher massenhaft verbrannt wurden und alle die Texte auswendig lernen mussten? Die Idee kommt nicht ganz von dort. Aber ich hatte von Anfang an die Idee, woher die Worte kommen könnten – der Moment mit dem Lineal, das einen Teil des Namens verdeckt. Gilles würde die Anfangsbuchstaben von Namen abdecken und so Wörter für Pseudo-Farsi erschaffen. Es gibt sogar "il", "au" – „ich“, „du“. „Gilles“, „Klaus“. Und es ging weiter und weiter: "aks" – „Max“. „Tod“ hatte er auch da. Also ließ er die Anfangsbuchstaben der Namen weg und prägte sie sich ein. Und



schen, die dieselbe Sprache sprechen, sich nahestehen können. Stellen Sie sich vor: Es gibt nur zwei Menschen auf der Welt, die die gleiche Sprache sprechen. Das schien mir sehr wichtig zu sein.

**N.Zh.: Was ist der entscheidende semantische Unterschied zwischen dem Ende, das ursprünglich im Drehbuch stand, und der Schlusszene, die in der endgültigen Version des Films belassen wurde?**

**I.Z.:** Wenn Klaus und seine Tochter nach dem Krieg, in 15 Jahren, zu Gilles kommen, zeigt das, dass er nach Vergebung und Versöhnung sucht.

Als sie sich trennten und es nicht klar war, was mit Koch passiert ist, ob er überlebt hat oder nicht, ist klar, dass er bestraft wurde, das wäre aber ein anderer Film. Und dies ist ein Film über das Gedenken, über den Versuch, das Geschehene zu bewahren, es nicht zu vergessen.

Ich verstehe, dass in diesen Tagen eine neue Generation von Menschen herangewachsen ist. Menschen wie Lars Eidinger, die sich schuldig fühlen, die um Vergebung bitten, die sich nach Versöhnung sehnen. Und

als mir das einfiel, wurde mir klar, wie die Sprache funktionieren soll.

**N.Zh.: Zu welchem Zeitpunkt kamen Sie auf die Idee einer fiktiven Sprache?**

**I.Z.:** Sie ist Laufe des Drehbuchschreibens entstanden. Ich habe früher nicht einmal darüber nachgedacht, wie es sein würde, ich hatte nur einen Entwurf. Dann hat Timur (Bekmambetov) diese Synopsis und die Rechte am Drehbuch gekauft.

Zuerst kam die Idee, dass Gilles diese Sprache aus Namen erfunden hat. Ich hatte das Drehbuch schon geschrieben, es war schon alles drin und es gab das Mädchen im Finale. Dann ging ich aufgeregt zu Bett und merkte plötzlich, dass ich noch eine Szene zu Ende schreiben musste.

Unmittelbar nach dem Kriegsende gab es ein Entnazifizierungsgesetz, bei dem jeder, der über 15 Jahre alt war und von 1933 bis 1945 in Deutschland lebte, auf 139 Fragen antworten musste (wo man war, wer man war, in welchen Organisationen man Mitglied war, wer das bestätigen kann usw.). Und es gab eine Frage: „Wie viele Personen können

bestätigen, dass Sie zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort waren?“ Und als die zur Sprache kam, dachte ich, dass niemand bestätigen kann, dass Gilles in diesem Lager war. Aber andererseits konnte er Zeugen benennen, und ich stellte dabei fest, dass es mehrere tausend Menschen wären. Ich sprang mitten in der Nacht auf, rannte zu meinem Computer und schrieb das ganze Ding in fünf Minuten.

Ich wusste genau, wo diese Szene hingehört. Ich habe das Drehbuch aktualisiert. Dann bekam ich einen Anruf von Bekmambetovs Assistentin, die sagte: „Leute, was macht ihr da, ich habe geweint, ich konnte mich eine Stunde lang nicht beruhigen.“ Und Vadim hat diese Szene zur Schlusszene gemacht, den Teil mit „15 Jahre später“ herausgeschnitten. Das war sein Recht.

**N.Zh.: Nun, Diese Szene ist ganz normal für das Finale, alle weinen darüber und der Film ist vorbei.**

**I.Z.:** Nun, nachdem ich wieder geweint und mir die Nase geputzt hatte, ging ich hinaus und dachte: „Was ist mit Koch passiert?“ Und dann die nächste Frage: „Was ist mit Max passiert?“ Und wissen Sie, es gab eine Szene im Drehbuch, und sie wurde gefilmt, wie Max, dieser Deutsche, der ihn die ganze Zeit verfolgt hat, Gilles einholt... Er holt Gilles ein und greift ihn an, woraufhin Gilles ihn tötet.

**N.Zh.: Er tötet zum ersten Mal...**

**I.Z.:** Gilles tötet den Nazismus. Für mich war das eine Art Metapher. Und Vadim dachte, dass Gilles kein Mörder sein kann und tat es auf eine andere Art und Weise.

**N.Zh.: Den ganzen Film über hatte ich das Gefühl, dass es eine sehr subtile Dynamik zwischen Klaus und Gilles gibt, dass es nicht nur eine Lehrer-Schüler-Beziehung ist, sondern eine Beziehung dem Älteren und dem Schwächeren, der dann tatsächlich beginnt, Koch psychologisch zu kontrollieren. Und schon ist Klaus abhängig von Gilles, nicht umgekehrt. Dass es ein subtiles Gefühl zwischen Freundschaft und sogar Liebe gab... Welche Gefühle zwischen den beiden haben Sie anfangs unterstellt?**

**I.Z.:** Nein, nein. Sehen Sie, es ist so. Jemand Großes hat gesagt: "Schreiben Sie es auf Ihre Weise, die Kritiker werden Ihnen später sagen, was Sie sich dabei gedacht haben."

Es gab ein langsames Auftauen von Koch. Ich weiß nicht, wie ich es erklären soll, aber Gilles bringt Koch zum Schmelzen und Koch kann ihn nicht mehr loslassen. Deshalb darf Gilles nicht sterben. Er ist der einzige Freund, den Koch hat. Das ist es, was sie meiner Meinung nach miteinander verbindet. Und die Sprache ist eine Art der Kommunikation, die zwischen Menschen besteht. Darüber hat Lars in der Pressekonferenz gesprochen.

**N.Zh.: ...dass es noch Hoffnung für die Welt gibt, wenn ein Nazi-Hauptsturmführer und ein jüdischer Häftling die gleiche Sprache sprechen?**

**I.Z.:** Genau. Sie entwickeln eine Sprache, sie finden eine gemeinsame Sprache. Hier sehen sie – ein Jude und ein Nazi – wie kon-

ventionell alles ist. Wenn man Menschen zum Reden bringt, vor allem in einer gemeinsamen Sprache, werden sie früher oder später zu einer Einigung kommen. Das war für mich das Bindeglied zwischen dieser Geschichte und der Moderne. Ich habe auch immer wieder gesagt, dass es in diesem Film nicht um den Holocaust geht, sondern um die Sprache.

**N.Zh.: Um auf die Frage nach der Erstellung von Pseudo-Farsi zurückzukommen. Erzählen Sie bitte, wie es technisch gemacht wurde.**

**I.Z.:** Wir haben einen Sprachwissenschaftler von der Moskauer Staatsuniversität engagiert, der mit 600 Wörtern und der Grammatik auf der Grundlage des Chinesischen eine neue Sprache entwickelte. Als er den Text gelesen hat, saß Vadim nur fassungslos da. Es war unglaublich. Mir selbst fiel die Kinnlade herunter. Vadim war in Vancouver, ich war in Berlin, der Sprachwissenschaftler

**N.Zh.: Aber vielleicht wären das dann nicht Sie gewesen.**

**I.Z.:** Ganz genau.

**N.Zh.: Haben Sie weitere fertige Geschichten, die darauf warten, verfilmt zu werden?**

**I.Z.:** Ich habe noch vier oder fünf weitere Drehbücher, die noch nicht fertiggestellt sind. Alle anderen Filme außer „Persischstunden“, die nach meinen Drehbüchern entstanden sind, sind Auftragsarbeiten. Das ist etwas, was die Sender kaufen. Aber was von Herzen geschrieben wurde, interessiert da kaum jemanden.

Ich hatte das Staatliche Institut für Kinetographie absolviert, arbeitete als Regisseur beim Fernsehen, bevor ich 1990 nach Deutschland hierherkam. Und dann, ein paar Monate später, haben mein Freund und ich einen Produzenten gefunden. Ich schrieb das Drehbuch, wir bekamen Unterstützung. Dann



in Moskau und wir hatten diese Videokonferenz. Und er fing an, diese Texte zu lesen, die dann in den Film kamen. „Meine Mutter starb, als ich fünf Jahre alt war. Wir lebten arm. Wir haben gehandelt.“ Es war einfach unglaublich.

**N.Zh.: Was haben Ihnen dieses Drehbuch und dieser Film rückblickend gebracht?**

**I.Z.:** Erstens, dieses Drehbuch hat mich mit vielen wunderbaren Menschen bekannt gemacht: Vadim Perelman, Ilya Stewart, Vlad Oplyants, Timur Bekmambetov, Valery Todorovsky, Lars Eidinger, Nahuel Pérez Biscayart und viele andere. Ohne dieses Skript gäbe es nichts. Das ist das Wichtigste. Zweitens, der Film ist so geworden, wie er geworden ist, und ich liebe ihn wahnsinnig.

Als jemand, der nach Perfektion strebt, kann ich immer sagen, dass es noch besser hätte sein können. Aber was hätte da noch besser sein können? Ich hätte auch besser sein können, denke ich. Hätte ich zum Beispiel keine Nudeln gegessen und wäre anstatt Sport gemacht.

hat uns der Produzent einfach abblitzen lassen. Mich. Er zahlte einen Anteil an meinen Freund und gar nichts an mich. Er ist jetzt ein sehr berühmter Mann. Ich weiß nicht, ob er damals das Geld hatte oder nicht, vielleicht wurde er geizig, weil er erkannte, dass das Projekt nicht zustande kommen würde. Oder er gab das Geld für etwas Anderes aus. Ich weiß es nicht. Aber das ist gar nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass ich nach diesem Vorfall 20 Jahre lang nichts mehr geschrieben habe. Weil ich begriffen habe, dass man nicht zwei Jahre lang arbeiten kann, ohne einen Pfennig zu verdienen. Also bin ich in das Geschäft eingestiegen und habe es eine lange Zeit lang gemacht. Im Jahr 2008 habe ich ein Drehbuch geschrieben, das war eine andere Geschichte. Es geht darum, dass man sich plötzlich in die Filmindustrie wiederfindet und merkt, dass es eine sehr harte Sache ist.

**N.Zh.: Wo viel Geld im Spiel ist, tritt die Kreativität in den Hintergrund.**

**I.Z.:** In Deutschland verdient ein erfolgreicher Drehbuchautor für russische Verhältnisse zunächst einmal sehr viel. Und natürlich

gibt es auch hier einen Wettbewerb. Ein Beispiel: ein russischer Drehbuchautor hat acht oder zwölf Episoden des Drehbuchs geschrieben. Er wurde mit je 6.000 \$ bezahlt. 50.000 \$ im Jahr in Russland oder 4.000 \$ im Monat – darüber würde sich jeder freuen. Deshalb kämpfen alle für Aufträge.

Ich habe 15 Jahre lang nichts mehr geschrieben und dachte, ich würde nie wieder schreiben. Und jetzt bin ich wieder da. Ich schäme mich nicht einmal, es zu sagen: Ich war 54 Jahre alt, als ich mich hinsetzte und mein erstes Drehbuch nach einer solchen Pause schrieb.

**N.Zh.:** Wenn man sich eine Geschichte ausdenkt, weiß man nicht, was dabei herauskommen wird. Aber Sie können nicht darauf verzichten, diese Geschichte zu schreiben. Kennen Sie das?

**I.Z.:** Ja, so etwas gibt es. Das ist wahr. Geschichten werden geschrieben, weil man



Foto: Elena Dmitrieva

sie schreiben muss. Aber eigentlich schreibe ich Drehbücher zu meinem eigenen Vergnügen. Um diesen Film zu drehen, habe ich noch eine Menge vom eigenen Geld ausgegeben. Abgesehen davon, dass ich keine 50.000 \$ für das Drehbuch genommen habe, habe ich eine Menge eigenes Geld draufgelegt und ich bereue es nicht. Aber manchmal tun mir die Drehbuchautoren leid, die allein davon leben. Weil sie in die Lage versetzt sind, dass sie pausenlos schreiben müssen. Man ist gezwungen, das zu nehmen, was einem gegeben wird. Und wenn man für eigenen Spaß schreiben kann...

**N.Zh.:** ...ist es wahrscheinlicher, dass man etwas Gutes schreibt?

**I.Z.:** Ja. Aber ich möchte Sie warnen, ein Drehbuchautor ist ein sehr abhängiger Beruf, man ist weit davon entfernt, das Sagen zu haben. Manchmal ist nicht einmal der Regisseur zuständig, sondern der Produzent. Deshalb gibt es diesen guten Witz: Ein Filmteam beobachtet eine Vorführung. Es läuft ein Film auf der Leinwand. Und der Kameramann sagt: „Ich kann nichts sehen.“ Der Tontechniker sagt: „Ich kann nichts hören.“ Der Dreh-

buchautor und der Regisseur schauen sich an und sagen: „Wir verstehen gar nichts.“ Und der Produzent sagt verträumt: „Ich mag es.“

**N.Zh.:** Was ist der grundlegende Unterschied zwischen dem Filmemachen in Russland, Europa und den USA?

**I.Z.:** Ich denke, es gibt einen Unterschied, den jeder kennt. Hollywood-Filme drehen bedeutet, das eigene Geld zu riskieren. Sie sind für alles selbst verantwortlich. Wenn Sie Recht haben, großartig, wenn Sie falsch liegen, bezahlen Sie für Ihren Fehler mit Ihrem Geld. Sie haben ein mehrstufiges System von Versicherungen und Krediten, aber am Ende sind Sie selbst dafür verantwortlich.

In Europa ist die Situation völlig anders. Sie wenden sich an eine Stiftung für Filmemacher, es gibt viele davon. Sie sammeln ein bisschen Geld von allen. Dann drehen Sie einen Film, den niemand mag. Aber Sie tragen keine Verantwortung. Da es sich um Stiftungsgelder



Foto: Elena Dmitrieva

handelte, ist es bedingt rückzahlbar.

Der Unterschied besteht auch darin, dass russische Filmemacher nie einen Film drehen, in dem keine Russen, russische Birken, die russische Sprache, ein Russe im Ausland oder ein Ausländer, der nach Russland kam, vorkommen. Dieser Film ist absolut europäisch. Dieser Film ist universell. Dieser Aspekt ist fast einzigartig.

**N.Zh.:** Erzählen Sie mehr über die Besonderheiten von „Persischstunden“ gerade im Hinblick auf eine internationale Produktion.

**I.Z.:** Dies ist ein Film mit europäischen Schauspielern: Deutschen, Franzosen, Italienern, es gibt sogar einen Amerikaner. Dieser Film wurde von den russischen Produzenten mit der Beteiligung von deutschen und weißrussischen Produzenten gemacht. Die Geschichte ist absolut europäisch. Es ist ein völlig neues, modernes Kino.

Und nun gibt es aufgrund der bürokratischen Regeln Schwierigkeiten, dem Film den Status eines von einem bestimmten Land präferierten Projekts zu geben. Denn weder

Deutsche noch Russen wollen es als ihr eigenes anerkennen.

Nach deutschen Regeln sollten das Team nur aus Deutschen bestehen, hier sind der Kostümbildner, der Set-Designer und der Regisseur keine Deutschen. Deshalb ist dieser Film nicht deutsch.

Die Russen sagen dann: „Wir haben in diesem Film keine einzige Birke gesehen! Niemand weinte, niemand rannte mit den Worten: „Für das Vaterland!““, kein einziger sowjetischer Soldat blitzte dort auf.“ So stellt sich heraus, dass der Film sozusagen zwischen den Stühlen stand und nur die Weißrussen waren bereit, ihn als eigenen anzuerkennen.

Obwohl der Film größtenteils mit russischem Geld gedreht wurde, stellt sich heraus, dass das weißrussische Filmankennungssystem viel flexibler ist als in den beiden großen Filmmächten. Ich denke, solche Kooperationen und Koproduktionen werden sich zukünftig etablieren. Möge „Persischstunden“ der Anfang sein, aber es wird in Zukunft mehr und mehr solche Projekte geben.

Und dann stehen die europäischen Bürokraten vor der Frage, wie man die Herkunft von Filmen richtig anerkennen kann, wie man das System flexibler gestalten kann. Dann wird das goldene Zeitalter kommen, in dem wir russisch-deutsche, ukrainisch-französische, weißrussisch-spanische Filme drehen werden, während uns niemand stört und niemand verlangt, dass wir klar angeben, zu welchem Land der Film gehört.

Das Kino soll dem ganzen Europa gehören. Eigentlich ging es in unserem Film genau darum.

**P.S.:** Ilja Zofins Befürchtungen über die bürokratischen Schwierigkeiten bei der Anerkennung der „Staatsangehörigkeit“ eines Films erwiesen sich leider nicht als unbegründet.

Es waren die bürokratischen Aspekte, die dem Film einen grausamen Streich spielten, als er sich um den Oscar-Preis bewarb: „Persischstunden“ konnte von keinem anderen Land als Weißrussland eingereicht werden, aber die Bewerbung aus Weißrussland wurde schließlich abgelehnt, weil nach den Regeln der US-amerikanischen Academy of Motion Picture Arts and Sciences nicht genügend Filmemacher die weißrussische Staatsangehörigkeit hatten.

Andererseits wird die Geschichte in den „Persischstunden“ nicht weniger stark oder wichtig davon, dass ihre „Nationalität“ nicht auf dem Papier definiert werden konnte.

Seit Dezember 2020 haben deutschsprachige Zuschauer die Möglichkeit, dies mit eigenen Augen zu sehen, denn der Film „Persischstunden“ ist nun auf zwei Streaming-Diensten – Amazon Prime und Apple – verfügbar. Die russischsprachigen Zuschauer müssen sich noch etwas gedulden, denn der Filmstart in den Kinos in Russland wurde auf April 2021 verschoben.

Aber, liebe Zuschauer, glauben Sie mir: Das Warten lohnt sich auf jeden Fall.



Wolfgang Bittner

# Ein korrupter Bellizist

Foto: Daniel Schwen/commons.wikimedia.org

Wie schon 2016 war auch 2020 die Entscheidung, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird, eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Die führenden Politiker der westlichen Welt und ihre Medien favorisierten den siebenundsiebzigjährigen Joe Biden, der als politisch erfahrener Retter in der Not gegen den verhassten Donald Trump auftrat. Die besonderen politischen Erfahrungen dieses korrupten und hochkriminellen ehemaligen Vizepräsidenten wurden geflissentlich verschwiegen.

Biden war 1972 für den Bundesstaat Delaware in den US-Senat eingezogen, hatte 1988 und 2008 vergeblich für die Präsidentschaft kandidiert und war dann nach der Wahl Obamas 2009 und nochmals 2013 Vizepräsident geworden. Als Senator hatte er sich für die Zergliederung Jugoslawiens und die Bombardierung Serbiens eingesetzt und Präsident Bill Clinton entsprechend bestärkt. Nach dem Anschlag auf das World Trade Center 2001 forderte er mehr Bodentruppen in Afghanistan, 2003 stimmte er für den Irak-Krieg und 2011 propagierte er den Krieg gegen Libyen. Wiederholt forderte er ein Eingreifen in Syrien und die Absetzung Assads.

Zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland sagte Biden am 2. Oktober 2014 in einer Rede an der Harvard Kennedy School in Cambridge/Massachusetts: „Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder Sie werden sich zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die größten entwickelten Staaten der Welt dazu zu bringen, Russland echte Kosten aufzuerlegen. Es ist wahr, dass sie [die EU] das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat, ja, Europa des Öffetern in Verlegenheit bringen musste, um es dazu zu zwingen, sich aufzuraffen und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Kosten [für Russland] verursachen zu können. Und die Folgen waren eine massive Kapital-

flucht aus Russland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefstand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.“

Besonderen Einsatz zeigte Joe Biden bei der Destabilisierung und „kalten Übernahme“ der Ukraine, wobei er von Außenminister John Kerry, CIA-Chef John Brennan, Senator John McCain und weiteren hochrangigen US-Politikern unterstützt wurde. Wie schon bei anderen Regime Changes, Konflikten und Kriegen profitierte auch hier die US-amerikanische Führungsschicht von dem Wechsel. Bedacht wurde zudem Joe Bidens Sohn Hunter, der schon seit Jahren offensichtlich durch Patronage in verschiedene gut dotierte Ämter befördert worden war. Im Mai 2014, also kurz nach dem Putsch in Kiew, erhielt er einen eigens für ihn geschaffenen Vorstandsposten im Verwaltungsrat der Burisma Holdings, dem größten nichtstaatlichen Gasproduzenten der Ukraine. Weitere Vorstandsämter bei Burisma erhielten der ehemalige Wahlkampfleiter Kerrys, Devon Archer, der früher bei Merrill Lynch und J. P. Morgan tätige Investmentbanker Alan Apter sowie Polens Ex-Staatspräsident Aleksander Kwasniewski. Ihnen folgte im Februar 2016 noch Josef Kofer Black, von 1999 bis 2002 Direktor des Counterterrorist Centers von CIA.

Seinerzeit begann der ukrainische Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin wegen Interessenkollision, Korruption und Vetternwirtschaft zu ermitteln. Aber 2018 wurde bekannt, dass Joe Biden den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und den Premierminister Arsenij Jazenjuk, beide Günstlinge der USA, genötigt hatte, Schokin zu entlassen. Zu vermuten ist, dass die Ermittlungen den US-Vizepräsidenten und seinen Sohn schwer belastet hätten. Denn abgesehen von der Patronage hat Burisma Medienberichten zufolge 2014 und 2015 mehr als drei Millionen US-Dollar an eine Firma

namens Rosemont Seneca Bohai LLC gezahlt, die bis zu 50.000 Dollar monatlich an Hunter Biden zahlte. Der wiederum war zusammen mit Christopher Heinz, dem Stiefsohn von John Kerry, Eigentümer von Rosemont Seneca Partners.

Es handelte sich um eines der üblichen Beziehungs- und Korruptionsgeflechte der US-amerikanischen Führungsschicht. Insofern zeigten die in die Washingtoner Obama-Clinton-Kamarilla eingebundenen Politiker und Journalisten, die eifrig wegen angeblicher Beziehungen Trumps zum Kreml polemisierten, wenig Interesse, die Vorwürfe zu überprüfen. Erst als Trump im Oktober 2020 im Wahlkampf Korruptionsvorwürfe gegen Biden erhob, kamen dessen Machenschaften in der Ukraine ans Licht der Öffentlichkeit. Biden zeigte sich empört: „Es ist der letzte Versuch in dieser verzweiferten Kampagne, mich und meine Familie zu verleumdern.“ Lautete die Frage zuvor, warum geschäftliche Kontakte amerikanischer Politiker nach Russland ein Staatsverbrechen sein sollten, war jetzt zu fragen, warum nicht dem manifesten Korruptionsverdacht gegen den Präsidentschaftskandidaten und seinen Sohn nachgegangen wurde.

Die Frage erledigte sich durch Zeitablauf und die folgenden Ereignisse. Am 7. Januar bestätigte der US-Kongress die Wahl Bidens zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Es ist davon auszugehen, dass er – begrüßt von den Transatlantikern – die aggressive Imperialpolitik seiner Vorgänger Clinton, Bush und Obama fortsetzen wird. Donald Trump kündigte an, die Wahl weiterhin wegen Fälschungen anzufechten.

*Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2019 ist von ihm „Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“ erschienen, Ende Februar erscheint im Verlag zeitgeist das Buch „Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen“.*



Wolfgang Bittner

Foto: wikimedia.org

## Alle gegen Nord Stream 2: Wie geht es weiter?

Ob es um Kriege oder völkerrechtswidrige Sanktionen geht: Kritik an der aggressiven Politik der US-Regierung ist nicht nur unerwünscht, sondern sie wird systematisch unterbunden. Jüngstes Beispiel dafür ist die neu entfachte Polemik gegen die Nord Stream 2-Pipeline. Um die Fertigstellung endlich zu ermöglichen, hat das Land Mecklenburg-Vorpommern die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV gegründet. Das stieß auf geradezu wütenden Widerstand bei US-affinen Berliner Politikern, aber auch im EU-Parlament und bei den Umweltverbänden NABU und WWF.

### Manuela Schwesig kritisiert US-Sanktionen

Bezeichnend für die Propaganda, mit der gegen das Pipeline-Projekt vorgegangen wird, ist ein Interview, das die Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios, Tina Hassel, mit der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, führte, ausgestrahlt in dem Bericht aus Berlin der ARD-Tagesschau am 24. Januar. Die Journalistin stellte als Erstes fest, das EU-Parlament habe noch einmal den sofortigen Baustopp gefordert, die Gaspipeline sei ein zentrales geopolitisches Projekt des Kremls. Nun aber wolle man in Mecklenburg-

Vorpommern unbedingt weiterbauen und hat sich etwas Überraschendes einfallen lassen.

Es folgten ein tendenziöser „Bericht“ über die Stiftung und zwei Stellungnahmen von Mitarbeitern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Demnach braucht Deutschland das Pipelineprojekt angeblich überhaupt nicht, das sei „energiewirtschaftlich unsinnig“ und widerspreche den Klimazielen. Und natürlich ging Frau Hassel auch auf die Inhaftierung des neu erstandenen Helden Russlands, Alexej Nawalny, ein, denn das stünde dem Weiterbau der Pipeline entgegen.

Manuela Schwesig zeigte sich der Dreistigkeit gewachsen und entgegnete. Sie sagte, dass ihr „der Aufschrei“ bei der Reaktion von Deutschland auf amerikanische Sanktionen fehlt. Die Journalistin unterbrach, aber Schwesig fuhr unbeirrt fort: „Es kann nicht sein, dass die Amerikaner unsere deutschen Unternehmen bedrohen.“ Obwohl die Journalistin erneut dazwischenfuhr, sprach Schwesig weiter, allerdings kaum noch vernehmbar: „US-Senatoren haben dem Hafen Mukran mit wirtschaftlicher Vernichtung gedroht, und das geht zu weit.“ Das sei zwar ärgerlich, wimmelte Hassel ab, aber das Europäische Parlament – und das seien keine Amerikaner – habe gesagt: „Um Gottes Willen nicht weiterbauen.“

Dann kam die unausweichliche Frage bezüglich der Russland-Kooperation: Soll man mit dem Land kooperieren, in dem Massenverhaftungen von Demonstranten stattfinden? Schwesig antwortete hierauf zurückhaltend-diplomatisch, sie teile die Kritik der Bundesregierung, dass alles um Nawalny herum aufgeklärt werden muss, er freigelassen werden muss und völlig klar ist, dass es freie Demonstrationen braucht, die friedlich sein dürfen, ohne dass sie mit Gewalt gestoppt oder eingegriffen wird.

Es wäre schön, wenn das für Demonstrationen in Deutschland (oder Frankreich) ebenso gelten würde. Doch darüber wird in den deutschen Medien nicht gesprochen. Vielmehr wird bei jeder passenden oder geschaffenen Gelegenheit gegen Russland gehetzt. Immerhin betonte Schwesig noch, es sei wichtig, dass Deutschland jetzt mit Russland im Dialog bleibt, gerade in diesen schwierigen Zeiten. Es gehe um eine sichere Energieversorgung, und das sehe eine ganz große Mehrheit in Mecklenburg-Vorpommern genauso.

Die verbissenen Versuche der USA zur Verhinderung von Nord Stream 2 mit Hilfe deutscher Einflusspersonen aus Politik und Medien haben nun schon eine längere Geschichte, die es wert ist, dokumentiert zu werden. Im Über-

blick wird die niederträchtige Vorgehensweise der US-Regierung erst richtig deutlich.

### Wie souverän ist Deutschland?

Seit 2019 verschärfte die US-Regierung immer wieder ihre Drohungen und Erpressungsversuche gegen den Weiterbau und schließlich gegen die Fertigstellung der Ostseepipeline. Die Scheinargumente wurden unverzüglich von einigen deutschen Politikern übernommen. Es trat ein äußerst befremdliches, rechtswidriges Verhalten zu Tage, da sich diese Politiker, darunter Parlamentarier, gegen essenzielle deutsche Interessen aussprachen und damit ihren Amtseid brachen. Und nicht nur das, sie polemisierten in der bereits von anderen Vorfällen bekannten Weise gegen die Betreiber des Pipelinebaus und scheuten sich auch nicht, deren Befürworter zu diffamieren.

So fand der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Norbert Röttgen (CDU), es richtig, die europäische Einheit und Handlungsfähigkeit über die Solidarität mit Deutschland zu stellen. Sogleich trat ihm der Grünen-Europapolitiker Reinhard Bütikofer zur Seite und bezeichnete das Beharren der Bundesregierung als „verbohrtes Festhalten“ an dem Projekt. Das entsprach ganz den Vorgaben aus Washington, vertreten durch den US-Botschafter (2018-2020) Richard Grenell, der zuvor mehrmals mit anmaßenden Äußerungen im Stile eines Satrapen aufgefallen war. Grenell hatte von einem dreisten Versuch der russischen Regierung, den Würgegriff zu verstärken gesprochen und die deutsche Regierung darauf hingewiesen, dass die wachsende russische Aggression eine Dynamik hätte, die nicht mit dem Kauf zusätzlichen Gases belohnt werden soll.

Im Januar 2019 hatte Grenell im Einvernehmen mit US-Präsident Donald Trump offen mit Sanktionen gegen die am Pipelinebau beteiligten Unternehmen gedroht. Daraufhin hatte die Schweizer Firma Allseas, die mit einem Spezialschiff an der Verlegung der Rohre in der Ostsee beteiligt war, ihre Arbeit eingestellt, und auch der italienische Konzern Saipem gab auf, obwohl bereits etwa 2.300 der 2.400 Kilometer langen Gasleitung verlegt waren. Beiden Unternehmen war mit einem Ausschluss von Aufträgen für alle Projekte, die unter die Gerichtsbarkeit der USA fallen, gedroht worden sowie mit dem Einfrieren sämtlicher Vermögenswerte weltweit. Des Weiteren drohte Anteilseignern und Mitarbeitern der beteiligten Unternehmen ebenfalls der Zugriff auf ihre Konten und Vermögenswerte weltweit sowie ein Einreiseverbot in die USA.

Im Mai 2020 erdreistete sich Grenell erneut, erpresserische Drohungen gegen Deutschland zu richten. Er forderte die Bundesregierung auf, ihre Russlandpolitik grundsätzlich zu überdenken. „Deutschland muss aufhören, die Bestie zu füttern, während es zugleich nicht genug für die Nato zahlt“, sagte Grenell. Am 23. Oktober 2019 erließ der US-Kongress sogar ein Gesetz zum Schutz von Energiesicherheit Europas, das Sanktionen gegen Fir-

men vorsieht, die sich am Weiterbau der Pipeline beteiligen. Aufgrund dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen, die auch gegen die Charta der Vereinten Nationen und gegen das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT der Welthandelsorganisation WTO verstoßen, konnte Nord Stream 2 erst einmal nicht weitergebaut werden.

Aber gegen derartige ungeheuerliche Zumutungen und Übergriffe gab es in Politik und Medien kaum Widerstand. Anstatt die sofortige Aufhebung des rechtswidrigen Anti-Nordstream-Gesetzes zu verlangen und den US-Botschafter auszuweisen, verhielt sich die Bundesregierung zögerlich. Man muss sich vorstellen,

den Vorstand, die Geschäftsführer, Mitarbeiter und die Anteilseigner der Hafengesellschaft. Gewarnt wurde vor jeglicher Mitwirkung bei der Verlegung der Pipelinerohre. Im Falle der Zuwiderhandlung dürften die Beteiligten nicht mehr in die USA einreisen, dortiges Vermögen würde eingefroren. Auch könnte Zugriff auf sämtliche das US-Finanzsystem durchlaufende Transaktionen genommen und amerikanischen Firmen verboten werden, über Sassnitz-Mukran Waren zu importieren, zu exportieren oder dort Schiffe zu versichern usw. Der Hafen stünde in diesem Fall vor dem Ruin.

Die drei Senatoren gehören einer Gruppe führender US-Politiker an, die schon gegen Ivo



Foto: www.kremlin.ru

in Deutschland würde ein Gesetz gegen die Diskriminierung von Minderheiten in den USA mit Strafandrohungen gegen US-Bürger erlassen werden. Unvorstellbar, was geschehen würde.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier erklärte zunächst nur mit leiser Kritik, während der Coronakrise sei es nicht dienlich, an der Eskalationsspirale zu drehen und weitere extraterritoriale, also völkerrechtswidrige Sanktionen anzudrohen. Im Juni 2020 gab es dann Protest aus Berlin, anstatt wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wie zum Beispiel Strafzölle auf US-Gas zu verhängen.

### US-Senatoren drohen Hafen Sassnitz

Eine neue Ungeheuerlichkeit ereignete sich Anfang August 2020: Drei republikanische US-Senatoren drohten der Verwaltung des Hafens Sassnitz-Mukran auf Rügen mit harten Konsequenzen, wenn sie das Nord Stream 2-Projekt weiter unterstützten. In dem Hafen lagern die Rohre für den Weiterbau und er war auch die Basis für die russischen Verlegeschiffe. In einem Brief schrieben die von niemandem, außer der Öl- und Gasindustrie, dazu legitimierten US-Parlamentarier, die Fährhafen Sassnitz GmbH zerstöre bei einer weiteren Zusammenarbeit mit den Pipelinebetreibern „ihre künftige finanzielle Lebensfähigkeit“.

Die Drohungen richteten sich gegen den

Morales in Bolivien und Nikolas Maduro in Venezuela gezündelt hatten. Ihr von Eigeninteresse geprägtes Selbstverständnis ist offensichtlich, dass die USA unangreifbar seien und sich ohne Rücksicht jede Lumperei erlauben können. Wortführer ist der aus Texas stammende Lobbyist der Fracking-Industrie Ted Kruz, dessen Wahlkampf 2018 unter anderem von der Öl- und Gasindustrie gesponsert wurde.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, wandte sich seinerzeit gegen die Behandlung Deutschlands als Vasallenstaat, Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sprach von Erpressungsversuchen, denen die Bundesregierung entschieden entgegenzutreten müsse. Ex-Kanzler Gerhard Schröder verlangte Gegensanktionen und der Grünen-Politiker und ehemalige Umweltminister Jürgen Trittin forderte von der Bundesregierung Schutz vor den „Wild-West-Methoden aus Washington“: Die Unsitte amerikanischer Drohbriefe an deutsche Unternehmen nehme überhand, das sei eine wirtschaftliche Kriegserklärung.

24 der 27 EU-Mitgliedstaaten wollten die Souveränitätsverletzung dann doch nicht hinnehmen und protestierten in Washington dagegen – ergebnislos. Da ein Einfuhrboykott dem Freihandelsprinzip widerspricht und die Bundesregierung keine Gegenmaßnahmen beabsichtigte, wurde eine Klage vor dem Internatio-

nalen Gerichtshof in Den Haag in Erwägung gezogen, dessen Rechtsprechung die USA jedoch nicht anerkennen. So gab es zwar auch gegen die Anmaßung der US-Senatoren vehemente Proteste, aber dabei blieb es dann.

## Die Pipeline und der Fall Nawalny

Die deutsche Regierung hielt zunächst uneingeschränkt am Weiterbau der Pipeline fest – bis der angeblich vom Kreml beauftragte Mordanschlag auf Alexej Nawalny ins Spiel gebracht wurde. Politiker, die sich mit Schuldzuweisungen gegen Russland und dessen Präzidenten besonders hervortaten, waren die übli-

Reinhard Bütikofer schrieb am 8. September 2020 auf seiner Webseite: „Doch jetzt kippt die Stimmung gegen Nord Stream 2. In der Union meldete sich Kramp-Karrenbauer kritisch zu Wort, auch Merz und Spahn und sogar ein gewisser Amthor... Bild, Welt, Tagesspiegel und FAZ positionierten sich eindeutig gegen die Pipeline. Maas, unser Außenminister, wollte plötzlich keine Zukunftsgarantien für sie mehr abgeben. Und schließlich ließ sogar Frau Merkel verlauten, sie schließe sich der Position von Maas an, sie könne für die Zukunft der Pipeline nichts mehr ausschließen.“ Unterstützung kam von den anderen einschlägig bekannten Einflusspersonen, die schon lange



chen US-Propagandisten, die geschickt und hinterhältig den Fall Nawalny mit dem Bau von Nord Stream 2 verknüpften.

Norbert Röttgen äußerte sich dazu: „Es gibt nur eine Sprache, die Putin versteht: Geld und Gas. Mit unserer bisherigen Politik haben wir nichts erreicht, weil Putin es nicht für nötig hält, irgendwo auf die Europäer Rücksicht zu nehmen oder auf uns zuzugehen. Wir präsentieren ihm nur Schwäche.“ Dass Wladimir Putin seit seiner Rede 2001 im Deutschen Bundestag für Frieden und Zusammenarbeit in Europa geworben hat und ständig abgewiesen wurde, verschwieg Röttgen geflissentlich und forderte scheinheilig „europäische Geschlossenheit“ gegen Russland. Und den wichtigsten Beitrag dazu müsse Deutschland liefern.

das Ende von Nord Stream 2 forderten.

Die Arbeiten an der Pipeline stagnierten, doch das Ziel der US-Regierung, das Projekt zur Gänze zum Scheitern zu bringen, war noch nicht erreicht, die endgültige Entscheidung hing noch in der Schwebe. Deshalb forderte Röttgen nach der angeblich bewiesenen Vergiftung Nawalyns durch russische Stellen den sofortigen Stopp des Pipeline-Projekts und verstieg sich in die Behauptung, dass Putin die Europäer angeblich nicht ernst nimmt.

Bütikofer schloss sich an und folgerte: „Ins Kippen gebracht wurde die Stimmung offenkundig durch den Mordanschlag auf das Leben von Alexej Nawalny in Russland. Auf einmal dominierten Grundsatzfragen, gegenüber denen die gebetsmühlenartige Behauptung

vom großen ökonomischen Nutzen des Pipelineprojektes hilflos erschien. Wieso behandeln wir eigentlich das Putin-Regime als Partner, das in offenem, in grinsendem Zynismus rücksichtslos mit seinen Bürgern umspringt, so wie es nach außen Internationales Recht verlacht?“

## Nord Stream 2 in Gefahr?

Am 25. Januar 2021 forderte die Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock (Young Global Leader des Weltwirtschaftsforums) einen sofortigen Baustopp für Nord Stream 2 mit der Begründung: „Diese Pipeline konterkariert die geostrategischen Interessen der Europäer, ist ganz gezielt gegen die Ukraine gerichtet, sie ist eine Wette gegen die europäischen Klimaziele, konterkariert alle EU-Sanktionen gegenüber Russland und ist damit ein absolut fatales Projekt.“ Auch der Europaparlamentarier Manfred Weber, der schon länger gegen Nord Stream 2 polemisiert, sprach sich für den Abbruch der Bauarbeiten aus, und in fast allen Medien wurde gegen Russland gehetzt.

Die Interventionen und Kriege der westlichen Allianz mit zerstörten Ländern, zigtausenden von Opfern und hunderttausenden von Flüchtlingen sind für diese Politiker und Journalisten „humanitäre Einsätze“ oder „Maßnahmen zur Demokratisierung“; die schwerwiegenden Folgen werden ignoriert. Die Ermordung von Politikern und Oppositionellen anderer Staaten mittels Drohnen gehört für sie zum Geschäft, und Sanktionen, mit denen Staaten stranguliert werden, in denen andere politische Vorstellungen herrschen, halten sie für gerechtfertigt und geboten. Manche deutschen Parlamentarier und Journalisten scheinen die Direktiven aus Washington verinnerlicht zu haben. Doch damit sind sie nicht Vertreter des Volkes, das sie gewählt hat, vielmehr verraten sie dessen Interessen.

Inzwischen hat am 15. Januar das russische Verlegeschiff „Fortuna“ die Weiterarbeit an der Pipeline in dänischen Gewässern aufgenommen, neuen Drohungen der Regierung Biden zum Trotz. Das Unternehmen Nord Stream 2 erklärte, die Arbeiten fänden in Übereinstimmung mit den erhaltenen Genehmigungen statt.

Aber wen würde es wundern, wenn es demnächst zu einer Explosion in der Ostsee käme wie 1982 in Sibirien, als die Jamal Pipeline vom CIA gesprengt wurde. Experten sprachen damals von der größten nichtnuklearen Explosion, die jemals gezündet wurde. Weil dafür die USA verantwortlich waren, wurde es bald vergessen. Ebenso vergessen wurde eine Äußerung Henry Kissingers von 2014, dass der Regime Change in Kiew sozusagen die Blaupause für das sein könnte, was für Moskau beabsichtigt ist.

*Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. 2019 ist von ihm das Sachbuch „Der neue West-Ost-Konflikt – Inszenierung einer Krise“ erschienen. Im Februar erscheint im Verlag zeitgeist das Buch „Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen“.*



Ruslan Yavorsky

**Manche politischen Feindbilder bleiben über Jahrhunderte erhalten und werden bei Bedarf und Notwendigkeit der Öffentlichkeit als einzige Wahrheit erneut präsentiert. Das beste Beispiel dafür ist das aktuelle Russlandbild, wie es von den Mainstream-Medien beinahe gleich gemalt wird.**



## Warum soll der Russe böse sein?

Zuerst gelangten die Hunnen, später die Mongolen von Mittelasien durch die Weiten der russischen Steppe bis nach Mitteleuropa. Sie galten als Inbegriff der russischen Bedrohung, die man über Jahrhunderte propagandistisch der westeuropäischen Bevölkerung zu vermitteln suchte. Und noch vor der Zarenzeit verkörperte die Kiewer Rus den innerchristlichen orthodoxen Wettbewerb.

Gleichzeitig ging es um geopolitische Interessen – die Zugänge zur Ostsee und zum Schwarzen Meer mussten abgesichert werden. Zudem begehrten die schwedischen, polnischen, preußischen und türkischen Königshäuser und Sultanate das west- und südrussische Territorium. Die ewige Gier nach der „russischen Weite“ für das „Volk ohne Raum“ mündete in den Drang nach Osten im 20. Jahrhundert.

Heute verliert der transatlantische Raum an Macht. Sein Untergang wird von hemungsloser Brutalität unter dem Motto „Krieg gegen den Terror“ begleitet. Es folgen zahlreiche illegale Kriege und Transitionen. Viele Länder und Regionen werden durch diese Kriege destabilisiert und ins Chaos gestürzt. Ganz zu schweigen von Millionen von zivilen Kriegsopfern, Hungersnöten, Leid und nicht abschätzbaren Spätfolgen wie Einsatz von Bomben mit abgereichertem Uran. Eine gravierende Folge der Kriege ist auch die Massmigration. Mit ihren Auswirkungen sehen sich vor allem die europäischen Bürger konfrontiert. Im Zuge des globalen Machtverlustes verwenden die transatlantischen Eliten alle Machtmechanismen, um die meisten Weltregionen weiterhin unter ihrer Kontrolle halten zu können, vor allem durch Militär- und Geldmacht. Nicht nur europäische Steuerzahler sollten die Erhöhung des Militärbudgets auf ihren Schultern tragen und dadurch die Absenkung des Lebensstandards wegen „Bedrohung aus dem Osten“ hinnehmen. Auch europäische Konzerne werden mit Nachdruck durch Wirtschaftskriege und Sank-

tionen zur Kasse gebeten. Die Stärke des Rechts wird durch das Recht des Stärkeren ersetzt. Das alles sind Beweise dafür, dass der imperiale Neoliberalismus als Leitmodell für die Welt versagt hat.

Erinnern wir uns an die Zeit der Entspannung. Ende der 1980er Jahre hatte das gute Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Michael Gorbatschow seinen Höhepunkt erreicht. Die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes nutzten die Westmächte gnadenlos aus, um sich neue Märkte und Stützpunkte in Ostdeutschland und Osteuropa zu sichern.

Die Schockstrategie der 1990er Jahre, inszeniert von amerikanischen Beratern und umgesetzt durch Boris Jelzin, brachte der Mehrheit der ehemaligen Sowjetbürger bittere Verarmung, Zerfall des Lebensraumes und Perspektivlosigkeit. Das zerschlagene und geschwächte Russland hatte gleichzeitig der Osterweiterung der NATO nichts entgegen zu setzen. Das Versprechen, das der US-Außenminister James Baker Michael Gorbatschow im Jahr 1990 gegeben hatte, keine NATO-Osterweiterung vorzunehmen, wurde einfach ignoriert. Ja, es schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann Russland komplett vereinnahmt wird. Insofern bestand kein Grund, Milliarden von Steuergeldern für die Aufrechterhaltung des Feindbildes Russland auszugeben.

Das änderte sich sehr rasch im Jahr 2000 mit dem neuen Kurs Russlands zur Unabhängigkeit. In seiner legendären Rede im Deutschen Bundestag vom 25. September 2001 hat Präsident Wladimir Putin der EU und vor allem Deutschland angeboten, sich „mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands“ zu vereinen. Mit der Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok wiederholte Russland dieses Angebot danach mehrfach und bot damit den strategischen Vorstellungen der

USA in Europa ganz andere Perspektiven, als sie auf Brzezinskis „großem Schachbrett“ Eurasien („The Grand Chessboard“) und im Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert vorgesehen waren.

Als der Versuch von Exxon Mobil, den russischen Energiekonzern Yukos zu kaufen, vereitelt wurde und Russland damit seine von den Transatlantikern unabhängige Eigenständigkeit offiziell proklamierte, wurden die ersten Feindbilder wieder ausgegraben und die Kriegstrommel eingestimmt. Zielscheibe der Restriktionen waren zuerst die Republiken Abchasien und Südossetien, später die Ukraine. Die Ursachen und Wurzeln für den heutigen Bürgerkrieg in der Ukraine finden sich in den Expansionsbestrebungen der westlichen Eliten. Seit 2009 haben Bürokraten der Europäischen Union in einer sogenannten „Ostpartnerschaft“ daran gearbeitet, um u.a. die Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und Belarus in eigene Einflussphäre zu bekommen. Unterdessen sollte die neue ferngesteuerte Führung in Kiew die russische Marine durch einen NATO-Stützpunkt in Sewastopol auf der Halbinsel Krim ablösen. Dieser Plan konnte nicht realisiert werden, also wurde der Druck auf Russland erhöht, ein Wirtschaftskrieg entfacht. Russland wird seither dämonisiert, der Grad der Hetze gesteigert, Nord Stream sanktioniert und deutsche Panzer werden an die russische Grenze verschickt.

Der feindliche Kurs der Eliten gegen Russland spiegelt sich bei der deutschen Bevölkerung, laut zahlreicher Umfragen, aber nicht wider. Der überwiegende Teil der Deutschen wünscht sich ein gutes bilaterales Verhältnis.

Dafür sind friedenspolitische Initiativen und Brückenbauer herzlich willkommen, um einen Krieg zwischen Deutschland und Russland abwendbar zu machen. Da, wo die Politik versagt, sind die Menschen gefragt, Frieden und Freundschaft mit Russland vom Volk aus zu (be)fördern und zu etablieren.



Andrea Drescher

Foto: Podiumsdiskussion/Raimond Spekking/commons.wikimedia.org

## Wenn die Nazikeule nicht mehr reicht (Teil 1)

**Nichts ist in Deutschland politisch gefährlicher, als das Etikett „Antisemit“ verpasst zu bekommen. Man wird zur Persona non grata und riskiert gesellschaftliche Ächtung. Die traurige Vergangenheit hat bei den Deutschen zu einem – nicht ganz unberechtigten – historischen Schuldbewusstsein geführt, welches Menschen bei rassistischen Angriffen gegen Juden sehr wachsam macht. Das ist auch gut. Daher macht man um alles, was auch nur in die Nähe eines Antisemitismus-Verdachts gerät, instinktiv einen großen Bogen. Der Begriff Antisemitismus als Totschlagargument dient dazu, Themen zu diskreditieren, Kritiker zu diffamieren und deren Punkte in ein schlechtes Licht zu rücken, sodass „normale“ Menschen es nicht mehr wagen, sich zu bestimmten Themen zu äußern. Sich mit „antisemitisch“ abgestempelten Themen auseinanderzusetzen oder die Narrative, die diesen Stempel erhalten haben, zu hinterfragen, erfordert daher einiges an Mut.**

Bereits 2014 hat man die Mahnwachen für den Frieden mithilfe der Antisemitismus-Keule diskreditiert. Aufgrund der dort geäußerten Kritik am Finanzsystem, die man seitens linker Ikonen als strukturellen Antisemitismus bezeichnete, wurde eine ganze Bewegung diffamiert, in eine Ecke geschoben und der anfangs stark wachsenden Bewegung die Energie genommen. Das war schon schlimm. Aber 2020 haben Vertreter regierungsnaher Institutionen – konkret Frau Kahane, Herr Klein und Herr Kühnert – mit der Bundespressekonferenz (BPK) am 24. November 2020 in meinen Augen endgültig eine rote Linie überschritten, als sie Antisemitismus und Corona-Proteste de facto gleichsetzten.

Auch wenn einzelne bekannte Rechte auf den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen zu sehen (und zu fotografieren) waren: Die überwältigende Mehrzahl der Demonstranten gehört nicht zu dieser Szene. Corona-Kritiker im Spektrum der Antisemiten zu verorten ist einfach abstrus. Die Einbettung des Themas Corona-Kritik in das Deutungsrastr Antisemitismus – neudeutsch „Framing“ – dient wohl einzig und allein dazu, die Kritiker mundtot zu machen. Auch Henryk M. Broder scheint ein Antisemit geworden zu sein. Zumindest wurde er auf der Demo gesichtet und von einem Filmemacher, der für alternative Medien arbeitet, fotografiert.

Auch ich war dort. Und nein, ich praktiziere diese Religion nicht. Aber gemäß der religiösen Lehre bin ich Jüdin. Meine Mutter war Jüdin, meine Großmutter war Jüdin, der Stammbaum meines Großvaters mütterlicherseits lässt sich

ebenfalls lückenlos auf jüdische Familien zurückführen. Meine Familie hat 1933–1934 Deutschland verlassen und ist nach Kroatien emigriert, weil sie im Anschluss an das Ermächtigungsgesetz übelste Befürchtungen hinsichtlich des Bevorstehenden hatte. Im Jahr 1943 wurde die Familie durch einen Geschäftspartner meines Großvaters denunziert, durch die Ustascha verhaftet, kam zunächst ins Gefängnis, dann ins KZ Bergen-Belsen.

Auch wenn ich kein Mitglied einer jüdischen Gemeinde bin, nehme ich mir auf dieser Basis das Recht, eine Grundgesetzänderung zu kritisieren, die ich in Teilen mit dem Ermächtigungsgesetz für absolut vergleichbar halte, ohne die Schoah oder die Nazi-Vergangenheit in irgendeiner Weise zu verharmlosen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Schutz des Wohnraums, das Recht auf Versammlungsfreiheit wurden mit dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) eingeschränkt. Die Regierung ermächtigt sich damit zu Eingriffen in das individuelle Leben, die für mich untragbar sind.

Nein, wir haben noch nicht die Zustände von 1943, als Sophie Scholl ihr Leben ließ. Nein, noch muss sich keine Anne Frank, die zeitgleich mit meiner Mutter in Bergen-Belsen war, im Hinterhof verstecken. Aber es heißt ja: Wehret den Anfängen! Es begann nicht mit Auschwitz und dem Zweiten Weltkrieg, es begann mit dem Ermächtigungsgesetz. Und wenn ich etwas von meiner Familie beigebracht bekommen habe, war es das „Wehret den Anfängen“ und „Wehret euch“.

Man kann zu der Viruserkrankung stehen,

wie man möchte: Die daraus abgeleiteten Eingriffe ins Grundgesetz sind in meinen Augen indiskutabel. Man kann selbst zu den Maßnahmen stehen, wie man möchte: Die Schoah und das Judentum zu missbrauchen, um Kritiker der Maßnahmen zu diffamieren, ist absolut indiskutabel.

Abgesehen davon würde es mich interessieren, wie Frau Kahane und ihre Anhänger die Corona-Kritiker in Israel bezeichnen. Ist in ihren Augen ein Israeli, der die Corona-Maßnahmen kritisiert, ein Antisemit? Was maßen sich diese Menschen eigentlich an?

Aber nicht nur ich vertrete diese Position. Ich habe mit einigen Menschen gesprochen, die Corona-Maßnahmen kritisch sehen, jüdischen oder israelischen Bezug haben und die bereit waren, ihre Position und Meinung über diese Pressekonferenz entsprechend öffentlich zu vertreten.

### Konvertit zum Judentum – Antisemit?

*Abe Treiner stammt aus Dachau und ist jetzt wohnhaft in München. Der 62-jährige Softwareentwickler befindet sich seit 2013 im Prozess der Konvertierung zum Judentum, mit dem Ziel, nach Israel auszuwandern.*

**A.D.:** Warum konvertieren Sie zum Judentum?

**A.T.:** Ich habe mich nach der intensiven Auseinandersetzung mit der Arbeit von Hannah Arendt zum Judentum hingezogen gefühlt. Auch das Leben und Wirken von Fritz Bauer hat mich sehr beeinflusst. Die Ethik des jüdischen Glaubens trifft meine

Überzeugung. Im Christentum wird alles entschuldigt, das Üble auf den Tod Jesus' projiziert. Im Judentum hat jeder selbst die Verantwortung zu tragen und ist zu ethischem Handeln verpflichtet. Man wird selbst in Verantwortung genommen. Das führte mich zum Judentum. Mein Name weist darauf hin, dass ich jüdische Vorfahren habe. In der jüdischen Datenbank findet man ihn sehr häufig speziell in der Ukraine, und ich weiß, dass meine Wurzeln aus Osteuropa stammen. Ich bin gerade dabei, das zu erforschen. Durch Filme, durch Bücher, durch jüdische Schauspieler habe ich immer einen Bezug zum Judentum gehabt, habe mich mit dem jüdischen Humor identifiziert, war immer dem Judentum zugewandt. Daher jetzt die Konvertierung, die einem nicht leichtgemacht wird. Ein Rabbiner aus Hof unterstützt mich bei der Konvertierung.

**A.D.:** Sie sind also kein klassischer Antisemit?

**A.T.:** Sicher nicht. Bei Hannah Arendt kann man nachlesen, wie Antisemitismus entstand. Mit diesem Verständnis weiß ich, dass bei Antisemitismus auch Verschwörungsideologie dahintersteht. Es sind menschliche Mechanismen, die sich auch aus den engen familiären Zusammenhängen innerhalb der jüdische Bevölkerung ergeben. Ich wehre mich schon lange gegen Antisemitismus.

**A.D.:** Aktiv?

**A.T.:** Ja. Ich bin immer eingetreten, wenn Juden verunglimpft wurden. Das war für mich schon seit vielen Jahren eine innere Haltung. Es geht nicht, dass eine Minderheit verunglimpft wird.

**A.D.:** Wie stehen Sie zu Corona?

**A.T.:** Natürlich gibt es dieses Virus, aber die Reaktionen darauf sind in meinen Augen drastisch übertrieben. Die Folgen und Schwere der Erkrankung rechtfertigen nicht die massiven Lockdown-Maßnahmen. Ich bin kein Verschwörungstheoretiker, bin aber inzwischen der Meinung, dass die Situation von der Regierung missbraucht wird. Das ist inakzeptabel und erinnert an böse Zeiten.

**A.D.:** Was meinen Sie damit?

**A.T.:** Man erkennt, dass man in Deutschland nicht viel aus der Geschichte gelernt hat. Diese Mechanismen kennen wir doch aus der Zeit von 1933 bis 1945. Minderheiten wurden verunglimpft, sie wurden diffamiert und ausgeschlossen. Und jetzt agiert die deutsche Regierung genauso, ohne dieses Muster auch nur im Ansatz zu reflektieren. Man muss sich vergegenwärtigen: Zu Beginn der NS-Zeit erwartete auch niemand, was passieren würde. 1936 präsentierte sich Deutschland mit den Olympischen Spielen nach außen noch als offene Gesellschaft, während im Hintergrund bereits Schlimmes geschah, Kritiker und Andersdenkende diffamiert und eingesperrt wurden. Heute stellt sich das für mich ähnlich dar. Man lässt keine Kritik zu, das Ganze entwickelt sich zu einer Eskalationsspirale, die zum Selbstläufer werden kann, der nicht mehr kontrollierbar ist. Ähnlich wie in der Vergangenheit.

**A.D.:** Sie halten den Vergleich mit der Nazizeit also für legitim?

**A.T.:** Ja. Ich halte auch den Sophie-Scholl-



Foto: Sergey Filbert

Vergleich im Ansatz für angebracht, auch wenn Kritiker heute noch keiner Lebensbedrohung, sondern „nur“ existenzieller Bedrohung durch Jobverlust unterworfen sind. Die Corona-Verordnungen lassen Analogien zum Ermächtigungsgesetz erkennen. Also muss man genau hinschauen, was damals passierte, um ähnliche Fehlentwicklungen in Zukunft zu verhindern. Und wenn ich mir die Aussagen in der Bundespressekonferenz ansehe, werde ich an tiefdunkle Zeiten erinnert.

**A.D.:** Wie bewerten Sie die Aussagen von Frau Kahane und ihren Mitstreitern?

**A.T.:** Sie arbeiten mit Methoden, die auch Julius Streicher angewendet hat. Sie streuen Gerüchte, erwähnen Listen, machen Angst und diskreditieren. Die Art und Weise, wie mit Kritikern, mit den Gegenstimmen umgegangen wird, ist unfassbar. Zu einem demokratischen System gehören Gegenstimmen. So wie es heute gehandhabt wird, werden diese entweder totgeschwiegen, unter den Teppich gekehrt oder diffamiert und diskreditiert. Das sind keine demokratischen, sondern totalitäre Mechanismen. Ich habe schon wiederholt auf Demos der Corona-Kritiker Israelflaggen gesehen, wie kann man da von Antisemiten sprechen? Corona-Kritiker als Verschwörungstheoretiker und Antisemiten zu bezeichnen soll in der Bevölkerung eine Voreingenommenheit schüren, um den Widerstand gegen die Maßnahmen zu brechen. Auf diese Pressekonferenz muss reagiert werden, da muss man unbedingt etwas machen. Und wenn es nur das Erheben der eigenen Stimme ist.

**A.D.:** Danke dafür!

### Ex-Frau eines Israelis – Antisemitin?

*Eva Rosen ist 35 Jahre alt, wohnhaft in der Nähe von Frankfurt am Main und ist als stellvertretende Vorsitzende von WIR 2020 politisch aktiv.*

**A.D.:** Sind Sie Antisemitin?

E.R.: Ja klar, darum war ich ja mit einem jüdischen Israeli verheiratet.

**A.D.:** Was halten Sie von der Aussage „Verschwörungstheoretiker sind gleichzusetzen mit Antisemiten“, die dann direkt mit Corona-Kritikern verknüpft wird?

**E.R.:** Das ist mehr als nur eine Frechheit. Ich kann das gar nicht in Worte fassen. Ich fühle mich beschimpft, verunglimpft und persönlich verletzt. So ein Verhalten ist unfassbar. Dass man solchen Leuten überhaupt Redezeit gibt – ich bin einfach entsetzt! Das geht gar nicht. Da muss man dagegen vorgehen.

**A.D.:** Was haben Sie vor?

**E.R.:** Ich überlege bereits, ob ich hier eine Klage anstrebe. Das ist so furchtbar, da erwarte ich eine öffentliche Entschuldigung, und zwar für alle Menschen, die auf die Demonstrationen gehen und die jüdischen Glaubens sind, jüdische Wurzeln haben oder mit Israel-Fahnen auf der Demo gegen den Faschismus protestieren. Diese Gleichsetzung mit den Menschen, die das Leid verursacht haben, will ich so nicht stehen lassen.

**A.D.:** Sie waren mit einem Israeli verheiratet. Was würde er dazu sagen?

**E.R.:** Seine Familie lebt größtenteils noch in Israel. Sie haben sehr unter den Nazis gelitten. Der Großvater meines Ex-Mannes konnte bis zuletzt nicht über diese Zeit sprechen. Keiner aus der Familie würde diesen Vergleich für irgendwie tragfähig halten – ebenso wenig wie die Menschen aus dem griechischen Teil meiner Familie. Mein Vater ist vor der rechten Diktatur in Griechenland nach Deutschland geflohen. Meine Familie waren arme Bauern – meine Tante kam auf dem Land durch einen Minenanschlag der Faschisten in Griechenland um.

**A.D.:** Wo ordnen Sie sich politisch ein?

**E.R.:** Schwierige Frage. Es ist schwer, sich zu verorten. Es sollte das Ziel von jedem sein, dass man als Mensch für Menschen steht. Die Politik hat sich sehr verändert. Früher gab es eine breite Mitte – heute landet man automatisch auf einer Seite. Ich stehe dafür, dass es den Menschen gut gehen soll. Den Rest kann man dem Parteiprogramm von WIR 2020 entnehmen.

**A.D.:** Danke dafür!

### Ehefrau eines Holocaust-Überlebenden – Antisemitin?

*Inna Polak, 73 Jahre, Mutter zweier Kin-*

der, stammt aus Sankt Petersburg und ist dort 1974 als Jüdin mit Ziel Israel ausgeweisert, über Wien, dann Rom, Bremen, später Papenburg. In Deutschland war sie als Germanistin und Übersetzerin für Deutsch und Russisch tätig. Jetzt verbringt sie ihren Unruhestand zwischen Papenburg und Berlin.

**A.D.:** Haben Sie in diesem Corona-Jahr Antisemitismus-Erfahrung gemacht?

**I.P.:** Warum nur in diesem Jahr? Das ist doch in Deutschland nichts Ungewöhnliches. Meine Familie und ich haben immer wieder Antisemitismus erlebt. Mein inzwischen 44 Jahre alter Sohn durfte sich von Mitschülern – alles Jungen aus „guten“ Papenburger Familien – Sätze anhören wie: „Polak, du dumme Jude, man muss dich in die Mitte stellen und bespucken.“ „Hey, Polak, heute ist der 9.



Foto: Sergey Filbert

November, habt ihr schon der Feuerwehr Bescheid gesagt?“ Unsere damals 9-jährige Tochter kam eines Tages schmutzig mit zerzausten Haaren aus der Schule nach Hause, nachdem sie sich mit einem Jungen geschlagen hatte, und sagte, ein Mitschüler habe sie mit „Ausländerjude“ beschimpft. Das war schlimm für die Kinder. Aber inzwischen habe ich mehr Angst vor den Philosemiten als vor den Antisemiten. Philosemitismus bezeichnet Menschen, die Politik mit dem Schuldgefühl gegenüber Überlebenden des Holocausts betreiben. Auch die daraus resultierende Staatsräsion.

**A.D.:** Warum das?

**I.P.:** Mit einem Antisemiten kann ich mich inhaltlich auseinandersetzen, kann mit Fakten und Überzeugung argumentieren. Philosemiten stempeln Menschen ebenso ab wie Rassisten – sie stecken Menschen in Schubladen. Man ist in ihren Augen bereits Rassist, wenn man Juden nicht besser behandelt als andere Menschen. Die deutsche Staatsräsion, die uns faktisch zwingen soll, Israel zu lieben, ohne Fragen stellen zu dürfen, ist in meinen Augen übelster Antisemitismus. Ich will selbst urteilen, mir eine eigene Meinung bilden. Genau das sollten wir aus der Schoah gelernt haben: selbst denken!

**A.D.:** Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Holocaust?

**I.P.:** Mein Mann Wilhelm Polak stammt aus einer alteingesessenen jüdischen Kaufmannsfamilie, die seit dem 18. Jahrhundert in Papenburg angesiedelt war. Er war der einzige jüdische Papenburger, der das KZ überlebt hat, als seelischer Krüppel zurückgekehrt ist und sich danach dort seine Existenz wieder aufgebaut hat. Als Frau jüdischen Glaubens war ich 40 Jahre mit einem ehemaligen KZ-Überlebenden verheiratet. Dieses Trauma musste meine Familie mitverarbeiten. Ich weiß, was das bedeutet! Vor allem für die Kinder.

**A.D.:** Es heißt, dass auf den Demos in Berlin Nazis dabei waren beziehungsweise sind. Können Sie das bestätigen?

**I.P.:** Mich haben auch Leute aus Papen-

burg angeschrieben, nachdem sie erfuhren, dass ich am 1. August und später beim ersten Schweigemarsch in Berlin demonstriert habe, wie ich als Jüdin mit Nazis demonstrieren könne. Meine Antwort war: Ich habe Menschen kennengelernt, die wie ich zum ersten Mal in ihrem Leben auf eine Demonstration gegangen sind. Das war ich mir mit meiner Geschichte schuldig. Aber ich habe keine Nazis unter den Zehntausenden gesehen. Es waren friedliche Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Allerdings wurde ich am Rand der Demonstration von einer offenbar paramilitärisch organisierten Hassgruppe der sogenannten Antifa am 1. August als Nazi beschimpft. Ich habe mich dagegen vehement gewehrt! Habe sie angesprochen und gefragt, warum sie mich als Jüdin als Nazi bezeichnen. Als Gegenfrage kam, warum ich auf dieser Demo wäre. Ich antwortete darauf: „Weil ich eine neue Nazizeit unbedingt verhindern will. Ich lasse mich weder ‚abstempeln‘ noch in eine ‚rechte Ecke‘ stellen!“

**A.D.:** Was erwarten Sie von den Demonstrationen?

**I.P.:** Meine zentrale Aussage ist: Wahre Worte müssen gehört werden! Ich habe an diesen Demonstrationen gegen Entmündigung der Gesellschaft und nicht als Coronaleugne-

rin teilgenommen. Von der Bundesregierung will ich nur eine Frage beantworten wissen: Was soll dieses neue Gesetz wirklich erreichen? Warum diese Hast nach acht Monaten Verordnungspolitik? Warum der Ausschluss eines Dialoges mit vielen Experten, die andere Erfahrungen haben?

**A.D.:** Wie haben Sie die Demonstrationen erlebt?

**I.P.:** Ich habe dort tolle Menschen kennengelernt, interessante Gespräche geführt und dann zu Hause mit Unverständnis in den Fernsehnachrichten und im Radio von Demonstrationen gehört, die ich so nicht erlebt habe. Dabei war ich mittendrin. Das hat mich sehr, sehr nachdenklich gemacht. Ich verzeifle langsam an diesem Land. Es hat sich in den letzten 200 Jahren seit Heinrich Heine wenig geändert.

**A.D.:** Sie gehen in Ihrem Alter auf Demonstrationen – haben Sie keine Angst?

**I.P.:** Ich bin jetzt 73, meine Kinder stehen auf eigenen Füßen, ich hatte ein interessantes und ausgefülltes Leben. Ich habe weniger Angst vor diesem Virus, ich habe vielmehr Angst vor den viel existenzielleren Krankheiten wie Feigheit und Denunziantentum.

**A.D.:** Was sagen Sie zu den Aussagen von Frau Kahane?

**I.P.:** Mich braucht niemand zu fragen, wie Hitler zur Macht kam. Annette Kahane nutzt offenbar die Krise, um für ihre Stiftung Geld einzusammeln. Die Diskrepanz zwischen ihren Berichten und den tatsächlichen Geschehnissen in Berlin ist erschreckend.

**A.D.:** Danke für Ihren Mut, in die Öffentlichkeit zu gehen!

**I.P.:** Ich habe damals in Russland mir den Mund nicht verbieten lassen und werde auch hier nicht schweigen.

### Nachgeborener von Überlebenden – Antisemit?

*Michael G. ist 62, stammt aus Zürich und lebt bei Basel. Die Großmutter mütterlicherseits hat in der Schweiz als Jüdin überlebt. Er selbst hatte mal eine Position „Hilfs-Chasan“ in der Synagoge inne, ist aber heute überzeugter Anthroposoph. Der Rentner engagiert sich in alternativen Medien, was auch der Grund ist, dass er nicht mit vollem Namen genannt werden möchte.*

**A.D.:** Warum möchten Sie anonym bleiben?

**M.G.:** Mein Kollege in unserem Online-Kanal hat schon sehr unangenehme Angriffe seitens Psiram und anderen erlebt. Das möchte ich gerne vermeiden. Ich äußere mich auf unserem Kanal sowohl politisch als auch spirituell und möchte verhindern, dass man gegen mich vorgeht. Ich hatte in der Vergangenheit schon Begegnungen mit Mitarbeitern von den Diensten, das muss sich nicht wiederholen. Auch in meiner Familie bestehen Bedenken, ihren jüdischen Hintergrund offen zu zeigen. Fremdenfeindlichkeit ist ja leider immer und überall vorhanden.

**A.D.:** Hatte Ihre Großmutter zwischen

### 1933 und 1945 Probleme?

**M.G.:** Nein. In der Schweiz war sie ja sicher. Es gab nur Kleinigkeiten, die typische antisemitische Anmache, aber keine Verfolgung. Fritz, der Bruder meiner Großmutter, war mit einer Deutschen verheiratet. Er ging nach Deutschland, um mit ihr zusammenzuleben, wurde inhaftiert, zuerst in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht, dann nach Oranienburg, wo er angeblich an Lungenentzündung starb. Meine Großmutter erhielt dann ein Päckchen mit seinen Sachen.

Das hat sich emotional auf den Rest der Familie übertragen, und wir schauen wohl alle bewusster hin als andere. Im Frühling, zu Beginn der Coronakrise, war ich sehr irritiert, habe schnell sehr emotional-intuitiv reagiert. Ich hatte von Anfang an keine Angst vor dem Virus, sondern vor dem, was im Hintergrund läuft...

### A.D.: Wie stehen Sie zu Corona?

**M.G.:** Vordergründig ist Corona der Sündenbock, den man als Vorwand gebraucht, um eine Scheinrechtfertigung für die Renaissance der Sklaverei schaffen zu können. Bezüglich der Existenz des Virus gibt es verschiedene Ansätze zu Corona. Ich kann es nicht beurteilen, aber ich bin gegen jede Art von Dogmatismus und Tabus. Ich bin kein Wissenschaftler. Es gibt jetzt saisonal bedingt vermehrt Kranke in den Krankenhäusern – das ist offensichtlich. Das war 2017/18 aber auch schon so. Überlastungen sind im Winter leider normal, nicht zuletzt aufgrund der neoliberalen Zerstörung des Gesundheitssystems. Besonders die Kliniken in Italien, Griechenland und Spanien wurden durch Kaputtsparen funktional beschnitten.

### A.D.: Sie sind Corona-Kritiker mit jüdischen Wurzeln. Sind Sie Antisemit?

**M.G.:** Ich glaube nicht. Falls ja, müsste ich mich in Behandlung wegen Schizophrenie begeben.

### A.D.: Was sagen Sie zur Bundespressekonferenz von Frau Kahane und ihren Mitstreitern?

**M.G.:** Ich muss zugeben, ich habe die BPK nicht gesehen – das ist für mich Folter. Es hat mir gereicht, die Vorwürfe indirekt mitzubekommen. Das hat mich bereits wütend gemacht. Frau Kahane benimmt sich, als ob sie das jüdische Sprachrohr wäre, diejenige, die darüber urteilen könnte, wer was im Namen des Judentums sagen dürfe. Das ist eine Anmaßung, eine Dreistigkeit, dieser Anspruch ist nicht gerechtfertigt.

### A.D.: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Coronakritik und Antisemitismus?

**M.G.:** Wer Antisemitismus so definiert, ist inkompetent. Man kann nicht ausschließen, dass bei den Kritikern auch Antisemiten dabei waren. Aber es waren auch Juden darunter. Daraus ein Pauschalurteil abzuleiten, löst bei mir nur Kopfschütteln und Abscheu über so viel Dummheit und strategisch gelenkte Boshaftigkeit aus. Man kann das nicht ernst nehmen. Wer denken kann und über etwas historisches und okkultes Hintergrundwissen verfügt, reagiert wohl ähnlich. Die Crux ist, dass

den meisten das Hintergrundwissen fehlt. Und wer nicht darüber verfügt, wird dann bei den Kritikern mit „Antisemit“ tituliert.

### A.D.: Warum?

**M.G.:** Ich gehe wie viele davon aus, dass die Ereignisse aktuell im Hintergrund von mafiösen Strukturen dirigiert werden, die gravierende gesellschaftliche Änderungen herbeiführen wollen. Und das weltweit. Nicht nur Klaus Schwab aus der Schweiz steht für den „Great Reset“. Bei uns in Basel kann man die Finanzoligarchen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in ihren exterritorialen Bankgebäuden beobachten. Es gibt zahlreiche Hinweise auf deren massive Beeinflussung weltbewegender Ereignisse. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hatte schon eine unrühmliche Vergangenheit



Foto: Sergey Filbert

in ihrer Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich. Die Rothschilds sind sicher keine Chorknaben, aber hinter ihnen verstecken sich weitere Mächtige aus Kirche und anderen Strukturen. Die Mächtigen beanspruchen Sonderrechte, wollen uns lenken, geben vor zu wissen, was vermeintlich gut für uns sei, wollen uns lenken und uns ihren Willen oktroyieren, der ausschließlich ihren Interessen dient. Das ist nicht annehmbar.

### A.D.: Der Antisemitismusvorwurf ist also konstruiert?

**M.G.:** Ja. Das kann man sagen. Zu dieser Machtelite gehören sicher auch Menschen mit jüdischen Wurzeln. Auch die Juden haben das Recht, ein paar Verbrecher hervorzubringen, und müssen dies nicht nur den Italienern und ihrer Mafia überlassen. Ich bin inzwischen überzeugt, dass es gerade diese mächtige Elite ist, die die Juden auch als Schutzschild für ihr Handeln missbraucht. Wer ihr Handeln kritisiert, der kritisiert werden dann – umgepolt durch sophistische Rhetorik – Juden, ist ein „Antisemit“ – und damit wird die eigentlich gemeinte Eliten-Kritik desavouiert. Als freies und selbstbestimmtes Individuum lasse ich mir von Frau Kahane oder anderen den Mund bestimmt nicht verbieten.

### A.D.: Danke dafür!

### Orthodoxe Jüdin – Antisemitin?

*Nurit Schaller, 45 Jahre, ist Sprachwissenschaftlerin und Künstlerin. Die modern-orthodoxe Jüdin ist Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde ihrer Heimatstadt Wien. In ihrem Studium an den Universitäten von Amsterdam, Wien und Heidelberg beschäftigte sie sich mit jüdischen Studien und Semiotik, insbesondere althebräischer und aramäischer Sprachwissenschaft und jüdischem Neo-Platonismus sowie mathematischer Mystik.*

### A.D.: Sie haben sich die Bundespressekonferenz angeschaut?

**N.S.:** Ja – aber nur den Anfang. Was da gesagt wurde, ist grundlegend falsch und unerträglich.

### A.D.: Können Sie mir Beispiele nennen?

**N.S.:** Gerne. Es wurde behauptet, der Antisemitismus hätte sich durch die Coronaprotekte verdichtet. Das ist unhaltbar. Eine Verdichtung begann lange vorher durch die zunehmende Islamisierung in europäischen Ländern, was man schon anhand der Daten vor 2015 aus zum Beispiel Frankreich, Schweden und den Niederlanden erkennen kann. Eine gravierende Zuspitzung und vermehrt jüdische Auswanderung sehen wir ab 2015. Die Verbindung des linken Antisemitismus mit dem islamischen Antisemitismus seit dem Sechstagekrieg ist ein wichtiges Element darin.

Als Nächstes wurde behauptet, dass Antisemitismus eine Verschwörungstheorie sei. Wer so etwas sagt, hat sich nie mit den Wurzeln des Antisemitismus beschäftigt: dem Christentum in der Antike, das sich gegen das Judentum abgrenzte. Freilich wurde dies dann kräftig weiter ausgebaut im Laufe der Jahrhunderte (siehe Brunnenvergiftungs-, Ritualmordlegenden etc.). Es geht also um Vorurteile – wie Antiziganismus, Rassismus oder auch Sexismus.

### A.D.: Fakten scheinen eine geringe Rolle bei den Aussagen zu spielen?

**N.S.:** Ja. Dabei geht es gerade bei den Coronaprotekten um Fakten, die nicht zur Kenntnis

genommen werden. Experten werden verunglimpft, zensiert, diskreditiert und verfolgt. Wissenschaftliches Vorgehen scheint nicht gewünscht – ein weiterer Widerspruch.

**A.D.:** Was meinen Sie?

**N.S.:** Es wird behauptet, die Proteste richten sich gegen die Errungenschaften der Moderne und der Vernunft. Genau das Gegenteil ist der Fall. Gefordert werden faktenbasierte Entscheidung und unabhängige Wissenschaft. Und zu den Errungenschaften der Moderne zähle ich Meinungsfreiheit, freie Bildung, das Recht auf objektive Information, Pressefreiheit, Persönlichkeitsrechte und das Recht auf Demonstration. All das wird ja gerade abgeschafft. Und dagegen wird protestiert.

**A.D.:** Angeblich werden die Proteste immer radikaler. Wie sehen Sie das?

**N.S.:** Die Radikalität und Gewalttätigkeit der Polizei in Deutschland hat zugenommen. Auch wenn das in den Nachrichten nicht gezeigt wird, die unzähligen Videos von unabhängigen Journalisten und Demonstranten sprechen Bände. Ich bin froh, in Österreich zu leben. Hier geht die Polizei fast nicht gegen uns vor, und es wurde auch schon seitens der Polizei Widerspruch gegen die Coronapolitik der Regierung geäußert. Das lässt hoffen.

**A.D.:** Gab es weitere Falschaussagen?

**N.S.:** Ja. Es wurde gesagt, die jüdische Gemeinde habe Vorbehalte gegen ein Milieu, das sich mit Natur und Naturheilkunde beschäftigt anstatt mit Wissenschaft. Wer so etwas sagt, kennt die jüdischen Gemeinden nicht von innen. Ich kenne jüdische Gemeinden in vielen Ländern – Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, USA, Israel, Frankreich und Italien – und wir, darunter auch Ärzte, sehen keinen Widerspruch zwischen alternativen Heilmethoden, Wissenschaft und Naturverbundenheit.

Aber es kam noch schlimmer: Zwei Punkte haben mich so aufgeregt, dass ich abschalten musste.

**A.D.:** Welche waren das?

**N.S.:** Die Behauptung, das Benutzen der Davidsterne sei eine Selbstviktimsierung der Demonstranten. Wer so etwas sagt, beweist, dass er die Geschichte nicht kennt. Die Demonstranten verwenden die Symbolik, um auf die Parallelen in der Gesetzgebung der 1930er Jahre und heute hinzuweisen. Ganz verwerflich fand ich, dass die Bekämpfung des Antisemitismus – also eigentlich etwas Positives – dazu missbraucht wird, um Maßnahmen zu begründen, die dazu dienen, ein totalitäres Regime zu etablieren. Das ist an

Perversität nicht zu überbieten!

**A.D.:** Was würden Sie sich von den jüdischen Gemeinden wünschen?

**N.S.:** Ich hoffe, dass mehr und mehr jüdische Gemeinden dieser Politik entgegentreten. Halacha und Ethik fordern, dass wir für die Wahrheit eintreten. Nur ein Beispiel: Die Halacha besagt, man darf niemanden der Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, berauben. Genau das wird gerade gemacht, wir werden zu Almosenempfängern degradiert. Das lässt sich mit jüdischem Gedankengut nicht vereinbaren.

Auch soll man als Jude für die Freiheit und Möglichkeit zur Selbstentfaltung aller kämpfen. Darum freue ich mich, auch durch unser Gespräch zur Aufklärung beizutragen.

**A.D.:** Danke dafür!

Danke allen Aufrechten, die mit ihrer Position mutig an die Öffentlichkeit gegangen sind.

Spannend, aber auch sehr traurig: Mich haben einige Menschen kontaktiert – mit jüdischen Wurzeln, die mein Vorhaben unterstützen, aber sich nicht öffentlich äußern wollten, weil sie Angst haben. Angst vor Diffamierung, Angst vor Hetze, Angst vor Verfolgung – und das in Deutschland 2020. Das ist eine ganz besondere Form des Antisemitismus.

Wolfgang Effenberger

# SCHWARZBUCH EU & NATO

Warum die Welt keinen Frieden findet



## Kurzbeschreibung des Buchinhalts:

Die Europäische Union wurde ehemals gegründet, um die Nationalstaaten zu entmachten, damit nie wieder Krieg in Europa herrscht. 2012 erhielt die EU sogar den Friedensnobelpreis. Und doch plant sie eine europäische Armee. Auch ihre undemokratischen Strukturen und intransparenten Verzahnungen mit den Interessen der Großkonzerne stoßen immer wieder auf Kritik.

Dem Nordatlantikpakt, kurz NATO, haftet noch immer das Image an, ein Verteidigungsbündnis zu sein. Unterschlagen wird die expansive Osterweiterung oder der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien, der – ohne UN-Mandat – maßgeblich von der NATO geführt wurde.

Im „Schwarzbuch EU & NATO“ werden die Nachweise geliefert, dass beide Organisationen alles andere als friedensstiftend sind. Der Autor untersuchte ihre Ursprünge, die Gründungsmythen, stellt die Hintermänner vor und legt den eigentlichen Masterplan offen. Hier fügt sich auch die Corona-Pandemie ein, deren politische Komponente im Buch ausführlich behandelt wird.

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Mückler, Politikwissenschaftler und Völkerkundler.



Dirk Pohlmann

Foto: Laurel L. Russwurm/www.flickr.com/wikimedia.org

# Wikileaks vs. Wikipedia: Was ist demokratischer?

**Wikipedia feiert Geburtstag – und alle feiern mit. ZDF Heute, Tagesschau, Deutschlandfunk, Süddeutsche Zeitung, Heise Online, WDR, NDR, Rheinische Post. Alle jauchzen und jublieren, finden nur Gutes in und am Online-Lexikon. Es sei die einzige nichtkommerzielle Webseite unter den 20 größten der Welt, ein großartiges offenes Gemeinschaftsprojekt. Wikipedia sammle das Wissen der Welt und stelle es kostenlos zur Verfügung.**

ARTE, der wohl beste Sender des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, sendete unter dem Titel „Das Wikipedia-Versprechen“ eine Dauerwerbesendung für Wikipedia. Der einzige Kritikpunkt in dem lobhudehnden Stück stammt aus der PR-Abteilung von Wikipedia selbst. Die angebliche Enzyklopädie soll unter einem Mangel an Frauen und People of Color leiden. Ansonsten? Alles bestens. Danke der Nachfrage.

Wikileaks hat eine ganz ähnliche Zielrichtung wie angeblich Wikipedia: Es will freien Zugang zu Informationen bieten, die öffentliche Angelegenheiten betreffen. Es ist eine Art Babyklappe für Whistleblower, sie können dort Informationen hinterlegen, die sie veröffentlicht sehen wollen – zum Beispiel über kriminelle Machenschaften von Regierungen, staatlichen Institutionen und Konzernen. Erinnert sei an das Video „Collateral Murder“, in dem das sinnlose Abschlagen von irakischen Zivilisten und Journalisten mittels eines US Kampfhubschraubers zu sehen ist. Auch das gehört zum Wissen der Welt. Wikileaks ist 14 Jahre alt. Der Gründer von Wikileaks, Julian Assange, kämpft im Hochsicherheitsgefängnis von Belmarsh, auch das britische Guantanamo

genannt, um sein Überleben. Der UN-Sonderberichterstatter Nils Melzer hat die Haftbedingungen von Julian Assange als lebensbedrohliche Folter bezeichnet. Assange droht die Auslieferung in die USA, wo ihn eine mehr als lebenslange Haftstrafe in einem Hochsicherheitsgefängnis erwartet. Die britische Richterin Baraitser hat die Auslieferung abgelehnt. Aber nur wegen der brutalen Haftbedingungen in den USA, die Anklagepunkte der US-Behörden hat sie alle als rechters bezeichnet. Wenn die USA also ein Zugeständnis beim Gefängnis machen... Das ist die eine Möglichkeit, um Julian Assange für immer verschwinden zu lassen als statuiertes Exempel für jeden Journalisten. Die andere: Die USA haben gegen die Entscheidung Berufung eingelegt. Falls der vorkranke Julian Assange im verseuchten Belmarsh nicht an Covid-19 stirbt, will er sich das Leben nehmen, falls er ausgeliefert wird.

## Macht der Wikipedia

Warum wird Wikipedia gefeiert und warum soll Wikileaks vernichtet werden? Wikipedia ist ein weltweites Monopolunternehmen. Keine andere Webseite ist in der Wirkung ver-

gleichbar. Die Wikipedia verspricht, wesentliche und objektive Information zu liefern. Sie ist die Nummer 13 der am meisten angeklickten Webseiten der Welt. Sie ist damit ein Machtinstrument mit einzigartiger Wirkung. Wer in der Wikipedia seine Weltsicht durchsetzen kann, beherrscht den Diskurs, egal ob bei politisch relevanten oder bei naturwissenschaftlichen Themen, die eine politische Komponente haben, wie Glyphosat, COVID-19 oder künstliche Intelligenz. Der Eintrag einer Person in Wikipedia bestimmt wesentlich ihr Ansehen in der Öffentlichkeit. Wer schnell etwas über jemanden erfahren will, wird als ersten Suchtreffer in Google dessen Wikipedia-Eintrag finden. Der Wikipedia-Eintrag ist also der erste Eindruck, für den es keine zweite Chance gibt.

Mit anderen Worten: Wer Wikipedia beherrscht, beherrscht auch die öffentliche Meinung und das Framing. Wie wird ein Thema definiert? Wer ist gesellschaftlich anerkannt? Von wem und von welchen Gedanken sollte man sich besser fernhalten? Es ist klar, dass diese einzigartige Machtfülle zur Manipulation einlädt. Es ist klar, dass über die Wikipedia manipuliert wird.

Ab den 1950er Jahren kontrollierte die CIA

in der Operation Mockingbird in den USA mehr als 3.000 Journalisten, die in allen wichtigen Medien die Weltsicht der CIA-USA in den Äther pumpen. Bezahlt, aus Überzeugung – egal, Hauptsache das Ergebnis war, dass die Mediennutzer auf jeden Fall von der CIA beeinflusst werden konnten. Die CIA hatte damit nicht die volle Kontrolle über die Presse, aber sie konnte die Berichterstattung wesentlich beeinflussen, sie konnte Themen setzen und die Bewertung dieser Themen immer auch im Sinne der CIA steuern. Das entsprach nicht den Regeln der Demokratie, in der die Ausdrucksfreiheit ein zentrales Element und Grundrecht ist, ein lebendiger Marktplatz der Meinungen ist die unverzichtbare Grundlage der Demokratie. Eine Demokratie müsste also diesen Kernbereich unbedingt schützen.

Aber warum ließen es die USA und andere westliche Staaten dann zu, dass dieser Kernbereich der Demokratie von einem Geheimdienst manipuliert wurde, statt vom Staat geschützt zu werden? Der Staat hat in der Demokratie nicht nur die Aufgabe, die Ausdrucksfreiheit und den Marktplatz der Meinungen zu schützen, sondern er muss sogar seine reale Funktionsfähigkeit garantieren, sich aber gleichzeitig aus dem Meinungsbildungsprozess herauszuhalten. Staatsmedien sind in der Demokratie verboten, Medien müssen in Deutschland sogar staatsfern sein, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, sonst sind sie verfassungswidrig.

Aber warum existiert dann in der Wirklichkeit das Gegenteil der Vorschriften und niemand im Staat interessiert sich dafür? Warum wird ein weltweites, westlich dominiertes Monopol wie die Wikipedia von den demokratischen Staaten zugelassen? Ein Medium, das, wenn es manipuliert wird, eine einzigartige Gefahr für alle Demokratien der Welt darstellt? Warum lassen Demokratien es zu, dass es zu diesem Monopol überhaupt kommen konnte?

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass es keinen einzigen Rundfunksender geben darf, der einer Machtgruppe oder dem Staat ausgeliefert ist. Warum ist dann das Wikipedia-Monopol nicht nur zulässig, sondern wird anlässlich des 20. Geburtstages auch noch gefeiert? Auch von den Medien, denen auffallen müsste, dass hier eine große Gefahr für die Demokratie zu ungeheuren Dimensionen angewachsen ist? Eine Struktur, in der anonym manipuliert werden kann? Oder ist es nur eine Befürchtung, dass in der Wikipedia manipuliert wird?

Gibt es Belege dafür, dass in Wikipedia Machtmissbrauch existiert? Natürlich. Markus Fiedler und ich haben sie für die deutsche Wikipedia in derzeit 47 Folgen von Geschichten aus Wikihausen aufgetürmt. Kollegen wie Helen Buyniski haben das für die englischsprachige Wikipedia en gros und en detail nachgewiesen.

Es gibt mittlerweile drei deutsche Urteile, in denen Gerichte in diesem Sinn geurteilt haben, zum Beispiel, dass es kein Recht auf Anonymität in der Wikipedia gibt, wenn man dort an der Meinungsbildung teilnimmt, und das auch noch manipulativ.

## Wikipedia-Denunziant enttarnt

Gerade hat ein deutsches Gericht zum ersten Mal überhaupt einen Wikipedia-Autor zu insgesamt 8000 Euro Strafe und 6000 Euro weiteren Kosten wegen Verletzung der allgemeinen Persönlichkeitsrechte verurteilt. Verurteilt wurde Feliks, also Jörg Grünewald, den Markus Fiedler und ich nach mühseliger Recherche enttarnen konnten, wogegen er sich in zwei Gerichtsverfahren gewehrt hat und in beiden Verfahren in 8 von 9 Punkten verlor. Die beiden Punkte, in denen er recht bekam, waren in den beiden Verfahren unterschiedlich. Um diesen letzten Punkt haben wir ein Gerichtsverfahren begonnen. Hätten wir ihn nicht enttarnt, wäre das Gerichtsverfahren nicht möglich gewesen, Wikipedia hätte ihn nicht preisgegeben.

Feliks hat als Mitglied der Linkspartei und ehemaliger Bundestagskandidat der PDS-Mitglieder der Linken je nach Nähe zu seinem antideutschen Flügel anonym hoch oder heruntergeschrieben. Er hat als deutscher Wehrdienstverweigerer und Freiwilliger der israelischen Streitkräfte die militärische Außenpolitik des Staates Israel in Wikipedia schöngeschrieben. Er hat also seine wenig erfolgreiche politische Aktivität unter dem Deckmantel der lexikalischen Objektivität in die Wikipedia verlegt und dort manipuliert.

Er hat nach den beiden verlorenen Gerichtsverfahren zur Strafe mehrere unserer Zeugen denunziert, auch in der Wikipedia verleumdet und wirtschaftlich geschadet, wofür er jetzt als erster deutscher Wikipedia-Autor überhaupt durch Klage eines der Betroffenen zu Schadenersatz und Schmerzensgeld verurteilt wurde.

All diese Manipulationen geschahen und geschehen unter Schutz und Deckung einer mächtigen Kerngruppe in der Wikipedia, zu der er gehört und die das Online-Lexikon dominiert. Worüber anlässlich des 20. Geburtstages der Wikipedia nicht berichtet wurde. Obwohl auch in einer Studie der US Purdue Universität aus dem Jahr 2015 festgestellt wurde, dass 1 % der Autoren 77 % der Inhalte produzieren und sich wie eine religiöse oder politische Machtgruppe verhalten, deren höchster Lohn ihre Definitionsmacht ist.

## Waldorfschulen: frei und... politisch?

Eine Machtgruppe in und außerhalb der Wikipedia, die als Rache für die Gerichtsurteile auch meinen Kollegen Markus Fiedler bearbeitet hat. Ein antideutsches Mitglied der deutsch-israelischen Gesellschaft hat einen Brief an die Waldorfschule geschrieben, in der Markus Fiedler als Biologielehrer und Musiklehrer gearbeitet hat.

In dem Brief, der auch an den Bund der Waldorfschulen, an das Kultusministerium, an den NDR und diverse andere Medien ging, wurde Markus Fiedler unter anderem als Antisemit denunziert. Seine Waldorfschule hat ihm daraufhin gekündigt. Die TAZ hat einen üblen Artikel geschrieben, der ihr per einstweiliger Verfügung untersagt wurde. Ob der Bund der

Waldorfschulen sich in der Sache gegen Fiedler ausgesprochen hat, ist noch unklar. Meine Anfrage dazu wurde noch nicht beantwortet, es ist aber wahrscheinlich. Denn der Bund der Waldorfschulen hatte nach Druck aus derselben Richtung bereits einen Brief an alle Waldorfschulen geschrieben, dass ehemalige Waldorfschüler und „Verschwörungstheoretiker“ wie Ken Jebsen und Daniele Ganser nicht mehr an Waldorfschulen eingeladen werden sollten.

Der Bund der Waldorfschulen sucht die Nähe zu anderen politischen Kräften. Sogar zur Amadeu Antonio Stiftung und Psiram, das Waldorfschulen und Anthroposophie als einen Hauptfeind definiert hat und ausdrücklich bekämpft. Der Bund der Waldorfschulen reagiert auf Druck, wie einst im Dritten Reich, mit Anpassung an die herrschenden Kräfte.

Bei den Feiern zum hundertjährigen Jubiläum der Waldorfschulen durfte der grüne Bundestagspolitiker, Bundeswehr-Fan und Verfechter von Auslandseinsätzen der Bundeswehr Cem Özdemir eine Laudatio halten. Auf die Bühne geholt von dem gleichen Büro für Öffentlichkeitsarbeit der Waldorfschulen, das vor Ken Jebsen und Daniele Ganser warnt. Und welches möglicherweise auch in die Kündigung von Fiedler involviert ist. Eine Stellungnahme steht, wie gesagt, noch aus.

## Lieber IS als Assange?

Das ist ein großer Erfolg für die Machtstruktur, die Wikipedia beherrscht, nach den Katastrophen vor Gericht. Aber was wirklich zählt, ist die politische Wirksamkeit und die ist bei der Wikipedia größer denn je, unterstützt vom Jubelchor der Mainstream-Medien. Niemand hat über die Rache der antideutschen Wikipedianer berichtet, sie hören und lesen gerade den ersten Bericht zum Thema. Er ist in den Wind gesprochen, ohne Macht. Herrschen und Entlassen tun andere.

Die Herrscher und ihre Unterstützer sorgen auch dafür, dass Julian Assange zur Vernichtung freigegeben ist als Abschreckung für alle Journalisten, die als Jagdhunde ihrem Beruf nachgehen, statt als Schoßhunde den Mächtigen zu dienen.

Wenn der Australier Julian Assange seit 10 Jahren als politischer Gefangener verfolgt werden kann, wenn er wie kein Drogenbaron, Diktator oder IS-Mörder, mit denen die CIA ja im Gegenteil gerne zusammenarbeitet, verfolgt wird, wenn er als Vergewaltiger denunziert werden kann, wenn er in einem Schauprozess vorgeführt und gedemütigt werden kann, dann dient das dazu, klarzustellen, dass dies jedem Journalisten widerfahren kann. Jeder Journalist, egal aus welchem Land des US-Großraumes er stammt, muss mit dem Foltertod im Kerker rechnen, wenn er über Kriegs- und andere Verbrechen der USA berichtet. Es dient dazu, den Medien zu drohen. Und die reagieren wie der Bund der Waldorfschulen auf den Meinungsterror der Antideutschen.

Es dient dazu, die bisher wirksamste Struktur zur Verbesserung der Wirksamkeit der Medien als Kontrollfaktor zu zerstören, die in

diesem Jahrhundert entstanden ist, nämlich Wikileaks. Wikileaks war wie eine Nachrichtenagentur, die über Verbrechen aufklärte. Sie katapultierte die Fähigkeit der Medien, ihre vielbeschworene Rolle als Vierte Gewalt auszuüben, in neue Umlaufbahnen. Wikileaks war ein Quantensprung für die Kontrollfunktion der Medien und die Selbstreinigungskräfte der Demokratie.

Deswegen wird Wikileaks bekämpft. Weil es der Demokratie nützt. Deswegen wird Wikipedia gefördert. Weil es der Demokratie schadet. Beides dient der Kontrolle der Öffentlichkeit. Deswegen dürfen sich Facebook, Twitter, YouTube und die anderen Organe der neuen IT-Finanz-Diktatur des Westens anmaßen, darüber zu entscheiden, wer seine Ansichten kundtun darf. Eventuell nicht mal der Präsident der USA, der angeblich mächtigste Mann der Welt.

Sogar der kann einfach abgeschaltet werden. Ohne ein rechtsstaatliches Verfahren. Das ist Willkürherrschaft, egal, was man von ihm hält. Es kann jeden treffen. Niemand ist sicher vor diesen neuen Diktatoren und ihren Lakaien in den Medien, die den Jubelhintergrund für die Maßnahmen des neuen Tugendausschusses liefern. Wo sind eigentlich die Konservativen, die sonst immer den Rechtsstaat bewahren wollen, bis zum letzten Blutstropfen?

Es hätte den Zerstörern des ehemals kritischen öffentlich-rechtlichen Mediensystems auffallen können, dass das Problem der Filterblasen, der Krebs der Demokratie, nie angegangen wurde. Die neuen sozialen Medien stellen aus kapitalistischen Interessen durch Algorithmen sortenreine Gruppen her, die sich als Werbekundschaft gut an andere Konzerne verkaufen lassen. Der Handel mit den Daten ihrer Kunden ist ihr Geschäftsmodell, die Bereitstellung von Inhalten nur das Lockmittel, um an die Daten zu kommen. Die Megakonzerne der sozialen Medien steigern das Wohlbefinden ihrer Konsumenten, die sich nur noch von Unterstützern ihrer eigenen Ansichten umgeben wähen und die Verteilung der Ansichten nicht mehr entsprechend der Realität wahrnehmen. Sondern entsprechend der durch die Algorithmen der sozialen Medien produzierten Scheinwelt. Es geschieht zum Zweck, Daten und Erkenntnisse über ihre Persönlichkeit auszubeuten.

### Demokratie in Gefahr

Das ist eine der schlimmsten Gefahren für die Demokratie. Es zerstört den Markt der Meinungen genau wie Wikipedia oder die Vernichtung von Wikileaks. Es ist ein systematischer Angriff auf die Demokratie. Da im Werte-

westen US-amerikanischer Prägung aber nicht die Demokratie das wichtigste Element des Systems ist, sondern der Kapitalismus, kann der im Zweifelsfall die Demokratie dominieren, darf sie beschädigen oder sogar zerstören.

Wären die sogenannten Demokratien echte Demokratien, würde jetzt gegen die Machtübernahme der IT-finanziellen Komplexes vorgegangen. Wäre die Macht von Google, Microsoft, Twitter, Facebook, Wikipedia, Amazon und anderen gebrochen, würden sie zer schlagen und in kleinere Unternehmen aufgeteilt werden, die sich Konkurrenz machen, statt Monopole zu begründen.

Leben wir in einer Demokratie, würden die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland und das gesamte Mediensystem aller Demokratien bis zur Funktionsfähigkeit reformiert werden.

Und keine der drei Staatsgewalten und auch die vierte Gewalt, die nicht zu diesen Gewalten gezählt werden darf, weil sie staatsfern zu sein hat. Insofern ist der Begriff falsch, keine dieser Gewalten würde tatenlos zusehen, wie sie entmachtet werden, wie ein Zeitlupenputsch durchgeführt wird.

Wenn es um die Demokratie ginge. Oder geht es nur um den Kapitalismus und seinen Great Reset?



Hendrik Weber

## Norwegen im Zweifrontenkrieg

Norwegen hat rund 3000 NATO Soldaten zur Übung „Joint Viking 2021“ in den hohen Norden eingeladen.

### Verteidigungsstrategie und NATO

Während der Corona-Pandemie kämpft das Land gegen eine der schwersten Krisen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Doch Norwegen hat nicht nur mit dem Virus zu kämpfen, sondern muss sich angeblich auf die militärische Bedrohung aus dem Osten vorbereiten. Sowohl der norwegische Verteidigungsminister Frank Bakke-Jensen als auch Haakon Bruun-Hansse (bis 2020 Befehlshaber der norwegischen Streitkräfte) sehen in Russland die größte Gefahr für die Sicherheit des Landes. Laut Admiral Bruun-Hanssen ist das klare Ziel der norwegischen Streitkräfte, die Qualität der eigenen Militärkräfte zu verbessern als Reaktion darauf, was sie in Russland und ihrem Einsatz militärischer Gewalt gesehen haben.

Daraus ergibt sich für das norwegische Verteidigungsministerium die logische Konsequenz, dass Norwegen noch enger mit seinen Alliierten in der NATO zusammenarbeiten muss. Die Strategie dahinter lautet demnach, sich bei einem Angriff Russlands so lange selbst verteidigen zu können, bis die NATO-Truppen als Verstärkung eintreffen. Die norwegische Doktrin von 1949 als Lehre aus dem zweiten Weltkrieg, keine fremden Soldaten auf norwegischem Territorium zu dulden, ist seit einiger Zeit nicht mehr aktuell. Im Januar 2017 kamen die ersten 350 amerikanischen Soldaten



auf dem Truppenstützpunkt Vaernes bei Trondheim an. Diese sind inzwischen verdoppelt worden. Der Verteidigungsminister Bakke-Jensen und seine Vorgängerin Ina Eriksen-Soreide bestreiten, dass es sich um eine Stationierung von ausländischen Soldaten auf norwegischen Territorium handelt, denn die Soldaten würden einer Rotation unterliegen und nach einem Jahr ausgetauscht werden. Demnach könne man nicht von einer Stationierung sprechen.

### Militärübung trotz Pandemie

Nun sollen also 3000 NATO Soldaten aus den USA, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden in Norwegen eintreffen, um im hohen Norden den Verteidigungsfall zu proben. An der Winterübung „Joint Viking 2021“ im März sollen bis zu 10.000 Soldaten teilnehmen. Bereits seit einer Woche landen die ersten Militärmaschinen auf den Stützpunkten in Norwegen. Das norwegische Militär hat Zelte auf den Flugplätzen aufgestellt, in denen alle ausländischen Soldaten auf

COVID-19 getestet werden sollen. Laut dem Sprecher des Heeres Erik Skomedal ist die Testkapazität gut. Doch die Abstrichproben werden zwar vom Militär entnommen, die Auswertung geschieht aber in den Laboren des Universitätskrankenhauses in Tromsø, in dem normalerweise Proben der norwegischen Bevölkerung analysiert werden. Diese Proben von Unternehmen, Reisemonteuren und Urlaubern liegen jetzt und warten.

### Corona-Fälle unter US-Soldaten

Die Bürgermeister der angrenzenden Kommunen vertrauen nach eigenen Angaben dem Verteidigungsministerium, die Situation im Fall einer Ansteckung unter den Soldaten im Griff zu haben. Anders sehen dies die Rettungsdienste, die in Nordnorwegen ohnehin bei ihren Einsätzen große Strecken zurücklegen müssen. Sie sind skeptisch, denn eine große Anzahl von Soldaten führt auch ohne Pandemie das Gesundheitswesen an seine Grenzen.

Es wurde bekanntgegeben, dass bereits 45 amerikanische Soldaten positiv auf COVID-19 getestet wurden. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums hatten sie vor der Ankunft in Norwegen keine Symptome. Während die letzte Übung „Cold Response 2020“ aufgrund der Pandemie abgesagt wurde, wird diese Übung jetzt durchgeführt. Es geht schließlich um die Sicherheit des Königreichs.



Aleksandra Dmitrieva

## Ein bisschen Wein muss sein...

**Dies ist schon der dritte Monat des Lockdowns. Viele von uns sehen unsere Freunde nur noch auf dem Bildschirm. Ob per Video-Chat oder später zusammen – wir geben Ihnen ein paar Tipps, wie Sie Ihre Familien oder Freunde mit Ihrem guten Geschmack begeistern können.**

Ein gemütliches Beisammensein bei einem guten Wein – was will man mehr? Wenn Sie kein Weinkenner sind, aber Ihre Freunde nicht nur mit äußerlich ansprechenden, sondern auch köstlichen Weinen überraschen wollen, finden Sie hier fünf Optionen, die Ihre Gäste lieben werden.

### Flüssiger Pecorino

Als Erstes in dieser Auswahl möchte ich einen der besten Weißweine der italienischen Genossenschaft Feudo Antico vorstellen. Pecorino ist eine beliebte Rebsorte in Italien, die hauptsächlich in der Region Marken oder Abruzzen angebaut wird. Sein herrliches Zitrusfrucht-Aroma wird Sie und Ihre Gäste in die Atmosphäre Italiens eintauchen lassen und so Ihren Abend bereichern.

### Nah am Wasser gebaut

Wenn Sie Rotwein bevorzugen, ist dies der richtige Wein für Sie. Walla Walla ist ein Rotwein aus Oregon mit berauschenden Aromen von schwarzen Oliven, Tabak und dunklen Früchten, die in ihrer Intensität erstaunlich sind. Sie werden sich wohl fühlen und eine Geschmack-Euphorie erleben.



### Riesling-Rot

Auch wenn Sie kein Fan von Riesling sind, verdient der Roter Riesling Ihre Aufmerksamkeit. Seine Zitronen-Frische und sein rotes Apfelaroma erhellen jeden Abend.

### Wein vom Rieslingkönig

Ein weiterer Riesling in unserer Auswahl, aber dieses Mal ist es ein exotischer slowakischer Weißwein. Egon Müller, alias „Rieslingkönig“, residiert im Saarland und ist berühmt für die Herstellung des teuersten Weißweins, der Scharzhofberger Riesling Trockenbeerenauslese. Obwohl der Wein in unserer Auswahl in einer anderen Preiskategorie liegt, wird er von Herrn Müller in Zusammenarbeit mit dem Önologen Miroslav Petrech hergestellt. Der helle Zitronen-Riesling überzeugt mit verführerischen Aromen von Kräutern und süßer Melone, während die reichen Aromen von Zitrusfrüchten und Ananas sich wundervoll entfalten.

### Japanisch-hessisches Flötenkonzert

Das letzte Stück auf unserer Liste, der Rheingau Koshu, ist eher eine Ausnahme und trägt seinen Namen vom Landkreis Rheingau, wo im Weingut Schönleber-Blümlein die japanische Rebsorte Koshu angebaut wird. Trotz der hellvioletten Farbe der Trauben ergibt sich ein Weißwein daraus. Rheingau Koshu hat ein saftiges, fruchtiges Aroma und einen vollmundigen Geschmack – perfekt für Liebhaber außergewöhnlicher Weine.

# EXKLUSIVES WEIHNACHTSPAKET

Die Genüsse des Rheingaus zuhause erleben.

In unserem Weihnachtspaket erwarten Sie sechs ausgesuchte Weine vom Weingut Meine Freiheit im schönen Rheingau. Wie alle unsere Weine und Sekte, zeichnet sich auch diese Auswahl durch einen nachhaltigen Produktionsprozess, Handlese und schonende Weiterverarbeitung aus.

Für Sie mit Liebe zusammengestellt:

#### PAPA RIESLING 2018<sup>1</sup>

Unser trockener klassischer Riesling, als typischer Vertreter des Rheingaus: etwas breiter im Geschmack und vollmundig.

#### EDITION GUTENBURG – SOMMERWEIN 2018<sup>2</sup>

Unkomplizierter Riesling für die Liebhaber feinherber Sommerweine.

#### MAMA RIESLING 2018<sup>1</sup>

Gut ausbalanciertes Süße-/Säurespiel, nicht nur was für Mamas.

#### GRAUER BURGUNDER IM BARRIQUE GEREIFT TROCKEN 2019<sup>1</sup>

Nach 10 Monaten im Barrique, wirkt der 2019er Grauburgunder sehr elegant. Das Holz ist eins geworden mit dem Wein. Es präsentieren sich zarte Noten von Birne, Thymian und Rosine.

#### SPÄTBURGUNDER ROSÉ FEINHERB 2018<sup>1</sup>

Schön definierte Erdbeer-Aromen, gut gekühlt ein erfrischender Genuß.

#### ASSMANNSHÄUSER HÖLLENBERG SPÄTBURGUNDER 2018<sup>1</sup>

Auslese aus dem Assmannshäuser Hölleberg: mineralisch und ausdrucksstark.



Promocode: BT2021

vorübergehend nur

**45,00 €**

VERSANDKOSTENFREI

Preis inkl. 16% MwSt., alle Produkte enthalten Sulfite; Anbaugebiete: <sup>1</sup> Rheingau, <sup>2</sup> Nahe

Schnell bestellen unter:

[weingutmeinefreiheit.de/weinshop](http://weingutmeinefreiheit.de/weinshop)

Tel.: +49 6723 9 98 04 20

Fax: +49 6723 9 98 04 22

[info@weingutmeinefreiheit.de](mailto:info@weingutmeinefreiheit.de)

[www.weingutmeinefreiheit.de](http://www.weingutmeinefreiheit.de)

